

### 5.3 Industrie

Im Vergleich zur Land- und Forstwirtschaft besaß das fabrizierende Gewerbe in Zauch-Belzig traditionell nur einen geringen Stellenwert. Bei den hiesigen industriellen Unternehmen handelte es sich fast durchweg um Klein- und Kleinstbetriebe der Holzverarbeitungsbranche, der Nahrungs- und Genussmittelindustrie sowie der Baustoffbranche (Ziegeleien).<sup>1</sup> Die Betriebe dienten vornehmlich der unmittelbaren Weiterverarbeitung der im Landkreis vorkommenden Rohstoffe bzw. erzeugten Agrarprodukte. Die Sägewerke im westlichen Teil des Kreises hatten sich seit dem 19. Jahrhundert auf den Zuschnitt von Grubenholz spezialisiert.<sup>2</sup> Glindow war dank seiner qualitativ ausgezeichneten, ergiebigen Tonvorkommen und günstigen Lage zum Wasserstraßennetz seit Jahrhunderten einer der Hauptorte der märkischen Ziegeleiherstellung.<sup>3</sup> Eine überregionale Bedeutung aufgrund ihrer „Nischenprodukte“ besaßen in den 1930er Jahren die J. Mehlich A.G. Präzisions-Rollenketten-Fabrik in Borkheide, die Vulkanfiber-Fabrik Martin Schmid Erben in Werder/Havel (in der späteren SBZ der einzige Vulkanfiber-Produzent überhaupt) sowie die Firma Dr. Kroeber & Sohn Wärmetechnische Messgeräte in Treuenbrietzen. Abgesehen von den Sägewerken konzentrierten sich die Betriebe in den Städten oder befanden sich in Dörfern nächst den Eisenbahnlinien.

Treuenbrietzen und die Kreisstadt Belzig hatten im Rahmen der (zuerst noch verdeckten) deutschen Aufrüstung in den 1920/30er Jahren eine schlagartige Industrialisierung erfahren.<sup>4</sup> Seit März 1924 war in einer Treuenbrietzener Fertigungsstätte mit dem Tarnnamen „Metallwarenfabrik“ Infanteriemunition produziert worden. Aus diesen Anfängen erwuchs der Rüstungskonzern Kopp & Co. m.b.h. Im Jahr 1928 errichtete er die Munitionsfabrik Werk A Sebalduhof (auch Stammwerk genannt) in Treuenbrietzen. 1933 kam das ebenfalls in Treuenbrietzen gelegene Werk S Selterhof dazu. In Belzig baute Kopp & Co. 1934/35 das

---

<sup>1</sup> Vgl. ebenda, Nr. 81, Bl. 226.

<sup>2</sup> Bamberg: *Heimatkunde des Kreises Zauch-Belzig*, S. 8.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 36; Heinrich: *Berlin und Brandenburg*, S. 198.

<sup>4</sup> Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 165, Bl. 76; Dorbritz: „*Der Krieg soll verflucht sein*“, passim.

Werk Roederhof, das später wiederholt erweitert und somit zum größten Munitionsbetrieb des Konzerns werden sollte. Zu Zeiten höchster Kapazitätsauslastung während der Kriegsjahre dürften in den drei Werken zusammen an die 8.000 Menschen gearbeitet haben, darunter KZ-Häftlinge, ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene.

Die Industriebetriebe in Zauch-Belzig überstanden die Kampfhandlungen bei Kriegsende fast schadlos bis auf wenige Ausnahmen (z.B. die „Kurmärkische Papierfabrik“ Treuenbrietzen, die stark zerstört wurde<sup>1</sup>). Mit dem Befehl Nr. 9 vom 21. Juli 1945 ordnete die Sowjetische Militäradministration in Deutschland die sofortige Wiederingangsetzung der Industrie in der SBZ an.<sup>2</sup> Jedoch stockte vielerorts die Ausführung dieses Befehls. Am 6. September 1945 verlangte Oberlandrat Koltzenburg, im Auftrag des sowjetischen Verwaltungsbezirks-Kommandanten Gorochow, von den Landräten und Oberbürgermeistern des Bezirkes Brandenburg/Havel, sofort zu überprüfen, warum der Befehl Nr. 9 nicht ausgeführt wurde. Alle Unternehmen müssten einganggesetzt werden, und alle Betriebe, die „herrenlos“ seien, müssten bis 15. September einen Leiter bekommen. Der Oberlandrat verlangte außerdem, dass ebenfalls bis zum 15. September alle Industriearbeiter einer Beschäftigung zugeführt würden.<sup>3</sup> Der damalige Zauch-Belziger Landrat Friedrich Menz antwortete am 12. September dem Oberlandrat, „herrenlose“ Betriebe seien in seinem Kreis nicht vorhanden. Alle Betriebsinhaber hätten mit ihrem Personal ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Eine Einmischung örtlicher Kommandanten in Belange der Industrie sei ihm nicht bekannt. Dagegen hätten sie bei Ingangsetzung der Industrie des Kreises alle möglichen Unterstützungen geleistet. Alle Industriearbeiter in Zauch-Belzig seien einer Beschäftigung zugeführt worden.<sup>4</sup>

Das Schreiben des Landrats entsprach – ob gewollt oder ungewollt – nicht den Tatsachen. Die einzigen größeren Betriebe im Kreis, nämlich die drei Werke

---

<sup>1</sup> Siehe BLHA, Rep. 271 VVB Eisen und Metall, Nr. 319.

<sup>2</sup> Abschrift des Befehls in: BLHA, Rep. 230 Oberlandratsamt Brandenburg (Havel), Nr. 1, Bl. 10-12. Der Text des Befehls ist abgedruckt in: *Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland*, S. 72-75. Zum Befehl s. etwa Matschke: *Die industrielle Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone*, S. 142f. In Brandenburg übernahm die Abteilung Wirtschaft u. Verkehr der Provinzialverwaltung die Verantwortung für die Umsetzung des Befehls; Sattler: *Wirtschaftsordnung im Übergang*, Bd. 1, S. 245. – Die Besatzungsmacht bemühte sich hauptsächlich im Interesse ihrer eigenen Reparationsansprüche u. aus einem pragmatischen Verständnis der Situation heraus um das rasche Ankurbeln der SBZ-Industrie; Karlsch: *Allein bezahlt?*, S.170.

<sup>3</sup> BLHA, Rep. 230 Oberlandratsamt Brandenburg (Havel), Nr. 1, Bl. 7f.

<sup>4</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 103, Bl. 3.

von Kopp & Co., standen still. Diese drei Munitionsfabriken waren selbstredend von den Sowjets sofort unter Beschlag gestellt worden und hatten eine Produktion nicht wieder aufgenommen. Auch die Fleischfabrik Erich Jakobik in Elsholz arbeitete nicht, weil es an Schlachtvieh fehlte,<sup>1</sup> und die Werkzeugfabrik Dr. Müller in Werder war „herrenlos“, da ihr Eigentümer mit dem Einmarsch der Roten Armee verschwand.<sup>2</sup>

Der Reorganisation wirtschaftlicher Kreisläufe stellten sich in Zauch-Belzig wie überall in der SBZ zahlreiche Hindernisse entgegen:

- es gab weder eine funktionierende Wirtschaftslenkung noch funktionierende Wirtschaftskreisläufe
- der Zustrom von Flüchtlingen, Vertriebenen und Kriegsgefangenen sowie der Abzug der Fremdarbeiter machte einen Überblick über Bevölkerungsverhältnisse und Arbeitskräftereserven zunächst unmöglich; viele Spezialisten und Facharbeiter befanden sich in Gefangenschaft
- die Arbeitsmotivation war nach dem Schock der Niederlage und der anschließenden extremen Notlage und Geldentwertung weitgehend zusammengebrochen
- in den Betrieben gab es häufig Fälle von Diebstahl und Schieberei.<sup>3</sup>

Den schwerwiegendste Engpass stellte das Verkehrswesen dar.<sup>4</sup> Luftangriffe, Brückensprengungen und – nach Kriegsende sofort einsetzende – Demontagen z.B. von Eisenbahnschienen<sup>5</sup> und eine ausgiebige Beanspruchung des verbliebenen Lokomotiven- und Waggonparks für die Zwecke der Besatzungsmacht ergänzten sich in ihrer Wirkung unheilvoll.

Die meisten Zauch-Belziger Betriebe besaßen insofern einen Vorteil, dass sie die benötigten Rohstoffen aus ihrer unmittelbaren Umgebung bezogen. Eine Firma wie das Messgerätewerk Kroeber & Sohn in Treuenbrietzen hatte hingegen größte Schwierigkeiten, Kupferrohr und anderes Material für die Produktion heranzuschaffen<sup>6</sup> und alte Geschäftskontakte wieder zu knüpfen.

---

<sup>1</sup> Dies geht aus mehreren Dokumenten im Nachlass A. Sturm (Elsholz) hervor.

<sup>2</sup> Vgl. KrA PM, 49.012/8.

<sup>3</sup> Vgl. dazu etwa Zank: *Wirtschaftliche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission*, S. 253f.

<sup>4</sup> Vgl. Zank: *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland*, S. 23-25.

<sup>5</sup> Zur Demontage v. Eisenbahnanlagen s. Karlsch: *Allein bezahlt?*, S. 81f. Vollends absurd ist die Behauptung v. Barthel: *Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR*, S. 100, die Demontage v. Eisenbahnverkehrsanlagen hätte nur wenig Einfluss auf die Leistungsfähigkeit des SBZ-Verkehrswesens gehabt. Noch nach 1990 konnten aufmerksame Beobachter das Fehlen des zweiten Gleises auf Bahnstrecken im Gebiet der früheren DDR erkennen.

<sup>6</sup> Siehe BLHA, Rep. 206, Nr. 1205, passim.

Die sowjetischen Demontagen dünnten die sowieso schon geringe Industriedichte des Kreises aus (s. unten). Im August 1947 wurde die Zahl der industriellen Firmen Zauch-Belzigs mit 199 beziffert.<sup>1</sup> Hier hatte man allerdings offensichtlich die demontierten Werksanlagen hinzugezählt sowie auch Unternehmen, bei denen es sich faktisch nur um Handwerksbetriebe handelte. Laut einer Erhebung des statistischen Landesamtes vom September 1948 waren im Kreis Zauch-Belzig 125 der insgesamt 2.845 Industriebetriebe Brandenburgs ansässig, womit der Kreis, gemessen an der Betriebsanzahl, in der Reihenfolge der 30 brandenburgischen Stadt- und Landkreise immerhin den neunten Platz belegte.<sup>2</sup> Die Zahl von 125 Betrieben konnte indes auch nur durch die über 40 Sägewerke<sup>3</sup> des Kreises erzielt werden. Bei der anhand der Beschäftigtenzahlen bestimmten Industriedichte belegte Zauch-Belzig nur den 27. und damit viertletzten Platz: ganze 2.793 Einwohner<sup>4</sup> Zauch-Belzigs arbeiteten in den im Kreis ansässigen Fabriken, womit im Durchschnitt von je 49 Einwohnern ein einziger in der Zauch-Belziger Industrie beschäftigt war.<sup>5</sup> Wie vergleichsweise gering die Beschäftigtenzahl in der Industrie ausfiel, wird auch daran deutlich, dass 1948 im Kreis allein über 30.000 Personen in der hiesigen Landwirtschaft und über 5.000 Personen in hiesigen Handwerksfirmen<sup>6</sup> arbeiteten.

In einem Rechenschaftsbericht aus dem Jahre 1950<sup>7</sup> bezifferte die Industrieabteilung des Landratsamtes die jährlichen Produktionswerte der Zauch-Belziger Industrie wie folgt:

---

<sup>1</sup> Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 224.

<sup>2</sup> BLHA, Rep. 202 E, Nr. 75, Bl. 2.

<sup>3</sup> Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 545, Bl. 90-98.

<sup>4</sup> Die in den Industriebetrieben Potsdams u. der Stadt Brandenburg/Havel beschäftigten Einwohner Zauch-Belzigs wurden hier selbstredend nicht miteinberechnet.

<sup>5</sup> BLHA, Rep. 202 E, Nr. 75, Bl. 1.

<sup>6</sup> Landrat Sydow gab 1948 die Beschäftigtenzahl im Handwerk mit 5.280 an; vgl. BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 3, Bl. 67.

<sup>7</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 69.

Jahr	Produktionswert in Mark	Steigerungsrate zum Vorjahr in %
1945	980.000	- - - <sup>1</sup>
1946	7.210.000	- - -
1947	10.661.000	47,9
1948	14.392.511	35,0
1949	20.473.790	42,3

Demnach verzeichnete man zwischen 1946 und 1949 jährliche Steigerungsraten von 35 bis knapp 48 Prozent. Jedoch bieten diese Angaben kein realistisches Bild. Man konnte zwar z.B. 1946 den Erfolg verbuchen, die Industrieproduktion des Kreises trotz aller Widrigkeiten wieder halbwegs inganggesetzt zu haben, wie es auch in ganz Brandenburg innerhalb eines Jahres nach Kriegsende gelang, die Produktivität der Industrie um ein Vielfaches zu steigern.<sup>2</sup> Aber bei den obigen Werten für 1945 bis 1947 dürfte es sich lediglich um grobe und „optimistische“ Schätzungen gehandelt haben, da genaueres statistisches Material nicht verfügbar war. Zudem sind die Angaben in Mark generell wenig aussagekräftig aufgrund des Währungsverfalls und der 1948 dann durchgeführten Währungsumstellung. Auch war es SBZ-weit üblich, dass Betriebe Preiserhöhungen erreichten, indem sie leicht abgewandelte Produkte als Neuanfertigungen ausgaben und sich für diese neue Preise genehmigen ließen.<sup>3</sup> Und höhere Produktpreise steigerten automatisch den Produktionswert. Keine Verwaltung verfügte über genauere Unterlagen zum Ausmaß derartiger Preissteigerungen. Diese Unkenntnis über das wirkliche Preisniveau relativierte bereits 1946 die Aussagekraft der Produktionsstatistiken und Planerfüllungsberichte.<sup>4</sup>

Mitte 1948 setzte die langfristige Wirtschaftsplanung in der Sowjetischen Besatzungszone und nachmaligen DDR ein.<sup>5</sup> Die von der DWK erarbeiteten Pläne

<sup>1</sup> Der Produktionswert für 1945 kann hierbei nicht berücksichtigt werden, weil es sich bei ihm nur um eine grobe Schätzung für die zweite Jahreshälfte 1945 handelt.

<sup>2</sup> Ribbe: *Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR*, S. 711. Laut Zank: *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland*, S. 22f., war insbesondere dank umfangreicher Kapazitätsreserven der Start des industriellen Wiederaufbaus im SBZ-Gebiet überraschend erfolgreich.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Holzwarth: *Die Anfänge der zentralen Wirtschaftsplanung in der SBZ*, S. 258.

<sup>4</sup> Ebenda.

<sup>5</sup> Siehe dazu, v.a. auch was die Mängel der Wirtschaftsplanung betrifft, die Darstellungen v. Holzwarth: *Die Anfänge der zentralen Wirtschaftsplanung in der SBZ*, insbesondere S. 254f., 257f., 263f. u. S. 267-269; Matschke: *Die industrielle Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone*, S. 171-175; Sattler: *Wirtschaftsordnung im Übergang*, Bd. 2, S. 674-680; Zank: *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland*, S. 101-104.

(Halbjahrplan für die zweite Jahreshälfte 1948, Zweijahrplan 1949/50) wurden zur Richtschnur der ökonomischen Aktivitäten in der SBZ.<sup>1</sup> Zusammen mit Einführung des Stück- und Leistungslohns (SMAD-Befehl Nr. 234 vom 9. Oktober 1947<sup>2</sup>) und mit der „Aktivisten“-Bewegung (Kampagne zur individuellen Übererfüllung von Produktionsnormen) sollte die zentrale Planwirtschaft den staatlichen („volkeigenen“) Wirtschaftssektor stärken,<sup>3</sup> zu einer besseren Ausnutzung der ökonomischen Kapazitäten und zu einer höheren Arbeitsproduktivität beitragen. In der Tat konnte die Deutsche Wirtschaftskommission bzw. die DDR-Regierung bis Ende 1949 eine Reihe von, wenn auch bescheidenen, Erfolgen verbuchen. Die Folgen der Krise von 1947<sup>4</sup> waren überwunden, Produktion und Lebensstandard stiegen.<sup>5</sup>

Die Planvorgaben für die Betriebe sprengten indes oftmals den Rahmen ihrer realen Möglichkeiten. Unter anderem musste sich das Ziegelwerk Glindow, von dem man mit Blick auf das Neubauernbauprogramm höchste Produktionsziffern verlangt hatte, am 29. August 1949 wegen Planrückständen offenbaren:

Unser Werk ist mit der Sollauflage zu scharf eingeplant worden. Das Soll hätte nur erfüllt werden können, wenn das Werk von Beginn der Saison an mit 2 Pressen voll gearbeitet hätte. Das war nicht möglich [...]. In den Monaten Mai und Juni war fast alle Tage Regenwetter. Da wir als Saisonbetrieb in der Fertigung und Trocknung von der Witterung abhängig sind, kamen wir dadurch sehr in Rückstand. [...] der 2. Ringofen konnte nicht in Betrieb genommen werden. Der Zugang zum 2. Ringofen ist gesperrt, weil die Besatzungsmacht unsere Wirtschaftsgebäude bewohnt.<sup>6</sup>

---

<sup>1</sup> Zank: *Wirtschaftliche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission*, S. 269.

<sup>2</sup> Der Text des Befehls ist u.a. (auszugsweise) abgedruckt in: Kleßmann: *Die doppelte Staatsgründung*, S. 509f. Zum Befehl s. etwa Sattler: *Wirtschaftsordnung im Übergang*, Bd. 1, S. 371-373.

<sup>3</sup> Der Zweijahrplan 1949/50 war laut Roesler: *Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR*, S. 5, in „sozialökonomischer Hinsicht“ auf die beschleunigte Entwicklung dieses Sektors ausgerichtet.

<sup>4</sup> Zu den durch den „Jahrhundertwinter“ 1946/47 im Zusammenhang mit Demontagen ausgelösten Krisenerscheinungen v.a. in der Brennstoffversorgung s. Sattler: *Demontagen und Reparationsentnahmen*, S. 362; Zank: *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland*, S. 23.

<sup>5</sup> Zank: *Wirtschaftliche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission*, S. 275. Siehe auch Sattler: *Wirtschaftsordnung im Übergang*, Bd. 2, S. 715f.

<sup>6</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 545, Bl. 175.

### 5.3.1 Enteignung und Verstaatlichung Zauch-Belziger Betriebe

Auf Grundlage von SMAD-Befehlen vom Oktober 1945 waren im Kreis Zauch-Belzig rund 100 Unternehmen unter Sequestration gestellt worden.<sup>1</sup> Durch brandenburgische Provinzialverordnungen vom August 1946 wurde die Hälfte dieser treuhandverwalteten Firmen auch formal enteignet und zumeist in Landes- eigentum (in „Volkseigentum“) übergeführt.<sup>2</sup> Anfang 1948 befanden sich wegen „ungeklärter Besitzverhältnisse“ u.a. noch die Firma Ressel Mineralwasserfabrik und Bierverlag Werder/Havel<sup>3</sup> in treuhänderischer Verwaltung. Mit dem auf Vor- schlag der DWK erlassenen SMAD-Befehl Nr. 64<sup>4</sup> vom 17. April 1948 wurde das Sequestrationsverfahren<sup>5</sup> in der Sowjetischen Besatzungszone beendet. Eine Übergangslösung auf dem Weg zur umfassenden Verstaatlichung der gewerblich- industriellen Wirtschaft in der SBZ/DDR fand damit ihren Abschluss.<sup>6</sup> Zur Be- standssicherung und administrativen Kontrolle der enteigneten Vermögenswerte wurde seit dem Frühjahr 1948 der zonale „Ausschuss zum Schutz des Volkseigen- tums“ gebildet. Als verlängerter Arm des zonalen Ausschusses wirkte in Bran- denburg ein (Landes-) „Amt zum Schutz des Volkeigentums“.<sup>7</sup>

---

<sup>1</sup> Sequestrierte Betriebe im Kreis waren u.a.: Volt GmbH Elektrotechnische Fabrik in Werder, Dr. Wilhelm Müller Werkzeugfabrik in Werder, Vulkanfiber-Fabrik Martin Schmid Erben in Werder, Dr. Kroeber & Sohn Wärmetechnische Messgeräte in Treuenbrietzen, J. Mehlich AG Präzisions- Rollenketten in Borkheide, Hageda AG Arzneimittelgroßhandlung in Werder, Sapropel GmbH Schmierfettfabrik in Götz, Schlossbrauerei Wiesenburg, Spiritus-Brennerei in Wiesenburg, Erich Jakobik Fleischwarenfabrik in Elsholz bei Beelitz, Drenker & Ritter Konservenfabrik in Beelitz, Erich Stude Konservenfabrik in Beelitz, Friesecke & Höpfner Technische Werkstatt in Borkheide, Gesellschaft für Reichseigene Lagerbetriebe mbh in Niemegek, Edelmostkellerei in Werder, Kur- märkische Papierfabrik in Treuenbrietzen, sowie vier Baufirmen, fünf Sägewerke und drei Ziege- leien; zusammengestellt anhand der Angaben in: BLHA, Rep. 206, Nr. 332, insbesondere Bl. 6f., Bl. 13f., Bl. 24, Bl. 29f., Bl. 30, Bl. 32, Bl. 37 u. Bl. 40; ebenda, Nr. 372, insbesondere Bl. 13f., Bl. 21f., Bl. 31, Bl. 36f., Bl. 39, Bl. 44f., Bl. 56, Bl. 59, Bl. 65, Bl. 70, Bl. 72, Bl. 77, Bl. 84, Bl. 87, Bl. 89, Bl. 97, Bl. 100, Bl. 105, Bl. 109, Bl. 116, Bl. 122 u. Bl. 124.

<sup>2</sup> Zu den 1946 als sowjetisches Staateigentum deklarierten u. zu „Sowjetischen Aktiengesellschaf- ten“ zusammengefassten deutschen Unternehmen gehörte kein Betrieb in Zauch-Belzig.

<sup>3</sup> Vgl. BLHA, Rep. 206, Nr. 540, Bl. 5.

<sup>4</sup> Veröffentlicht in: *Zentralverordnungsblatt*, Nr. 15 (1948), S. 140-142. Der Text des Befehls ist abgedruckt in: Sobotka: *Wiedergutmachungsverbot?*, S. 733f.; *Um ein antifaschistisch- demokratisches Deutschland*, S. 620-622.

<sup>5</sup> Eine umfassende, jedoch tendenziöse Darstellung (aus SED-Sicht) zum Sequestrationsverfahren in der SBZ findet sich bei Krause: *Die Entstehung des Volkseigentums*, S. 46-64. Eine Darstellung aus westlicher Sicht bietet Matschke: *Die industrielle Entwicklung in der sowjetischen Besat- zungszone*, S. 145-154. Bei Sattler: *Wirtschaftsordnung im Übergang*, Bd. 1, S. 253-278 u. S. 284- 292, Bd. 2, S. 557-560, einer neueren Arbeit (2001/02), wird das Sequestrationsverfahren im Land Brandenburg dargestellt.

<sup>6</sup> Sattler: *Wirtschaftsordnung im Übergang*, Bd. 1, S. 292.

<sup>7</sup> Siehe dazu ebenda, Bd. 2, S. 560-570

Im Ergebnis waren in Zauch-Belzig 54 beschlagnahmte Unternehmen enteignet worden, 31 gingen an ihre Besitzer zurück,<sup>1</sup> und mindestens 13 blieben weiterhin treuhandverwaltet,<sup>2</sup> weil sie ausländischen Staatsbürgern gehörten oder ausländisches Kapital an ihnen beteiligt war. Unter den 54 enteigneten Firmen befanden sich ca. 30 industrielle Unternehmen, die zu quasi-staatlichen „Volkseigenen Betrieben“ (VEB) wurden.<sup>3</sup> Zu den VEB zählten im Jahr 1949:

- AVZ Arznei- und Verbandsmittelzentrale Werder (vormals Hageda AG)
- Brauerei Wiesenburg (vormals Schlossbrauerei)
- Edelmostkellerei Werder/Havel
- Fleischwarenfabrik Elsholz (vormaliger Besitzer Erich Jakobik)
- Konservenfabrik Beelitz/Mark (vormals Drenker & Ritter)
- Sägewerk Belzig (vormaliger Besitzer Hermann Steinhaus)
- Sägewerk Lehnin-Ost (vormals Sägewerk Kraus & Ebert)
- Sägewerk Lehnin-West (vormals Sägewerk Robert Rüttel K.G.)
- Sägewerk Pernitz (vormals Pernitzer GmbH)
- Sägewerk Ragösen (vormaliger Besitzer Georg Spieseke)
- Sapropel Schmierfettfabrik Götz<sup>4</sup>
- Steingutfabrik Lehnin
- Messgerätewerk Treuenbrietzen (vormals Dr. Kroeber & Sohn)
- Ziegelwerk Glindow am See (vormals Ziegelei C. O. Wegener AG).<sup>5</sup>

Der größte Betrieb von diesen und im Kreis überhaupt war die Fleischfabrik Elsholz mit 160 Beschäftigten.<sup>6</sup> (In den 1930er Jahren hatte wohl das Kopp-Werk Roederhof in Belzig allein schon das Zehnfache an Beschäftigten.)

Mit dem Befehl Nr. 64 endete zwar die Beschlagnahme auf Grundlage der SMAD-Anordnungen vom Oktober 1945. Der Befehl untersagte aber beileibe nicht weitere Betriebsenteignungen und -verstaatlichungen, die es in der Tat auch danach noch gab.<sup>7</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. *Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen*, S. 315; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 9; Hartisch: *Die Enteignungen von „Nazi- und Kriegsverbrechern“*, S. 35.

<sup>2</sup> Anfang 1950 befanden sich 13 Unternehmen im Kreis in Treuhandschaft; s. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 9.

<sup>3</sup> Laut einer Statistik v. 1950 wurden bis Ende 1949 im Kreis 30 Privatbetriebe in „Volkseigentum“ übernommen; s. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 225. Im März 1949 hatten erst 19 VEB im Landkreis existiert; s. ebenda, Nr. 546, Bl. 45-47.

<sup>4</sup> Wurde urkundlich am 15.7.1948 für endgültig enteignet erklärt; BLHA, Rep. 271 VVB Chemie, Papier, Nr. 103.

<sup>5</sup> Zusammengestellt anhand der Angaben in: BLHA, Rep. 206, Nr. 540, Bl. 3f., Bl. 12, Bl. 14-16, Bl. 19 u. Bl. 24.

<sup>6</sup> Vgl. ebenda, Bl. 3.

<sup>7</sup> Vgl. Beck: *Die Konfiskationen in der Sowjetischen Besatzungszone*, S. 106-108.



Die staatlichen Betriebe machten nicht ganz ein Viertel der im Kreis ansässigen industriellen Unternehmen aus. Sie besaßen trotzdem schon ein wirtschaftliches Übergewicht gegenüber den Firmen im Besitz von Privatleuten oder Körperschaften. Der VEB-Sektor hatte im Jahr 1948 einen Anteil von 56,5% an der industriellen Produktion in Zauch-Belzig, im Jahr 1949 von 53,2% und im Jahr 1950 von 64,7%.<sup>1</sup>

Bis zum Abschluss des Sequestrationsverfahrens im Frühjahr 1948 waren alle in Brandenburg enteigneten Unternehmen vom „Amt für provinz- (bzw. landeseigene) Betriebe“ verwaltet worden, das bei der Abteilung Industrie der Provinzialverwaltung bzw. seit November 1946 beim Ministerium für Wirtschaftsplanung (Abteilung Industrie) ressortierte.<sup>2</sup> Dem Amt hatte wiederum die mit Verordnung vom 19. Okt. 1946<sup>3</sup> gebildete Hauptverwaltung „Provinzialbetriebe Mark Brandenburg“ mit sieben „Industrieverwaltungen“ unterstanden, in der alle provinzeigenen Betriebe zu einer selbständigen Wirtschaftsorganisation zusammengefasst wurden. Nach Ende der Sequestrationen bestätigte am 23. April 1948 die Sowjetische Militäradministration mit ihrem Befehl Nr. 76<sup>4</sup> den Vorschlag der Deutschen Wirtschaftskommission, den VEB-Sektor in der ganzen Besatzungszone nunmehr zwecks Zentralisierung umzugestalten und „Vereinigungen Volkseigener Betriebe“ (VVB) zu bilden. Die größeren VEB mit überregionaler Bedeutung wurden daraufhin der Verfügung der Länder entzogen und in zonal gesteuerten VVB zusammengefasst.<sup>5</sup> Die den Ländern belassenen Betriebe organisierte man in entsprechenden Vereinigungen auf Landesebene, VVB (L) genannt. Verschiedene kleinere Firmen wurden in kommunale Trägerschaft oder auch an die VdGB gegeben. Im Rahmen des ersten Fünfjahrplans der DDR-Wirtschaft (1951-1955) und vor dem Hintergrund des allgemeinen Zurückdrängens des Länderföderalismus<sup>7</sup> begann zum Jahreswechsel 1950/51 wiederum die

---

<sup>1</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 545, Bl. 57. Es war ein wirtschaftspolitisches Ziel der zentralen langfristigen Wirtschaftsplanung, dem VEB-Sektor gegenüber den Privatbetrieben ein höheres Gewicht zu verschaffen, weshalb die VEB bevorzugt mit materiellen u. personellen Ressourcen auszustatten waren; Zank: *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland*, S. 102.

<sup>2</sup> Zum Folgenden vgl. Fait: *(Mark) Brandenburg*, S. 94; Krause: *Die Entstehung des Volkseigentums*, S. 140-143; Matschke: *Die industrielle Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone*, S. 220-232; Sattler: *Wirtschaftsordnung im Übergang*, Bd. 1, S. 278-280, Bd. 2, S. 571; Zank: *Wirtschaftliche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission*, S. 267.

<sup>3</sup> Siehe *Verordnungsblatt der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg*, Nr. 17 (1946), S. 379.

<sup>4</sup> Der Text des Befehls ist abgedruckt in: *Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland*, S. 624-630.

<sup>5</sup> Vgl. dazu etwa das Schema „Organisationsstruktur der zentralgeleiteten Industrie der DDR 1948-1962“, in: Roesler: *Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR*, S. 33.

Auflösung der Landes-VVB. Deren Betriebe gingen zum Teil an die zentralen VVB über, zum Teil ordnete man sie als „örtliche Industrie“ auf Kreis- und Gemeindeebene neu.<sup>1</sup>

### 5.3.2 Demontage und Reparationslieferungen aus laufender Produktion

Mit dem Kriegsende begannen die Sowjets in Deutschland, parallel zu staatlichen und privaten Beutezügen, die systematischere Art der Entnahme in Form der Demontage industrieller und verkehrstechnischer Anlagen und Abtransport derselben in die Sowjetunion.<sup>2</sup> Die komplexeste Phase der Demontage kam nach August 1945, nachdem die Alliierten sich in der Frage gesamtdeutscher Reparationen nicht einigen konnten. Da die Sowjets nunmehr davon ausgehen mussten, dass sie keine Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion der westlichen Besatzungszonen erhielten, suchten sie ihre Ansprüche aus der eigenen Zone zu befriedigen. Beim Abbau der technischen Einrichtungen ging man sowjetischerseits rigoros vor. Moskau rechnete damit, im Zuge eines Friedensschlusses schon bald die direkte Kontrolle über das östliche Deutschland aufgeben zu müssen. Also schien es wohl klüger, all das zu greifen, was gerade zu greifen war.<sup>3</sup> Der Kreml verband offensichtlich mit den Demontagen auch sicherheitspolitische Aspekte: Deutschland sollte die materielle Möglichkeit genommen werden, der Sowjetunion in absehbarer Zeit wieder gefährlich zu werden. Demgemäß verzeichneten diejenigen Branchen die höchsten Verluste durch Abbau und Abtransport, die während der Aufrüstungs- und Kriegswirtschaft den größten Zuwachs verbucht hatten.<sup>4</sup>

Eine deutsche Wiedergutmachung für die immensen materiellen Schäden, welche die Sowjetunion im Krieg erlitten hatte, stand moralisch völlig außer Dis-

---

<sup>1</sup> Roesler: *Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR*, S. 36f.; Sattler: *Wirtschaftsordnung im Übergang*, Bd. 2, S. 623f. Siehe dazu auch die Ausführungen des DDR-Industrieministers Fritz Selbmann v. Dezember 1950, in: *Geschichte des Staates und des Rechts der DDR*, S. 165-173.

<sup>2</sup> Zum Folgenden vgl. Fisch: *Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg*, S. 96f. u. 188; Karlsch: *Allein bezahlt?*, S. 55-58 u. S. 60-63; Laufer: *Politik und Bilanz der sowjetischen Demontagen*, S. 40 u. S. 45-55; Matschke: *Die industrielle Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone*, S. 69-78 u. S. 184-188; Naimark: *Die Russen in Deutschland*, S. 215 u. S. 227-232.

<sup>3</sup> Fisch: *Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg*, S. 105; Karlsch: *Allein bezahlt?*, S. 85; Kleßmann: *Die doppelte Staatsgründung*, S. 106.

<sup>4</sup> Karlsch: *Umfang und Struktur der Reparationsentnahmen aus der SBZ/DDR*, S. 47.

kussion und im Einklang mit dem Völkerrecht.<sup>1</sup> Allerdings verlor die SBZ-Industrie durch Demontagen mehr von ihrer Substanz als zuvor durch unmittelbare Kriegseinwirkungen.<sup>2</sup> Der Abbau von Betriebsanlagen brachte eine erhebliche Deindustrialisierung der Zone. In manchen Branchen kamen die Demontagen einem Kahlschlag gleich.<sup>3</sup> In den Jahren 1945 und 1946 wurden die Maschinen und Anlagen von über 3.000 Betrieben in der SBZ ganz oder teilweise abgebaut und in die Sowjetunion verfrachtet.<sup>4</sup> Die Demontagen banden zudem in großer Zahl Arbeitskräfte. So musste z.B. aufgrund des Befehls Nr. 92 der SMA Brandenburg vom 27. Dezember 1945<sup>5</sup> eine Kleinstadt wie Beelitz mit nicht einmal 6.000 Einwohnern innerhalb von drei Tagen 700 Mann für Demontagearbeiten auf die Beine bringen.<sup>6</sup> Dass die Wirtschaft der SBZ dennoch die unmittelbaren Demontagefolgen ziemlich rasch überwinden konnte, war dem großen Aufbauwillen der Bevölkerung zu verdanken.<sup>7</sup>

Im Kreis Zauch-Belzig wurden, soweit sich nachvollziehen lässt, mindestens acht Industriebetriebe teilweise oder ganz demontiert. Es handelte sich im Einzelnen um: Friesecke & Höpfner Technische Werkstätten Borkheide, Dr. Müller Werkzeugfabrik Werder/Havel, Sägewerk Waldmühle Wiesenburg, J. Mehlich A.G. Präzisions-Rollenketten-Fabrik Borkheide, Kurmärkische Papierfabrik Treu-

---

<sup>1</sup> Karlsch/Laufer: *Die sowjetischen Demontagen in der SBZ*, S. 20.

<sup>2</sup> Fisch: *Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg*, S. 201; Karlsch: *Allein bezahlt?*, S. 89; ders.: *Umfang und Struktur der Reparationsentnahmen aus der SBZ/DDR*, S. 46. Vgl. auch die Tabelle in: ebenda, S. 51. Zu Recht widerspricht Karlsch entschieden der relativierenden These v. Zank: *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland*, S. 22, die sowjetischen Demontageaktionen hätten bei weitem nicht den Umfang gehabt, der ihnen gemeinhin in der Literatur zugeschrieben werde. Die Behauptung v. Barthel: *Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR*, S. 96, es seien vornehmlich (reine) Rüstungsbetriebe demontiert worden, deckt sich ebenso nicht mit den Tatsachen. Zu Auswirkungen der Demontagen s. Matschke: *Die industrielle Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone*, S. 189-200.

<sup>3</sup> Freilich befand sich die sowjetische Wirtschaft 1945/46 in einer noch schlimmeren Notlage als die der SBZ; Naimark: *Die Russen in Deutschland*, S. 215; s. auch Barthel: *Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR*, S. 92-95. – Für die DDR-Geschichtswissenschaft waren die sowjetischen Demontagen ein heikles Thema; vgl. Karlsch/Laufer: *Die sowjetischen Demontagen in der SBZ*, S. 24. Aus politischen Gründen versuchte man sie – sofern sie nicht einfach ignoriert wurden – zu relativieren und ihre Auswirkungen herunterzuspielen. So ist bei Krause: *Die Entstehung des Volkseigentums*, S. 98, zu lesen, die Demontagen hätten nicht den Charakter der SBZ als industriell hochentwickeltes Land gefährdet; Einschätzungen über Gefahren der Demontagen hätten von „bürgerlichen Wirtschaftsexperten“ gestammt, „die meistens nicht in der Lage waren, die Situation richtig einzuschätzen.“ Bei Barthel: *Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR*, S. 37-68, werden die Kriegszerstörungen überbetont, hingegen ebenda, S. 96-106, Gewicht u. Auswirkungen der Demontagen/Reparationen ebenfalls heruntergespielt.

<sup>4</sup> Karlsch/Laufer: *Die sowjetischen Demontagen in der SBZ*, S. 28.

<sup>5</sup> Der Text des Befehls ist abgedruckt in: Geßner: *Befehle der Sowjetischen Militäradministration des Landes Brandenburg*, S. 136-138.

<sup>6</sup> Vgl. ebenda, S. 137.

<sup>7</sup> Karlsch: *Allein bezahlt?*, S. 92.

enbrieten sowie die zu Kopp & Co. gehörenden drei Werke Roederhof Belzig, Selterhof und Sebaldushof Treuenbrietzen.<sup>1</sup> Allein der Abbau der drei Kopp-Werke verringerte das Industriepotential im Kreis um über die Hälfte. Die Firmen Dr. Müller Werkzeugfabrik Werder<sup>2</sup> und Friesecke & Höpfner Borkheide<sup>3</sup> wurden später, weil sämtlicher Produktionsmittel verlustig gegangen, liquidiert.<sup>4</sup> Die Kurmärkische Papierfabrik Treuenbrietzen war bei den letzten Kriegshandlungen durch Beschuss stark beschädigt worden und brannte anschließend aus. Noch brauchbare Maschinen und Anlagen der Fabrik wurden 1945/46 durch die Rote Armee demontiert, die Gebäudereste 1947 zur Baustoffgewinnung abgebrochen.<sup>5</sup> (Dies bedeutete das Ende der Papierherstellung im Kreis, ein Gewerbe mit Jahrhunderte langer Tradition in Zauche und Belziger Region.) Auf einem Teil des Firmenareals von J. Mehlich in Borkheide richtete man 1947 einen Holzverarbeitungsbetrieb ein, wozu ein Rest der nicht abtransportierten Maschinen verwendet wurde. Was an vorhandenen Maschinen zur Holzverarbeitungsbetrieb nicht gebraucht werden konnte, kam 1949 in den VEB Werkzeugmaschinen und Gerätebau Velten.<sup>6</sup>

Die Anlagen der drei Munitionsfabriken von Kopp & Co. in Belzig und Treuenbrietzen fielen sehr schnell der Demontage anheim.<sup>7</sup> Das Werk Roederhof, die größte der drei Fabriken, wurde im Juli/August 1945 demontiert. Im Herbst 1945 gab es Überlegungen, in einigen der nunmehr leerstehenden, modernen und immer noch intakten Hallen des Werkes mehrere neue Fabrikationsbetriebe anzusiedeln. Jedoch lag bis März 1946 keine Freigabe für das Werksgelände vor. Und die Pläne mussten nach Ablauf eines weiteren Jahres völlig aufgegeben werden. Denn Ende März/Anfang April 1947 wurden sämtliche Fabrikgebäude des Roe-

---

<sup>1</sup> Zusammengestellt auf Grundlage v. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 545, Bl. 9-14. – Die Betriebsdemontagen im benachbarten Stadtkreis Brandenburg/Havel, v. denen auch im nördlichen Teil Zauch-Belzigs wohnende Arbeitnehmer unmittelbar betroffen waren, werden ausführlich behandelt in: Müller: *Demontagen, gesellschaftliche Transformation und industrieller Strukturwandel in Brandenburg (Havel)*, S. 383-392; s. auch *Stahl und Brennbabor*, passim. Zu den Demontagen im Nachbarstadtkreis Potsdam s. Uhlemann: *Neubeginn in Potsdam*, S. 308.

<sup>2</sup> Die Firma hatte Diamant-Metall-Werkzeuge für die optische u. Glas-Industrie gefertigt u. war auf Grundlage des SMAD-Befehls Nr. 124 am 8.12.1945 als „herrenlos“ beschlagnahmt worden; s. KrA PM, 49.012/8.

<sup>3</sup> Eine Zweigniederlassung des Flug-Funkwerks Friesecke & Höpfner Potsdam-Babelsberg.

<sup>4</sup> Offensichtlich existierten die beiden Unternehmen im Jahre 1949 nur noch auf dem Papier. Die VVB-Landesverwaltungen, der sie formal unterstanden, wollten damals deren Betriebsareale abstoßen; vgl. BLHA, Rep. 206, Nr. 540, Bl. 23 u. 27.

<sup>5</sup> Siehe BLHA, Rep. 271 VVB Eisen u. Metall, Nr. 319, passim.

<sup>6</sup> Siehe ebenda, Nr. 215, passim.

<sup>7</sup> Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 658, Bl. 229-231; ebenda, Rep. 330, Nr. 165, Bl. 73-78; Dorbritz: „*Der Krieg soll verflucht sein*“, passim.

derhofs durch die Besatzungsmacht gesprengt<sup>1</sup> – gemäß der (vagen) Übereinkunft der Siegermächte auf der Potsdamer Konferenz, deutsches Industriepotential für die Kriegsproduktion, das nicht entfernt werden kann, zu vernichten.<sup>2</sup> Im Jahr 1952 verwendete man Betonschotter vom gesprengten Werk für den Unterbau der Laufbahn im neuen Belziger Sportstadion.<sup>3</sup> Die Demontage der Kopp-Werke in Treuenbrietzen zog sich bis in den Herbst 1946 hin. Am 13. September 1946 befahl der sowjetische Kreiskommandant dem Arbeitsamt Belzig, im Verlauf der nächsten zwei Wochen 300 Arbeitskräfte noch zum Abbau von Metallkonstruktionen bei Kopp & Co. in Treuenbrietzen abzustellen.<sup>4</sup> Die beiden Werke Sebaldushof und Selterhof wurden wie das Werk Roederhof vor Mitte April 1947 gesprengt. Damit war Kopp & Co. im Kreis Zauch-Belzig getilgt.

Die Roederhof-Werkshallen zu sprengen, war unzweifelhaft ein Akt sinnloser Ressourcenverschwendung im Rahmen der „ökonomischen Entwaffnung“ Deutschlands. Hunderte von ehemaligen Kopp-Beschäftigten, die gehofft hatten, im Roederhof wieder Arbeit zu finden und in den modernen Fabrikgebäuden zukünftig nicht-militärische Produkte herzustellen, sahen ihre Hoffnungen bitter enttäuscht.

Die Demontagen lösten allgemein bei den Arbeitern, insbesondere bei denen, die ihre eigenen Arbeitsplätze abbauen mussten, Wut und Frustration aus.<sup>5</sup> Auch innerhalb der KPD bzw. SED, die von der Bevölkerung für die wirtschaftlichen Beutezüge der Sowjets mitverantwortlich gemacht wurde, erhoben sich Stimmen gegen das unerbittliche sowjetische Vorgehen.<sup>6</sup> Bruno Brockhoff, Instrukteur der KPD-Bezirksleitung Brandenburg, sprach am 17. Juli 1945 vor Zauch-Belziger Kommunisten kritisch vom „Abtransport der Maschinen, der

---

<sup>1</sup> Siehe BLHA, Rep. 271 VVB Eisen u. Metall, Nr. 213.

<sup>2</sup> Vgl. *Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland*, Ergänzungsblatt Nr. 1 (1946), S. 14f. Zudem forderte ein sowjetisches Gutachten über die weiteren Aufgaben bei der industriellen Entwaffnung Deutschlands v. Mai 1946 die Vernichtung v. bis zu 600 Industriebauten, aus denen die industriellen Ausrüstungen bereits entnommen waren; Laufer: *Politik und Bilanz der sowjetischen Demontagen*, S. 59.

<sup>3</sup> BLHA, Rep. 206, Nr. 270.

<sup>4</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 94, Bl. 262.

<sup>5</sup> Heß/Richter: *Die Stadt Brandenburg im Jahr 1945*, S. 212, erwähnen, dass es aufgrund dieser Gefühlslage bei Demontagearbeiten in Betrieben der Havelstadt häufiger zu Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern u. Rotarmisten kam.

<sup>6</sup> Vgl. etwa Sattler: *Demontagen und Reparationsentnahmen*, S. 335f. Nur mit größtem Druck erreichte W. Ulbricht in der Parteiführung der KPD/SED die Akzeptanz der sowjetischen Reparationspolitik u. ein scheinbar geschlossenes Auftreten nach außen; Karlsch: *Allein bezahlt?*, S. 67.

selbst unsere Genossen zur Verzweiflung bringt“.<sup>1</sup> Auf einer Kreisdelegiertenkonferenz der Zauch-Belziger SED am 22. September 1946 äußerte der Delegierte Walter Rose (Ex-Sozialdemokrat), unter den Folgen den Demontagen hätte nicht nur das deutsche Volk zu leiden, sondern die Rote Armee kann auch nicht zufrieden sein. Rose legte den Finger auf die offene Wunde, indem er sagte: „Reparationen lassen sich aber nur ausführen, wenn das deutsche Volk dazu fähig ist. Um Zahlungen leisten zu können, müssen Maschinen vorhanden sein, und vor allen Dingen, es muss eine Arbeiterschaft vorhanden sein, deren Ernährung so gestaltet wird, dass sie schwere Arbeit 8-10 Stunden aushält.“<sup>2</sup> Kritische Äußerungen von KPD/SED-Funktionären gaben allerdings keinen Anlass für eine Modifikation der sowjetischen Besatzungspolitik.<sup>3</sup>

Für die Sowjets war der Wert der in Deutschland durchgeführten Demontagen im Endeffekt wohl tatsächlich nicht allzu hoch, wenn man einmal vom Rüstungssektor absieht.<sup>4</sup> Einbußen traten durch unsachgemäßen Abbau, auf dem Transport in die Sowjetunion und durch unsachgemäßen Wiederaufbau ein. Zudem wurde an den neuen Standorten nur selten wieder die alte Kapazität erlangt, weil nicht die gleiche Infrastruktur vorhanden war. Die begrenzte Effizienz der Demontagen scheint also unzweifelhaft.

Insofern verwundert es nicht, dass sich im Frühjahr 1946 in der sowjetischen Führungsrige die Demontagegegner durchsetzten, die Reparationen in Form der Entnahme aus der laufenden Produktion favorisierten. Trotzdem gab es auch danach immer noch den gezielten Abbau von industriellen Anlagen, der erst gegen Mitte 1948 tatsächlich endete.<sup>5</sup> Der Kreis Zauch-Belzig hatte z.B. noch 1947 für die Demontage der Daimler-Benz-Werke Ludwigsfelde (Teltow) und der Schwartzkopff-Werke Wildau (Teltow) 237 bzw. 134 Arbeitskräfte abzustellen.<sup>6</sup> Dabei war in der kommunistischen Presse schon im November 1945 (!) stolz ver-

---

<sup>1</sup> BLHA, Rep. 330, Nr. 77, Bl. 2.

<sup>2</sup> BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 1, Bl. 17.

<sup>3</sup> Karlsch: *Allein bezahlt?*, S. 54.

<sup>4</sup> Zum Folgenden vgl. Fisch: *Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg*, S. 189; Laufer: *Politik und Bilanz der sowjetischen Demontagen*, S. 56 u. 76; Zank: *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland*, S. 21.

<sup>5</sup> Siehe Fisch: *Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg*, S. 106 u. 188; Laufer: *Politik und Bilanz der sowjetischen Demontagen*, S. 56-62.

<sup>6</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 242.

kündet worden, die Demontearbeiten bei Schwartzkopff in Wildau seien eingestellt.<sup>1</sup>

Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion der SBZ/DDR erfolgten bis Ende 1953. Sie umfassten so ziemlich alle ostdeutschen Produkte.<sup>2</sup> R. Karlsch veranschlagt den Gesamtwert der (nachweisbaren) direkten und indirekten Lieferungen auf rund 15 Milliarden Reichsmark bzw. Mark.<sup>3</sup>

Die Zauch-Belziger Industrie hatte seit 1946 ihren Beitrag zu den Reparationslieferungen zu erbringen. Unter anderen gingen Messapparate, gefertigt von Dr. Kroeber & Sohn Treuenbrietzen,<sup>4</sup> Drehstrom-Motoren, hergestellt von der Firma Reinhold Schuster Maschinen-Fabrik Werder,<sup>5</sup> und Vulkanfiber-Platten und -Röhren aus der Fabrik Martin Schmid Erben Werder<sup>6</sup> in sowjetische Hände. Die Inanspruchnahme der einzelnen Firmen durch Lieferungen für die Kriegsschädigung war unterschiedlich. Sehr hoch fiel sie für die Werderaner Vulkanfiber-Fabrik aus, die 1948 zu 95% für die Reparatur arbeiten musste.<sup>7</sup> Die Hauptlast für die Reparationslieferungen trugen im Kreis allerdings die Holzsägewerke.<sup>8</sup> Im ersten Quartal des Jahres 1947 war Zauch-Belzig beispielsweise verpflichtet, 5.000 Festmeter Grubenholz zum Zwecke der Kriegsschädigung an die Sowjets zu übergeben.<sup>9</sup> Im vierten Quartal desselben Jahres hatten die Sägewerke des Kreises 12.000 Kubikmeter Schnittholz und 2.200 Kubikmeter Schwellen als Reparationsleistung zu schneiden.<sup>10</sup>

Die Reparationspolitik der Sowjetunion war seit 1946 darauf ausgerichtet, die ostdeutsche Industrie anzukurbeln, um höchstmögliche Leistungen zu erzielen

---

<sup>1</sup> Siehe *Freundschaft – Werden und Wachsen*, T. 1, S. 149.

<sup>2</sup> Vgl. Fisch: *Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg*, S. 188-190; Karlsch: *Allein bezahlt?*, S. 169; Naimark: *Die Russen in Deutschland*, S. 26-240. Zu den v. der brandenburgischen Wirtschaft gelieferten Reparationen aus laufender Produktion s. Sattler: *Demontagen und Reparationsentnahmen*, S. 358f. u. 363f.

<sup>3</sup> Karlsch: *Allein bezahlt?*, S. 195f.

<sup>4</sup> Unterlagen zu Reparationslieferungen v. Dr. Kroeber & Sohn in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 533, Bl. 1-5; s. auch BLHA, Rep. 202 F, Nr. 2, Bl. 86.

<sup>5</sup> Unterlagen zu Reparationslieferungen der Firma Reinhold Schuster in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 533, Bl. 91-144; s. auch BLHA, Rep. 202 F, Nr. 2, Bl. 63.

<sup>6</sup> Unterlagen zu Reparationslieferungen der Vulkanfiber-Fabrik in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 533, Bl. 7-90.

<sup>7</sup> BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 3, Bl. 72.

<sup>8</sup> Zu Reparationsleistungen durch die Sägewerke des Kreises s. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 544, passim.

<sup>9</sup> Ebenda, Nr. 101, Bl. 83.

<sup>10</sup> Ebenda, Nr. 100, Bl. 73.

und mithin größtmögliche Reparationen herausziehen zu können.<sup>1</sup> Es ging um eine Maximierung der Produktion, nicht um die Bestrafung der Besiegten. Die Sowjets waren am Erhalt der Arbeitskraft der Deutschen interessiert. Sie zeigten sich in dieser Hinsicht flexibel und sprangen notfalls kurzfristig mit Nahrungsmittel- und Rohstofflieferungen ein. Und Reparationsaufträge verringerten die Arbeitslosigkeit. Der Lebensstandard der Menschen in der SBZ allerdings blieb auf niedrigstem Niveau. Die ostdeutsche Industrie erfuhr keinen beschleunigten Wiederaufbau, sondern das Land musste weitgehend von der nach Krieg und Demontage noch vorhandenen Substanz leben, um die enormen Leistungen erbringen zu können. Der Produktionsapparat wurde auf Verschleiß gefahren, Investitionen blieben weitestgehend aus.<sup>2</sup>

#### 5.4 Verkehr und Transportwesen

Die wichtigsten Verkehrsadern, die den Landkreis Zauch-Belzig durchqueren, waren die Hauptstrecken der Deutschen Reichsbahn Berlin-Magdeburg und Berlin-Wetzlar, die Brandenburgische Städtebahn sowie die Reichsautobahnen 2 und 9. Die Schifffahrt spielte nur eine untergeordnete Rolle. Lediglich an der nördlichen Kreisgrenze hatte man mit der Havel eine Anbindung an eine schiffbare Wasserstraße.<sup>3</sup> Schiffsverlade- und -entladestellen gab es in den Havelorten Werder, Phöben, Alt Töplitz und Gollwitz sowie in Lehnin und Netzen, die über den Emsterkanal mit der Havel verbunden waren.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Zum Folgenden vgl. Fisch: *Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg*, S. 107 u. 201; Matschke: *Die industrielle Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone*, S. 203; Zank: *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland*, S. 21.

<sup>2</sup> Bis Ende der 1950er Jahre fand keine grundlegende Erneuerung der Produktionsanlagen in der DDR statt; Karlsch: *Allein bezahlt?*, S. 91.

<sup>3</sup> Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 78-80.

<sup>4</sup> Ebenda, Nr. 172, Bl. 184.



Die durch den Krieg verursachten Schäden am Autostraßennetz des Kreises konnten teilweise recht schnell behoben werden. Laut einem Bericht<sup>1</sup> vom Dezember 1945 waren die Reichsstraßen im Kreisgebiet wieder in einwandfreiem Zustand. Die Autobahnbrücke bei Nahmitz war zwar in den letzten Kriegstagen gesprengt worden, inzwischen war aber eine für eine Spur voll tragfähige Behelfsbrücke vorhanden. Damit konnte die den Kreis durchlaufende Teilstrecke der Autobahn 2 Berlin-Hannover komplett genutzt werden. Die Brücken im Zuge der Autobahn 9 Berlin-Leipzig hatte man hingegen noch nicht repariert, weshalb die Autobahn auf Anordnung der SMA von der Abfahrt Beelitz-Heilstätten bis zur Kreisgrenze für jeden Verkehr gesperrt war. Noch mindestens bis Juni 1947 blieben zwei Brücken der Reichsautobahn 9 im Amtsbezirk Groß Marzehns, ganz im Südwesten des Kreises, gesperrt.<sup>2</sup>

Wie aus einer im Jahre 1950 erstellten Verkehrswege-Analyse<sup>3</sup> hervorgeht, waren auch diese beiden Autobahnbrücken mittlerweile wieder behelfsmäßig aufgebaut worden. Zauch-Belzigs Straßennetz umfasste seinerzeit 108,15 km Autobahn, 134,084 km Reichsstraßen (Reichsstraßen Nr. 1 Potsdam-Brandenburg/Havel, Nr. 2 Potsdam-Treuenbrietzen-in Richtung Leipzig, Nr. 102 Treuenbrietzen-Belzig-Brandenburg/Havel), 247,754 km Landstraßen 1. Ordnung und 150,852 km Landstraßen 2. Ordnung. Hinzu kamen gemeindeeigene Straßen und Wege, die nicht weiter quantifiziert wurden.

Der Kraftfahrzeugbestand im Kreis wuchs nach Kriegsende stetig wieder an. Dies ist insofern bemerkenswert, da es bis Anfang der 1950er Jahre eigentlich nur Fahrzeuge aus der Vorkriegsproduktion zu beschaffen gab. Am 10. August 1945 waren kreisweit lediglich 17 PKW (davon fünf reparaturbedürftig) und 21 LKW (davon zehn reparaturbedürftig) amtlich registriert.<sup>4</sup> Daneben dürfte es seinerzeit eine größere Anzahl nicht-registrierter Kraftfahrzeuge gegeben haben. Ende des Jahres 1945 besaßen dann schon 90 PKW und 170 LKW in Zauch-Belzig eine behördliche Zulassung.<sup>5</sup> Diese Zahlen steigerten sich bis Ende 1949 auf 437 PKW und 745 LKW.<sup>6</sup> Von einer „Individualmotorisierung“ konnte man beileibe nicht

---

<sup>1</sup> In: ebenda, Nr. 182, Bl. 97f.

<sup>2</sup> Vgl. ebenda, Nr. 172, Bl. 165.

<sup>3</sup> In: ebenda, Nr. 81, Bl. 78-80.

<sup>4</sup> Siehe ebenda, Nr. 527, Bl. 15.

<sup>5</sup> Ebenda, Nr. 81, Bl. 92.

<sup>6</sup> Ebenda.

sprechen. 1949 lebten ca. 135.000 Menschen im Kreis,<sup>1</sup> was bedeutete, dass auf 309 Einwohner ein PKW kam.

Am 25. März 1946 war zur Entwicklung des Güternah- und Fernverkehrs und zum Erhalt und zur Vermehrung des Kraftfahrzeugparks die Auto-Transportgemeinschaft (ATG) Brandenburg gegründet worden.<sup>2</sup> Im Rahmen dieser Gründung richtete man eine ATG-Außenstelle Belzig mit acht Nebenstellen im Kreis ein.<sup>3</sup> Die ATG war u.a. für Treibstoffzuteilungen im Kreisgebiet zuständig. Seit März 1949 koordinierte sie auch den gewerblichen Personenverkehr im Kreis.<sup>4</sup> Bis Mai 1946 waren der Autobusverkehr auf den Linien Werder-Lehning-Belzig und Werder-Lehning aufgenommen sowie auf Veranlassung des Landrats – trotz Mangel an Fahrzeugen und Autoreifen – die Buslinien Beelitz-Treuenbrietzen-Niemegk-Belzig, Belzig-Treuenbrietzen-Beelitz-Potsdam und Wiesenburg-Belzig-Golzow-Brandenburg/Havel neu eingerichtet worden.<sup>5</sup> Bis 1949 schaffte man es, im Kreis ein halbwegs flächendeckendes und funktionierendes Netz von Buslinien mit sechs Omnibusunternehmen aufzubauen.<sup>6</sup>

Zauch-Belzig hatte Anbindung an fünf Eisenbahnstrecken. Es handelte sich dabei um die drei Reichsbahnstrecken Berlin-Magdeburg, Berlin-Wetzlar (die sogenannte Kanonenbahn) mit Abzweig nach Roßlau und Treuenbrietzen-Potsdam-Nauen sowie um die Brandenburgische Städtebahn Neustadt/Dosse-Brandenburg/Havel-Treuenbrietzen und um die Lehniner Kleinbahn Lehning-Groß Kreuz.<sup>7</sup>

Die Eisenbahnanlagen im Kreis stellten in den letzten Kriegswochen ein begehrtes Angriffsziel für die alliierten Flugzeuge dar. Die Bahnhöfe Belzig und Treuenbrietzen<sup>8</sup> und der große Verschiebebahnhof Seddin<sup>9</sup> wurden durch Luftangriffe zum Teil schwer beschädigt. Durch Brückensprengungen der sich zurückziehenden Wehrmachtstruppen hatten die Eisenbahnlinien zusätzlich Schäden erlitten.

---

<sup>1</sup> Vgl. Ebenda, Bl. 23.

<sup>2</sup> *Verordnungsblatt der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg*, Nr. 7 (1946), S. 112.

<sup>3</sup> Siehe BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 254.

<sup>4</sup> Vgl. ebenda, Bl. 254f.

<sup>5</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 332; BLHA, Rep. 330, Nr. 165, Bl. 59.

<sup>6</sup> Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 93.

<sup>7</sup> Siehe die Karte *Entwicklung des Eisenbahnnetzes*.

<sup>8</sup> Vorkastner: *90 Jahre Brandenburgische Städtebahn*, S. 74

<sup>9</sup> Siehe Kapitel 1.1 der vorliegenden Arbeit.

Die Wiederaufnahme des Bahnverkehrs nach Kriegsende ging mit den nötigsten Reparaturen einher.<sup>1</sup> Laut einem Lagebericht der brandenburgischen Provinzialverwaltung vom 4. Juli 1945 war der Bahnhof Belzig inzwischen wieder hergerichtet worden, der Bahnhof Treuenbrietzen wurde noch aktuell instandgesetzt. (Die Instandsetzungsarbeiten in Treuenbrietzen sollten noch bis zum 18. Juli andauern.<sup>2</sup>) Zwischen Treuenbrietzen und Belzig verkehrten auf der Städtebahn-Trasse zeitweise Bauzüge, die auch für den öffentlichen Verkehr freigegeben waren. Laut Bericht war die Lehniner Kleinbahn auf der gesamten Strecke betriebsfähig, da man die durch Sprengung beschädigte Flussbrücke bei Nahmitz wieder instandgesetzt hatte.<sup>3</sup> Gerade der Wiederaufnahme des Betriebs auf der eher unbedeutenden Lehniner Kleinbahn räumte die Provinzialverwaltung hohe Priorität ein, da über sie verstärkt Lebensmittel und Baustoffe transportiert werden sollten. Allerdings waren der Kleinbahn sämtliche Lokomotiven verloren gegangen.

Die Reichsbahnstrecken im Kreis wurden seit Juni 1945 wieder befahren. Am 26. Juni 1945 gab die Belziger Bürgermeisterei bekannt, dass ab sofort täglich je ein Güterzug auf der Strecke Berlin(Halensee)-Dessau-Roßlau und zurück verkehrt.<sup>4</sup> Diese Strecke konnte nur eingleisig benutzt werden, weil sie durch sowjetische Demontage ihr zweites Gleis verlor.<sup>5</sup> Die Reichsbahnstrecke Treuenbrietzen-Potsdam-Nauen hatte in den letzten Kriegstagen erhebliche Zerstörungen erlitten. Im Dezember 1945 wurde berichtet, dass der Streckenabschnitt Beelitz-Buchholz nicht befahren werden konnte, weil zwei Brücken über die Nieplitz zerstört waren. Die ebenfalls zerstörte Kreuzungsbrücke über die Berlin-Wetzlarer Bahn musste umfahren werden,<sup>6</sup> und der Zugverkehr endete in Caputh, weil die Brücke über den Schwielowsee in den letzten Kriegstagen zerstört worden war.<sup>7</sup> Bis man diese Schäden alle beseitigt hatte, zogen Jahre ins Land.

Besonders der Verkehr auf der Berlin-Wetzlarer Bahn wurde in den Nachkriegsjahren durch ein immenses Fahrgastaufkommen belastet. Die Reichsbahn sah sich hierbei eingedenk des Mangels an Lokomotiven und Wagen vor eine na-

---

<sup>1</sup> Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 271 VVB Landesbahnen, Nr. 2, Bl. 74-78.

<sup>2</sup> Vorkastner: *90 Jahre Brandenburgische Städtebahn*, S. 74.

<sup>3</sup> Als man im November 1945 den Investitionsbedarf für die der brandenburgischen Provinzialverwaltung unterstellten Bahnen ermittelte, wurde festgestellt, dass die Lehniner Kleinbahn nur wenige Schäden erlitten hätte; BLHA, Rep. 271 VVB Landesbahnen, Nr. 21.

<sup>4</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 55, Bl. 28.

<sup>5</sup> Vgl. ebenda, Nr. 182, Bl. 104.

<sup>6</sup> Ebenda.

<sup>7</sup> Vgl. ebenda, Nr. 172, Bl. 165.

hezu unlösbare Aufgabe gestellt. Im April 1946 teilte sie dem Zauch-Belziger Landrat mit, die Züge zwischen Berlin und Dessau bzw. Güterglück seien überfüllt, weshalb die Bahndirektion gezwungen sei, den Reiseverkehr auf der Strecke zu kontingentieren, wobei dem Berufsverkehr Vorrang eingeräumt werde.<sup>1</sup>

Auf der Brandenburgischen Städtebahn scheint es seit Ende Mai/Anfang Juni 1945 wieder einen halbwegs regelmäßigen Bahnverkehr gegeben zu haben.<sup>2</sup> Jedoch pendelten die Züge bis Oktober 1945 nur zwischen Treuenbrietzen und der zerstörten Temnitzbrücke zwischen Ragösen und Golzow.<sup>3</sup> Nach Neubau dieser Brücke fuhren die Züge ab 29. Oktober bis zum Neustadtbahnhof in Brandenburg/Havel.<sup>4</sup> Allerdings dauerte es dann noch bis Ende 1948, dass die gesamte Städtebahntrasse zwischen Neustadt/Dosse und Treuenbrietzen endlich wieder durchgängig befahren werden konnte. Die Lehniner Kleinbahn wurde hingegen spätestens im Oktober 1945 wieder auf der Gesamtstrecke genutzt.<sup>5</sup>

Unter Bezugnahme auf den SMAD-Befehl Nr. 124 wurden im Oktober 1945 sowohl die Brandenburgische Städtebahn – das bedeutendste nicht-staatliche Eisenbahnunternehmen der Provinz – als auch die Lehniner Kleinbahn beschlagnahmt.<sup>6</sup> 1946 enteignete man schließlich die Städtebahn AG und die Lehniner Kleinbahn AG. Am Stammkapital beider Aktiengesellschaften war der Landkreis Zauch-Belzig mit 16% (Städtebahn) bzw. 33,7% (Kleinbahn) beteiligt gewesen.<sup>7</sup> Städtebahn und Kleinbahn gingen in den im Oktober 1946 gegründeten Landesbetrieb „Provinzbahnen Mark Brandenburg“ auf.<sup>8</sup> Am 9. März 1949 erließ die Deutsche Wirtschaftskommission eine Verordnung, mit welcher sie alle nicht-

---

<sup>1</sup> Ebenda, Nr. 230, Bl. 99.

<sup>2</sup> Zum Folgenden vgl. Menzel: *Die Brandenburgische Städtebahn*, S. 24; Vorkastner: *90 Jahre Brandenburgische Städtebahn*, S. 74.

<sup>3</sup> Vgl. BLHA, Rep. 271 VVB Landesbahnen, Nr. 21 (Schreiben der Provinzialverwaltung, Abteilung II – Eisenbahn, v. 11.9.1945).

<sup>4</sup> Am 29.10.1945 gab der Zauch-Belziger Landrat auf einer Bürgermeisterversammlung bekannt, dass der erste Zug aus Brandenburg/Havel an jenem Tag um 14.30 Uhr in Belzig eintrafe; KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung v. 29.10.1945, S. 7).

<sup>5</sup> Vgl. BLHA, Rep. 271 VVB Landesbahnen, Nr. 2, Bl. 138.

<sup>6</sup> Die beiden Bahnunternehmen wurden beschlagnahmt, weil sie die Rechtsform v. Aktiengesellschaften hatten. Aktiengesellschaften galten in den Augen der Besatzungsmacht generell als handlungsunfähig u. damit als unter den SMAD-Befehl Nr. 124 fallendes „herrenloses Vermögen“; Beck: *Die Konfiskationen in der Sowjetischen Besatzungszone*, S. 92. – Zum Folgenden vgl. Menzel: *Die Brandenburgische Städtebahn*, S. 35; Vorkastner, Helmut: *90 Jahre Brandenburgische Städtebahn*, S. 74f.

<sup>7</sup> BLHA, Rep. 271 VVB Landesbahnen, Nr. 21.

<sup>8</sup> Siehe ebenda, Nr. 3. Wegen der Übernahme der Städtebahn u. der Kleinbahn schloss der Kreis Zauch-Belzig mit den Provinzbahnen Mark Brandenburg Anfang 1947 einen Vertrag; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 5, Bl. 9.

reichsbahneigenen Eisenbahnen in der SBZ übernahm.<sup>1</sup> Damit wurden Brandenburg und den anderen SBZ-Ländern sämtliche Landesbahnen entzogen und 1949/50 der Reichsbahn zugeordnet. Brandenburgische Städtebahn und Lehniner Kleinbahn wurden auf diese Weise zu Reichsbahnstrecken, hingegen blieben ihre alten Namen im Sprachgebrauch lebendig.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Zank: *Wirtschaftliche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission*, S. 273.

<sup>2</sup> Im Jahr 2004 wurde das 100. Gründungsjubiläum der Brandenburgischen Städtebahn im Haveland, in der Stadt Brandenburg/Havel u. im Kreis Potsdam-Mittelmark geradezu euphorisch gefeiert, obwohl die Städtebahn seit einem halben Jahrhundert nicht mehr als selbständiges Unternehmen existent ist, sie speziell durch die „Deindustrialisierung“ der Stadt Brandenburg nach 1990 ihre wirtschaftliche Bedeutung fast völlig eingebüßt hat u. nur noch ein Teilabschnitt ihrer historischen Strecke gegenwärtig v. der Deutsche Bahn AG betrieben wird.

## 6. SOZIALE UND DEMOGRAPHISCHE VERHÄLTNISSE

---

### 6.1 Bevölkerungsbewegung und -struktur

Im Mai 1939 hatte die Einwohnerzahl des Kreises Zauch-Belzig 109.700 betragen.<sup>1</sup> Noch während der letzten Kriegsjahre erfuhr das Kreisgebiet einen starken Zuzug durch Bombengeschädigte und Evakuierte aus Berlin und den rheinisch-westfälischen Regionen sowie Flüchtlinge aus den Ostgebieten, der die Verluste unter der ansässigen Bevölkerung – ungefähr dreizehneinhalbtausend<sup>2</sup> Personen – weit mehr als wettmachte. Im Januar 1945 hatte die Zahl der „Nahrungsmittelbevölkerung“ in Zauch-Belzig 133.321 Personen betragen.<sup>3</sup> Ende Oktober 1945 zählte man 134.053 Einwohner im Landkreis, was ein Mehr von 22 Prozent gegenüber dem Jahr 1939 bedeutete. Von diesen 134.053 Kreiseinsassen galten 39.151 als Flüchtlinge und Evakuierte, hingegen nur 1.714 als tatsächlich aus ihren Heimatgebieten Ausgewiesene.<sup>4</sup> Jedoch war den Flüchtlingen aus den Ostgebieten ebenso die Rückkehr in ihre Heimat blockiert.<sup>5</sup> Durch Binnenzuzug aus dem SBZ-Gebiet, aber auch durch die seit Ende Oktober 1945 ankommenden großen Vertriebenenströme schwoh die Zahl der im Kreis registrierten Personen weiter an. Im November 1945 wurden z.B. 2.155 Menschen im Landkreis neu

---

<sup>1</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 23.

<sup>2</sup> Diese ungefähre Zahl ergibt sich als Differenz zwischen der Einwohnerzahl von 1939, also 109.700, u. der Zahl der „alteingesessenen“ Bevölkerung des Kreises, die zwischen 1946 u. 1950 ca. 96.000 betrug. Die Verluste waren durch die Tausenden Toten unter den Zauch-Belziger Kriegsteilnehmern sowie durch Abwanderung bedingt gewesen sein.

<sup>3</sup> BLHA, Rep. 202 E, Nr. 14, Bl. 6.

<sup>4</sup> Vgl. die Angaben in: BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Landesbehörde Volkspolizei, Nr. 307, Bl. 205.

<sup>5</sup> Ther: *Deutsche und polnische Vertriebene*, S. 55.

einquartiert.<sup>1</sup> Am 21. Dezember 1945 erreichte schließlich die Einwohnerzahl Zauch-Belzigs mit 144.815 Personen einen Maximalwert<sup>2</sup> (wenn man diesen Wert auch mit einer gewissen Skepsis betrachten muss<sup>3</sup>).

In den folgenden Monaten verringerte sich die Einwohnerzahl durch die Abschiebung tausender Vertriebener in andere brandenburgische Kreise und nach Mecklenburg sowie durch die Rückkehr der Evakuierten aus Berlin und den rheinisch-westfälischen Gebieten in ihre Heimatorte.<sup>4</sup> Anfang Juni zählte man nur 130.980 Kreiseinsassen.<sup>5</sup> Dabei war der Zustrom nicht etwa versiegt. In den Monaten Januar bis Mai 1946 trafen 11.346 Personen im Kreis ein, von denen über die Hälfte aus anderen Regionen der sowjetischen Besatzungszone kam.<sup>6</sup> Was die Leute aus anderen SBZ-Gebieten anlockte, war, dass Zauch-Belzig kaum Kriegsschäden erlitten hatte und als Agrarkreis Aussicht auf eine hinlängliche Lebensmittelversorgung zu bieten schien.

Seit Mitte des Jahres 1946 stieg die Bevölkerungszahl des Kreises wieder an. Ursache dafür war u.a., dass immer noch größere „Umsiedler“-Transporte eintrafen, so 1.648 Vertriebene im Juni 1946.<sup>7</sup> Dieser Trend setzte sich bis zum Beginn des Jahres 1948 fort, als man 139.542 Einwohner im Kreis zählte.<sup>8</sup> Danach sackte die Einwohnerzahl – bedingt durch die Abwanderung von Neubauernfamilien und die einsetzende Fluchtbewegung nach Westen – langsam aber stetig ab. Am 1. Januar 1950 waren nur noch 135.643 Kreiseinsassen registriert.<sup>9</sup> Im

---

<sup>1</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 182, Bl. 109.

<sup>2</sup> Ebenda, Bl. 106.

<sup>3</sup> Die Daten der statistischen Erhebungen aus den ersten Nachkriegsmonaten u. -jahren sind grundsätzlich unsicher, allein schon aufgrund der hohen Mobilität der Menschen. Auch bot die Statistik der Lebensmittekartenausgabe keine zuverlässige Grundlage für eine Bevölkerungszählung; s. zu diesem Thema die eingehenden Erläuterungen v. Zank: *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland*, S. 198-200. Auf jeden Fall war das vorläufige Ergebnis der Volkszählung v. 1.12.1945 für den Kreis Zauch-Belzig mit 169.987 Einwohnern (BLHA, Rep. 202 E, Nr. 14, Bl. 38) viel zu hoch.

<sup>4</sup> Die Rückführung in die Westzonen begann im November 1945; s. *Verordnungsblatt der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg*, Nr. 3 (1945), S. 68.

<sup>5</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 23.

<sup>6</sup> Die Zahl v. 11.346 Ankömmlingen ist errechnet aus den Angaben in: ebenda, Nr. 182, Bl. 44, Bl. 49, Bl. 53, Bl. 59 u. Bl. 70.

<sup>7</sup> Ebenda, Bl. 27.

<sup>8</sup> Ebenda, Nr. 81, Bl. 23.

<sup>9</sup> Ebenda. – Es können nur Angaben bis 1950 berücksichtigt werden, da der Kreis Zauch-Belzig 1950 durch Ausgemeindungen mehrere Ortschaften verlor (s. Kap. 2.4 der vorliegenden Arbeit) u. somit die Angaben v. 1951/52 keine wirklichen Vergleichsmöglichkeiten mehr bieten.

Vergleich zur unmittelbaren Vorkriegszeit bedeutete dies freilich immer noch ein Plus von über 23 Prozent.<sup>1</sup>

Die Bevölkerungsdichte im Kreis hatte 1939 durchschnittlich 59 Personen je Quadratkilometer betragen.<sup>2</sup> Im Dezember 1945, als der Landkreis seine maximale Einwohnerzahl erreichte, war dieser Wert auf 78 Menschen pro Quadratkilometer angewachsen, lag aber deutlich unter dem Provinzdurchschnitt.<sup>3</sup> Danach schwankte er entsprechend den Bevölkerungszahlen zwischen 71 Einwohnern pro Quadratkilometer Mitte 1946, 75 Anfang des Jahres 1948, 73 im Januar 1950.<sup>4</sup> Innerhalb Zauch-Belzigs war die Bevölkerungsdichte an der nördlichen und nordöstlichen Peripherie des Kreises, am Rand zur Landeshauptstadt Potsdam und zur Industriestadt Brandenburg/Havel, wesentlich höher als im übrigen Kreisgebiet.

Mit Blick auf die Bevölkerungsverteilung zwischen den Städten und Dörfern Zauch-Belzigs ist für das Jahr 1946 eine deutliche Bewegung von der Stadt aufs Land festzustellen. Grund dafür war, dass die 1945 im Kreisgebiet eingetroffenen Zuzügler erst einmal in den zentralen Orten, also den Städten, konzentriert und in dortigen Notunterkünften einquartiert wurden, um sie dann nach und nach auf umliegende Dörfer zu verteilen, wo es in großen Bauernhäusern und enteigneten Gutsgebäuden mehr Wohnraum gab. Auch gingen Stadtbewohner aufs Dorf, um in der Landwirtschaft zu arbeiten und somit den Lebensmittelquellen möglichst nah zu sein. So betrug im Dezember 1945 das zahlenmäßige Verhältnis von Stadt- zu Landbevölkerung im Kreis 100:119, im Sommer 1946 hingegen 100:247.<sup>5</sup> Von da an pendelte es sich bei ungefähr 100:240 ein. Hierzu einige Daten<sup>6</sup>:

---

<sup>1</sup> Die Bevölkerungsbewegung im Kreis Zauch-Belzig stimmte weitestgehend mit der Gesamtentwicklung in der SBZ/DDR überein. Zonal gesehen, waren die Kriegsverluste 1946 v.a. durch den Vertriebenenstrom mehr als ausgeglichen. Durch die anhaltende Zuwanderung v. Vertriebenen sowie durch die Rückkehr Hunderttausender v. Kriegsgefangenen stieg die Bevölkerungszahl in den folgenden Jahren weiterhin an. Ein Maximum erreichte die Bevölkerung 1948 mit etwa 19 Millionen Menschen. Nach 1948 sank diese Zahl wieder. Der Zustrom war im Wesentlichen beendet, die Abwanderung nach Westen wurde spürbar. Die Einwohnerzahl auf DDR-Gebiet war allerdings auch 1950 noch erheblich größer als 1946; Zank: *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland*, S. 31.

<sup>2</sup> Der Landkreis hatte bis 1950 eine Katasterfläche v. 1.848,63 Quadratkilometern.

<sup>3</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 182, Bl. 106. – Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte in der Provinz Brandenburg betrug im Herbst 1945 rund 94 Personen/Quadratkilometer, vgl. *Daten zur demographischen und sozialen Struktur der Bevölkerung*, S. 1070.

<sup>4</sup> Errechnet anhand der Angaben in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 23.

<sup>5</sup> Errechnet anhand der Angaben in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 182, Bl. 26 u. 106.

<sup>6</sup> Nach BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 172, Bl. 159; ebenda, Nr. 182, Bl. 26 u. 106.



	Einwohnerzahl		Bevölkerungsdichte (Einwohner je Quadratkilometer)	
	Städte	Dörfer	Städte	Dörfer
Stand 21.12.1945	66.203	78.612	444	46
Stand 01.08.1946	38.525	94.969	259	55
Stand 01.06.1947	40.355	96.969	272	56

Durch die Kriegsverluste unter der männlichen Einwohnerschaft bedingt, waren die Personen weiblichen Geschlechts in der Bevölkerung des Kreises nach Kriegsende weit in der Überzahl.<sup>1</sup> Anfang des Jahres 1946 kamen in Zauch-Belzig auf 100 männliche Einwohner nicht weniger als 145 weibliche Einwohner.<sup>2</sup> Diese zahlenmäßige Disproportion änderte sich allmählich durch die Rückkehr von Kriegsgefangenen<sup>3</sup>, von denen bis zum 13. April 1946 bereits 5.504 in den Kreis heimkehren konnten.<sup>4</sup> Im August 1946 betrug das Verhältnis von männlichen zu weiblichen Kreiseinsassen 100:138,<sup>5</sup> Mitte des folgenden Jahres 100:135, und Anfang 1950 betrug es schließlich 100:126.<sup>6</sup> Wenn man nur die Personen über 14 Jahre berücksichtigt, wird das Übergewicht des weiblichen Anteils an der Kreisbevölkerung erst richtig deutlich. So kamen Anfang des Jahres 1948 bei der

<sup>1</sup> Im Mai 1939 war in ganz Brandenburg die männliche Bevölkerung noch in der Überzahl gewesen. Das zahlenmäßige Verhältnis v. männlichen zum weiblichen Bevölkerungsanteil betrug damals in der Provinz 100:96; errechnet anhand der Angaben in: *Daten zur demographischen und sozialen Struktur der Bevölkerung*, S. 1070.

<sup>2</sup> Errechnet anhand der Angaben in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 182, Bl. 74.

<sup>3</sup> Bei den aus der Kriegsgefangenschaft Eintreffenden handelte es allerdings teilweise nicht um Heimkehrer, sondern ebenfalls um Vertriebene. Diese mussten in manchen Fällen v. Landeskrankenhaus Treuenbrietzen in medizinische Obhut genommen werden. In einem Schreiben des Landeskrankenhauses an Landrat Vogt v. 17.3.1946 hieß es: „Die Not der aus polnischer Gefangenschaft entlassenen deutschen Kriegsgefangenen treibt uns, Ihre Hilfe zu erbitten. In dem Tuberkulosekrankenhaus Belzig liegen 18 entlassene Kriegsgefangene, die in ober-schlesischen Bergwerken (Sosnowitz/Königshütte etc.) eingesetzt waren und die selbst aus Schlesien stammen. Sie kamen in Lumpen gekleidet, mit denen sie nicht mehr über die Strasse gehen können. Nach dem sie aus dem ersten Erschöpfungszustand erwacht sind, müssen sie sich darüber klar werden, dass sie ihre Heimat nicht wiederfinden. Die Angehörigen sind verschollen oder im polnisch besetzten Gebiet. Neueinkleidung ist von der vorgesetzten Behörde in Aussicht gestellt. Es fehlt jedoch dringend an Nahrung [Unterstreichung wie im Original]. Die 6 Monate lang erlittene Unterernährung, der so viele Kameraden nicht stand hielten, kann durch eine Krankenhauskost bei der augenblicklichen Ernährungslage nicht aufgeholt werden. Die Gewichtsabnahmen waren erheblich (30 bis 80 Pfund). Eine zusätzliche Nahrung ist dringend erforderlich, um diese Menschen wieder arbeitseinsatzfähig zu machen.“; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 857, Bl. 132.

<sup>4</sup> Von diesen 5.504 Heimkehrern waren in der Sowjetunion 1.944 Mannschaftsdienstgrade u. 12 Offiziere, in Großbritannien 1.794 Mannschaftsdienstgrade u. 23 Offiziere, in den USA 1.477 Mannschaftsdienstgrade u. 22 Offiziere, in Frankreich 154 Mannschaftsdienstgrade, in anderen Ländern 77 Mannschaftsdienstgrade u. 1 Offizier in Kriegsgefangenschaft gewesen; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 127, Bl. 68.

<sup>5</sup> Dies entsprach fast genau dem Provinzdurchschnitt, der im Herbst 1946 100:137 betrug; errechnet anhand der Angaben in: *Daten zur demographischen und sozialen Struktur der Bevölkerung*, S. 1070.

<sup>6</sup> Errechnet anhand der Angaben in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 22 (für 1950); ebenda, Nr. 172, Bl. 159 (für 1947); ebenda, Nr. 182, Bl. 27 (für 1946).

Gruppe der über 14jährigen auf 100 männliche Kreiseinsassen 143 weibliche Einwohner.<sup>1</sup> Zu Beginn des Jahre 1950 betrug diese Relation 100:136.<sup>2</sup>

Der Krieg hatte eine schrecklich große Bresche in die Reihen der zwischen 18 und 40 Jahre alten deutschen Männer geschlagen. Hunderttausende von ihnen saßen zudem zu Beginn der Nachkriegszeit noch in Kriegsgefangenschaft.<sup>3</sup> In Zauch-Belzig hatte die geringe Zahl jüngerer Männer zur Folge, dass die Kreisbevölkerung in den ersten Nachkriegsjahren eine merkliche Überalterung aufwies.<sup>4</sup> Im August 1946 besaß die Altersgruppe von 19 bis 30 Jahre einen Anteil von 12,8 % an der Einwohnerschaft, der sich nur allmählich steigerte und im Juni 1947 13,6% erreichte.<sup>5</sup> Dass Anfang August 1946 hingegen die über 60jährigen 21 Prozent der Kreiseinwohnerschaft ausgemacht haben sollen, wie sich aus amtlichen Daten ergibt,<sup>6</sup> kann allerdings kaum der Realität entsprochen haben. Hier hatten sich vermutlich nicht gerade wenige Vertriebene bei ihrer ersten Registrierung für älter ausgegeben als sie tatsächlich waren, um bei der Wohnraumzuteilung bevorzugt behandelt zu werden.<sup>7</sup> Für März 1947 lässt sich ein Anteil von rund 14% für die Altersgruppe von über 60 Jahren errechnen,<sup>8</sup> was realistisch erscheint und ungefähr dem Provinzdurchschnitt im Jahr 1939 entsprach.<sup>9</sup> Ein Absturz von 21 auf 14 Prozent in nur sieben Monaten kann weder durch natürlichen Abgang noch anders erklärt werden, als durch eine Unkorrektheit der Angaben vom August 1946. Bis 1950 wurden in der Altersstruktur deutliche Ausgleichsprozesse wirksam. Die Kriegsgefangenen-Heimkehrer und das Nachrücken der jüngeren Generation stärkten wieder die besonders dezimierten Altersgruppen.<sup>10</sup>

---

<sup>1</sup> Errechnet anhand der Angaben in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 229, Bl. 555.

<sup>2</sup> Errechnet anhand der Angaben in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 22. – Für den Februar 1946 ist aus dem Bürgermeistereibezirk Treuenbrietzen überliefert, dass in der dortigen Einwohnerschaft bei den Personen v. 19 bis 50 Jahren das Verhältnis zwischen Männern u. Frauen gar 1:2 betrug; BLHA, Rep. 330, Nr. 77, Bl. 95.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Zank: *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland*, S. 34-36.

<sup>4</sup> Im Bürgermeistereibezirk Treuenbrietzen wurde im Februar 1946 beklagt, dass durch die Zuwanderung der „Umsiedler“, unter denen sich viele alte weibliche Personen befanden, die Überalterung im Bezirk rasche Fortschritte machte; BLHA, Rep. 330, Nr. 77, Bl. 95.

<sup>5</sup> Errechnet anhand der Angaben in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 182, Bl. 29 (für August 1946); ebenda, Nr. 172, Bl. 159 (für Juni 1947).

<sup>6</sup> In: ebenda, Nr. 182, Bl. 29.

<sup>7</sup> „Bejahrte Personen“ unter den Umgesiedelten sollten laut Kontrollrats-Gesetz Nr. 18 v. 8.3.1946 – veröffentlicht in: *Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland*, Nr. 5 (1946), S. 117-121 – bei der Wohnraumzuteilung bevorzugt behandelt werden.

<sup>8</sup> Anhand der Angaben in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 183, Bl. 17 Rs.

<sup>9</sup> Dieser betrug 13,9%; errechnet anhand der Angaben in: BLHA, Rep. 202 E, Nr. 14, Bl. 24.

<sup>10</sup> Vgl. Zank: *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland*, S. 36f. – Die Verzerrung in der Alterspyramide war wie auch der große Frauenüberschuss eine Erscheinung in allen Besatzungszonen Deutschlands gewesen; s. Kleßmann: *Die doppelte Staatsgründung*, S. 42.

In den Jahren 1945 bis einschließlich 1948 übertraf im Kreis die Zahl der Sterbefälle die der Neugeburten, wie aus folgender Übersicht<sup>1</sup> hervorgeht:

	Jahr	1946	1947	1948	1949
Geburten		1.098	1.572	1.707	1.716
Sterbefälle insgesamt		2.614	2.313	1.853	1.616
davon Kindersterbefälle (0-1 Jahr)		156	150	147	111

Hierin spiegelten sich eine mangelhafte Ernährungssituation, eine ungenügende medizinische Versorgung und teilweise üble sanitäre Zustände wider. Von Kriegsende bis Anfang des Jahres 1947 verzeichnete man nur 1.193 Geburten, aber hingegen 3.080 Todesfälle; unter anderem waren 17 Menschen an körperlicher Erschöpfung, 20 an ernährungsbedingten Krankheiten gestorben, 13 waren schlicht verhungert.<sup>2</sup> Landrat Sydow kommentierte hierzu: „Dies sind erschütternde Zahlen“.<sup>3</sup> Erst 1949 übertraf die Zahl der Neugeburten die der Todesfälle im Kreis.<sup>4</sup> Waren 1946 noch 156 Säuglinge verstorben, was einer Sterblichkeitsrate von 14,2% entsprach, so konnte auch diese Zahl Jahr für Jahr gesenkt werden, so dass die Säuglingssterblichkeit im Jahr 1949 nur noch 6,5% (111 Todesfälle) betrug. Das Kreisgesundheitsamt schätzte Anfang 1950 ein:

Die zunehmende Besserung der wirtschaftlichen Lage findet ihren Ausdruck in der Abnahme der Sterbefälle und der Zunahme der Geburten. Der allgemeine Ernährungszustand der Bevölkerung hat sich ganz besonders im Laufe des Jahres 1949 merklich gebessert. [...] Die Säuglingssterblichkeit liegt niedriger als in der Zeit vor dem Kriege, wo sie 8,4 auf 100 Geburten betrug.<sup>5</sup>

Über die Religionszugehörigkeit der Zauch-Belziger Bevölkerung sind aussagekräftige statistische Angaben vom Mai 1947 überliefert. Demnach zählte die Kreisbevölkerung seinerzeit insgesamt 136.786 Personen, wovon 109.190 evangelischer Konfession waren, 23.195 gehörten der römisch-katholischen Kirche an, 20 Personen waren jüdischen Glaubens, 4.375 bekannten sich zu anderen Religionsgemeinschaften oder bezeichneten sich als religionsungebunden.<sup>6</sup> Prozentual ausgedrückt, waren 80 von hundert Zauch-Belziger Einwohnern Protestanten, 17 von hundert waren Katholiken. Der vergleichsweise hohe katholische Anteil,

<sup>1</sup> Zusammengestellt anhand v. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 23 u. Bl. 140.

<sup>2</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 286, Bl. 16 Rs.

<sup>3</sup> Ebenda.

<sup>4</sup> Auch SBZ-weit überstieg erst 1949 die Zahl der Geburten die der Todesfälle; Zank: *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland*, S. 32.

<sup>5</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 140.

<sup>6</sup> Ebenda, Nr. 172, Bl. 176.

wahrscheinlich der höchste in Brandenburg überhaupt (der Katholikenanteil im Provinzdurchschnitt lag 1946 bei 9,2%<sup>1</sup>), erklärte sich vornehmlich durch den Zuzug Vertriebener aus katholischen Regionen Schlesiens und der Tschechoslowakei. Hierdurch wurde im Kreis mit seiner bis dato erz-protestantischen Einwohnerschaft ein nicht unproblematischer konfessioneller Durchmischungsprozess einganggesetzt. Bis in die 1920er Jahre hatten in Zauch-Belzig die Katholiken nicht einmal zwei Prozent der Bevölkerung ausgemacht,<sup>2</sup> und, zumindest laut G. Wernicke, wies der Kreis von allen brandenburgischen Stadt- und Landkreisen Ende der 1920er Jahre die höchste Zahl an evangelischen Bewohnern auf.<sup>3</sup> Anscheinend war es erst durch die Errichtung der Werke von Kopp & Co. und durch den Autobahnbau in den 1930er Jahren zu einer zaghaften Zuwanderung von Personen katholischen Glaubens gekommen.<sup>4</sup>

## 6.2 Beschäftigungsstruktur

Theoretisch hätte in der Sowjetischen Besatzungszone bei der durch Kriegszerstörung und Demontage verringerten Zahl an Arbeitsplätzen sowie durch den Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen der Arbeitsmarkt übersättigt sein müssen.<sup>5</sup> Anfänglich herrschte auch wirklich eine Massenarbeitslosigkeit. Aber die Verhältnisse änderten sich Ende 1945 geradezu schlagartig. Ein Nachfrage-

---

<sup>1</sup> *Daten zur demographischen und sozialen Struktur der Bevölkerung*, S. 1072.

<sup>2</sup> Im Jahr 1909 lag der katholische Bevölkerungsanteil im Kreis bei 1,3%; errechnet anhand der Angaben in: *Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte*, A, Bd. 5, S. 122. Vier Jahre zuvor waren statistisch unter 1.000 Personen im Kreisgebiet 979,6 evangelisch, 17,0 katholisch, 2,2 andere Christen, 1,1 Juden; Wernicke: *Der Kreis Zauch-Belzig im Zahlenspiegel statistischer Ergebnisse*, S. 108.

<sup>3</sup> Wernicke: *Der Kreis Zauch-Belzig im Zahlenspiegel statistischer Ergebnisse*, S. 108.

<sup>4</sup> In der Kreisstadt Belzig wurde erst 1934 eigens für neu zuziehende katholische Arbeiterfamilien die römisch-katholische Sankt-Bonifatius-Kirchengemeinde gegründet; s. *1000 Jahre Belzig*, S. 30.

<sup>5</sup> Zum Folgenden vgl. Zank: *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland*, S. 58.

überhang an Arbeitskräften machte sich bemerkbar. Gründe dafür waren laut W. Zank u.a. umfangreiche und kurzfristige Anforderungen der Besatzungsmacht (insbesondere für Bauarbeiten) sowie der Umstand, dass viele Personen durch körperliche Schäden oder die kritische Versorgungslage nur in eingeschränktem Maße arbeitsfähig waren, also nur für körperlich leichte Arbeiten infrage kamen.<sup>1</sup> Diese Personen konnten nicht in das normale Arbeitskräftepotential miteinberechnet werden. Positiv wird sich auf dem Arbeitsmarkt der verstärkte Bedarf der Landwirtschaft ausgewirkt haben. Der akute Mangel an technischen Gerätschaften im Agrarwesen machte den intensiven Einsatz menschlicher Arbeitskraft erforderlich.

In Zauch-Belzig als agrarisch geprägtem Kreis ließ der Arbeitsplatzverlust durch Betriebsdemontage die Erwerbslosenzahlen nicht übermäßig hochschnellen, da der industrielle Beschäftigungssektor hier nur eine untergeordnete Rolle spielte.<sup>2</sup> Die am Jahresende 1945 eintretende allgemeine Wende auf dem Arbeitsmarkt wurde andererseits im Kreis mit Verzögerung spürbar. Zum 1. Dezember 1945 waren hier 58.570 Personen als erwerbstätig und 5.901 Personen als arbeitslos registriert.<sup>3</sup> Anfang Februar 1946 zählte man 5.517 Arbeitslose und 56.949 Beschäftigte.<sup>4</sup> Damit stand hier sowohl im Dezember 1945 wie auch noch im Februar 1946 ein Arbeitsloser rund zehn Erwerbstätigen gegenüber. Bis Anfang August 1946 sank indes die Arbeitslosenzahl auf 2.315,<sup>5</sup> womit jetzt auf 28 Beschäftigte lediglich noch ein Arbeitsloser kam. Und Ende des Jahres 1946 war im Kreis überhaupt kein Erwerbsloser mehr registriert. Die Leute hatten ihr Unterkommen vornehmlich in neu entstandenen Handwerksbetrieben und in der Landwirtschaft gefunden.

Nach Unterlagen der Kreisverwaltung<sup>6</sup> ergibt sich bezüglich der Erwerbsstruktur in Zauch-Belzig von Ende 1946 bis Ende 1949 folgende Tabelle:

---

<sup>1</sup> Zank: *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland*, S. 58.

<sup>2</sup> Vgl. hierzu Kapitel 5.3 der vorliegenden Arbeit.

<sup>3</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 182, Bl. 111.

<sup>4</sup> Ebenda, Bl. 72.

<sup>5</sup> Ebenda, Bl. 29.

<sup>6</sup> In: ebenda, Nr. 81, Bl. 240-242.

	(Stichtag jeweils der 31.12.)			
	1946	1947	1948	1949
Personen im arbeitsfähigen Alter insgesamt	77.423	84.042	79.844	79.752
davon				
erwerbstätig	66.880	70.235	63.896	62.615
nicht erwerbstätig	10.543	13.807	15.587	16.885
unselbständig Beschäftigte	44.222	43.389	41.611	40.001
selbständige				
Landwirte und mithelfende Familienangehörige	17.255	20.233	16.878	17.465
Gewerbetreibende	1.837	2.417	1.967	1.764
Handwerker	2.857	3.361	2.866	2.937
Freiberufler	709	835	574	448
Freigestellte (Schüler, Studenten, Arbeitsunfähige)	10.543	13.807	15.562	15.591
Arbeitslose	---	---	386	1.546

Die größte Zahl an Erwerbstätigen wurde also zur Jahreswende 1947/48 mit 70.235 Personen verzeichnet, als die Einwohnerzahl des Kreises überhaupt ihren Maximalwert zwischen 1946 und 1949 erreichte (s.o.). Die Zahl der aus gesundheitlichen oder anderen Gründen von der Erwerbstätigkeit Freigestellten war relativ hoch. Ihr Anteil an der Gruppe der Personen im arbeitsfähigen Alter wuchs beständig von 13,6% Ende 1946 auf 19,5% Ende 1949. Die Anzahl selbständiger Gewerbetreibender und Handwerker sackte seit 1948 merklich ab. Dies dürfte insbesondere der Tatsache geschuldet sein, dass die private Wirtschaft durch politische Repressionen, durch die einsetzende langfristige Wirtschaftsplanung und die damit einhergehende Stärkung des „volkseigenen“ Sektors sowie durch den Aufbau einer staatlichen Handelsorganisation mehr und mehr unter Druck geriet. Nicht wenige der Selbständigen mit traditionell bürgerlichem Hintergrund wählten den Weg gen Westen, was zu einer gewissen „Entbürgerlichung“<sup>1</sup> führte.

Der größte Arbeitgeber war, wie seit jeher im Kreis, die Agrarwirtschaft.<sup>2</sup> Anfang Februar 1946 zählte man hier 10.608 selbständige Landwirte und mithel-

<sup>1</sup> Begriff wird v. Auerbach: *Die Arbeit des NKWD in der sowjetischen Besatzungszone*, S. 82, benutzt.

<sup>2</sup> Laut Berufs- und Betriebszählung vom Jahre 1907 gab es in Zauch-Belzig 47.009 registrierte Erwerbstätige, v. denen 11.803 Männer u. 11.198 Frauen in der Landwirtschaft hauptberuflich, 6.814 Männer u. 7.213 Frauen in der Landwirtschaft nebenberuflich beschäftigt waren. Unter allen

fende Familienangehörige sowie 18.968 Landarbeiter.<sup>1</sup> Letztere stellten damit ca. 43 Prozent der unselbständig Erwerbstätigen im Kreis. Anfang Juni 1947 war zwar die Zahl der Landarbeiter auf 14.748 gesunken,<sup>2</sup> womit sie immer noch mehr als ein Drittel der unselbständig Beschäftigten ausmachten. Zum gleichen Zeitpunkt war aber, vornehmlich als Folge der Bodenreform, die Anzahl der selbständigen Bauern und mithelfenden Familienmitglieder auf 17.995 gestiegen.<sup>3</sup> Die Gruppen der Landwirte und Landarbeiter rechnerisch zusammengefasst, ergibt sich, dass die Hälfte aller Erwerbstätigen in Zauch-Belzig in der Agrarwirtschaft ihre Beschäftigung hatten.

Konkrete Beschäftigungszahlen für die Industrie sind leider nicht überliefert und lassen sich auch aus obiger Tabelle nicht schlussfolgern. Zumindest ist bekannt, dass im September 1948 die im Kreis ansässigen Industriebetriebe 2.793 Menschen beschäftigten.<sup>4</sup> Aber wie viele Bewohner der nördlichen Gegenden des Kreises in den Industriebetrieben in Brandenburg/Havel und in Potsdam arbeiteten, ist nicht zu beziffern. Handwerksfirmen des Kreises Zauch-Belzig beschäftigten 1948 über 5.000 Menschen.<sup>5</sup> In den Verwaltungen arbeiteten 1947/48 rund 1.300 Personen.<sup>6</sup>

Seit Ende 1948 hatte Zauch-Belzig wieder Arbeitslose zu verzeichnen. Im Dezember 1948 waren es noch 386, ein Jahr darauf 1.546 erwerbslose Personen (s.o.). Hierbei handelte es sich nicht etwa um eine Sonderentwicklung des Kreises, sondern um eine allgemeine Erscheinung in der SBZ. Bis 1948 bilanzierte die Zone einen Anstieg der Erwerbstätigkeit. Ab Herbst 1948 setzte jedoch ein spürbarer Rückgang ein. Grund dafür war u.a. das Embargo gegen die SBZ nach Beginn der (West-)Berlin-Blockade. Der Ausfall westlicher Lieferungen führte zu Produktionseinschränkungen und in der Folge zu Entlassungen.<sup>7</sup> Obwohl die westlichen Ausfuhrbeschränkungen im März 1949 wieder aufgehoben wurden, konnten ihre Folgen jedoch nicht umgehend überwunden werden. Es machten sich seit 1948 noch weitere Faktoren negativ auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar: erstens

---

Erwerbstätigen machten damit die in der Landwirtschaft Arbeitenden 48,93% aus; s. Wernicke: *Der Kreis Zauch-Belzig im Zahlenspiegel statistischer Ergebnisse*, S. 108.

<sup>1</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 182, Bl. 71.

<sup>2</sup> Ebenda, Nr. 172, Bl. 160.

<sup>3</sup> Ebenda.

<sup>4</sup> Siehe BLHA, Rep. 202 E, Nr. 75, Bl. 1.

<sup>5</sup> Vgl. die v. Landrat Sydow gemachten Angaben in: BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 3, Bl. 67.

<sup>6</sup> Siehe die Kapitel 2.2.1 u. 2.2.2 der vorliegenden Arbeit.

<sup>7</sup> Zank: *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland*, S. 170.

die personelle Ausdünnung des weit aufgeblähten Verwaltungsapparates, die zu Entlassungen in allen Verwaltungsstellen in der ganzen SBZ führte; zweitens der steigende Druck auf den privaten Wirtschaftssektor, der Betriebsaufgaben und damit Arbeitsplatzverluste verursachte; drittens, und das war insbesondere für Zauch-Belzig bedeutsam, der Rückgang der Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten.<sup>1</sup> Dass nicht wenige Menschen dem Dorf den Rücken kehrten und in die Städte abwanderten, weil die Ernährungskrise bis 1950 weitgehend überwunden war, die Löhne in der Landwirtschaft vergleichsweise sehr niedrig ausfielen und vielen Neubauern das notwendige Fachwissen zur eigenständigen Betriebsführung fehlte,<sup>2</sup> waren nur einige Aspekte. Mit Sicherheit sahen sich nämlich Großbauernhöfe dazu gezwungen, aufgrund von politisch-wirtschaftlichen Repressionen ihr Landarbeiterpersonal zu verringern. Darüber hinaus fasste eine nicht geringe Zahl an Neubauern den Entschluss, wegen des geringen Ausmaßes ihrer gesellschaftlichen Integration im dörflichen Milieu und der wirtschaftlichen Fragilität ihrer Höfe das Dasein als Landwirt aufzugeben und in die Städte abzuwandern.<sup>3</sup>

### 6.3 Heimatvertriebene

Zu den schwerwiegendsten sozialen Veränderungen der Nachkriegszeit gehörte der Umbruch im Bevölkerungsgefüge als Folge des massenhaften Zuzugs von deutschstämmigen Flüchtlingen und Vertriebenen aus dem Osten. Dies traf für Brandenburg und die anderen SBZ-Länder im Allgemeinen wie für den Kreis Zauch-Belzig im Besonderen zu. Die Bewältigung des Menschenzustroms, der die generelle wirtschaftliche, soziale und politische Notsituation ungeheuer verschärf-

---

<sup>1</sup> Vgl. Boldorf: *Landarmut in der SBZ/DDR*, S. 153f.; Zank: *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland*, S. 171f.

<sup>2</sup> Darauf weisen u.a. Boldorf: *Landarmut in der SBZ/DDR*, S. 154, Meinicke: *Die Bodenreform und die Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone*, S. 150, u. Zank: *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland*, S. 172, hin. Frauen, die in der Hoffnung auf baldige Rückkehr ihrer Männer aus der Kriegsgefangenschaft Neubauernhöfe übernommen hatten, gaben ihre Höfe, als sich auch langfristig keine Arbeitsentlastung für sie abzeichnete, vielfach zurück; Bauerkämper: *Die Neubauern in der SBZ/DDR 1945-1952*, S. 116.

<sup>3</sup> Bauerkämper: *Strukturumbruch ohne Mentalitätswandel*, S. 84.



te, war wohl das schwierigste gesellschaftliche und humanitäre Problem der deutschen Nachkriegsgeschichte.<sup>1</sup>

Genaugenommen begann der Wandel im Bevölkerungsgefüge bereits während der letzten beiden Kriegsjahre mit der massenhaften Evakuierung von Bewohnern aus luftkriegsgefährdeten und -geschädigten Städten in ländliche Gebiete, zu der 1944 der Flüchtlingsstrom aus dem Osten kam.<sup>2</sup> Im Sommer 1945 setzte dann die systematische Vertreibung der Deutschen aus Polen bzw. aus den unter polnische Verwaltung gekommenen Gebieten Deutschlands und aus der Tschechoslowakei im großen Maßstab ein. Trotz vieler Anstrengungen gelang es in den ersten Wochen und Monaten aufgrund der zerrütteten Kommunikations- und Transportbedingungen kaum, die ins verbleibende deutsche Territorium einflutenden Menschmassen in geordneten Bahnen zu lenken.<sup>3</sup> Die brandenburgischen Kreise zählten zu den ersten Gebieten, die diesen Menschenschwall zu spüren bekamen. Die Ankommenden wurden zusammen mit den schon seit Kriegsende hier anwesenden Flüchtlingen notdürftig in Massen- oder Privatquartieren untergebracht. In Belzig gab die Auffangstelle im Juli 1945 an manchen Tagen bis zu 1.800 Essen aus.<sup>4</sup> Anfang September 1945 notierte Landrat Menz, in Zauch-Belzig seien bisher rund 39.000 Menschen aus dem Osten untergebracht worden. Bei dem aktuell eintreffenden Flüchtlingsstrom handele es sich vor allem um Schlesier, die über Sachsen<sup>5</sup> in das Kreisgebiet kämen. Wie Menz weiter vermerkte, erschienen täglich ca. 50 Einzelpersonen; verschiedentlich kämen Trecks mit 200 bis 300 Personen.<sup>6</sup>

Zur Koordination der Maßnahmen bezüglich der Flüchtlinge und Vertriebenen wurde im September 1945 eigens eine zonale Zentralverwaltung gegründet.<sup>7</sup>

---

<sup>1</sup> Hoffmann u.a.: *Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik*, S. 12; Kleßmann: *Die doppelte Staatsgründung*, S. 41.

<sup>2</sup> Vgl. Kleßmann: *Die doppelte Staatsgründung*, S. 39f.; Ther: *Deutsche und polnische Vertriebene*, S. 54.

<sup>3</sup> Schneider: *Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler*, S. 239.

<sup>4</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 55, Bl. 90. Weil die Stadtkasse die Fürsorgekosten nur teilweise tragen konnte, rief der Belziger Bürgermeister am 25. Juli die ortsansässige Bevölkerung zur Unterstützung auf; ebenda.

<sup>5</sup> Sachsen sollte nach Ansicht der SMAD wegen seiner hohen Bevölkerungsdichte keine Vertriebenen aufnehmen. Demgemäß ordnete die sächsische Landesverwaltung am 10.8.1945 an, in kürzester Frist die Gesamtheit der Vertriebenen aus dem Land heraus und in andere SBZ-Länder abzuschieben; Wille: *Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler*, S. 28.

<sup>6</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 103, Bl. 14

<sup>7</sup> Zum Folgenden vgl. Schneider: *Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler*, S. 239; Ther: *Deutsche und polnische Vertriebene*, S. 149f.; Wille: *Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler*, S. 28-33.

Ihre Möglichkeiten und ihr Handlungsspielraum erwiesen sich trotz hoher Ansprüche in den folgenden Monaten und Jahren als beschränkt.<sup>1</sup> Aus politischen Gründen dekretierte man, im offiziellen Sprachverkehr für die Menschen, die ihre Heimat verloren hatten, den verharmlosenden Terminus „Umsiedler“ zu verwenden.<sup>2</sup> Demgemäß erhielt die zonale Flüchtlingsbehörde die Bezeichnung „Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler“ (ZVU). Indes sollten in Brandenburg unter „Umsiedler“ nicht nur die Leute deutscher Nationalität von jenseits der Oder-Neiße-Linie firmieren, sondern ebenso Evakuierte und Ausgebombte aus Gebieten innerhalb der deutschen Nachkriegs-Grenzen.<sup>3</sup>

Auf Order der SMA nahm am 1. Oktober 1945 im Amt für Arbeit und Sozialwesen Brandenburg eine selbständige Abteilung „Umsiedler“ die Tätigkeit auf.<sup>4</sup> Die zonale Umsiedler-Zentralverwaltung gab ihrerseits per Rundschreiben vom 1./2. Oktober 1945 Anweisung, Landes-, Provinzial- und Kreis-Umsiedlerämter zu schaffen, sowie am Sitz der Landräte, in den Städten und Gemeinden Umsiedlerausschüsse zu bilden, die in Vertriebenenangelegenheiten als Verwaltungshilfsorgane arbeiten sollten.<sup>5</sup> Diese kommunalen Umsiedlerausschüsse erwiesen sich in Brandenburg auf lokaler Ebene letztlich wirksamer als die ZVU und die Landes-Umsiedlerbehörde.<sup>6</sup> Spätestens seit dem 20. Oktober 1945 existierte ein solcher Ausschuss für Niemegek und umgebende Dörfer. Er bestand aus einem KPD-Mitglied, einem Sozialdemokraten und einem Liberaldemokraten und war damit beschäftigt, Haus für Haus zu durchkämmen, um Wohnraum für Vertriebe-

---

<sup>1</sup> Siehe dazu Wille: *Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler*, passim.

<sup>2</sup> Vgl. Just: *Zur Lösung des Umsiedlerproblems*, S. 976; Schneider: *Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler*, S. 242. Zur Begriffsbildung „Umsiedler“ s. Ther: *Deutsche und polnische Vertriebene*, S. 91-93.

<sup>3</sup> Siehe BLHA, Rep. 202 E, Nr. 45, Bl. 4; Christopeit: *Die Herkunft und Verteilung der Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen in der Provinz Mark Brandenburg*, S. 87. Die Definition, dass als „Umsiedler“ (nur) jene Deutsche galten, deren ständiger Wohnsitz sich in den festgelegten Aussiedlungsgebieten laut Potsdamer Abkommen befand, unabhängig davon, ob sie sich bei Kriegsende bereits auf dem Territorium der damaligen Besatzungszonen in Deutschland aufhielten oder ob sie dorthin überführt wurden (Just: *Zur Lösung des Umsiedlerproblems*, S. 972), ist also zu eng gefasst.

<sup>4</sup> Pape: *Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg*, S. 111f.; Ther: *Die Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR 1945-1953*, S. 161.

<sup>5</sup> Pape: *Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg*, S. 113; Schneider: *Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler*, S. 239; Ther: *Die Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR 1945-1953*, S. 161. Die Provinzialverwaltung Mark Brandenburg ordnete am 9.10.1945 dementsprechend die Bildung v. Umsiedlerausschüssen in der Provinz an; s. *Verordnungsblatt der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg*, Nr. 4 (1945), S. 80. – Zu Konzeption u. Bildung v. Umsiedlerausschüssen s. Schwartz: *Kontrollierte Partizipation*, S. 164-166.

<sup>6</sup> Ther: *Die Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR 1945-1953*, S. 161.

ne aufzustöbern.<sup>1</sup> Am 22. Oktober ordnete der Zauch-Belziger Landrat entsprechend der ZVU-Rundverfügung generell die Bildung von Umsiedler-Unterausschüssen bei allen Bürgermeistereien an, nachdem zuvor ein Kreis-Umsiedlerausschuss beim Landratsamt eingerichtet worden war.<sup>2</sup>

Angesichts der chaotischen Verhältnisse in den östlichen und südöstlichen Regionen ihres Besatzungsgebietes hatten sich die Sowjets schon Mitte Juli 1945 entschlossen, in das planlose Umherirren den Menschenmassen ordnend einzugreifen. Ein SMAD-Befehl „Zur zweckmäßigen Verteilung der Bevölkerung der Sowjetischen Besatzungszone“ vom 19. Juli 1945 sah eine Dreiteilung des Vertriebenenstromes vor: Die Bewohner der Gebiete östlich von Oder und Neiße und nördlich der Warthe sollten nach Mecklenburg, südlich der Warthe nach Brandenburg, die Vertriebenen aus der Tschechoslowakei und Jugoslawien in die Provinz Sachsen gelenkt werden.<sup>3</sup> In der Praxis konnte dieser Befehl jedoch nicht umgesetzt werden.<sup>4</sup>

Es folgten neue Anweisungen, um den Zuwandererstrom irgendwie in geordnete Bahnen zu lenken. So sollte Zauch-Belzig, das zudem noch mit 2.200 Evakuierten aus dem Rheinland und Westfalen und ca. 3.000 Berliner Evakuierten belastet war,<sup>5</sup> laut einem Befehl vom 25. August 1945 nur noch Vertriebene aus Schlesien und Ostpreußen aufnehmen.<sup>6</sup> Anfang Dezember 1945 hieß es dann plötzlich, Zauch-Belzig hätte nunmehr alle Umsiedler aus polnisch besetzten Gebieten nach Fürstenberg in Mecklenburg weiterzuleiten, während die aus den Balkanländern und der Tschechoslowakei Eintreffenden dagegen im Kreis unterzubringen wären.<sup>7</sup> Letztere Anordnung wurde zum Jahreswechsel 1945/46 folgendermaßen präzisiert:

- A. Im Kreis Zauch-Belzig aufzunehmen waren Umsiedler, die
- (1) aus der Tschechoslowakei, aus Ungarn und den Balkanländer kamen,
  - (2) oder die nahe Angehörige im Kreis hatten,

---

<sup>1</sup> Vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 74, Bl. 79.

<sup>2</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 615, Bl. 248.

<sup>3</sup> Christopeit: *Die Herkunft und Verteilung der Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen in der Provinz Mark Brandenburg*, S. 91; Hoffmann u.a.: *Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik*, S. 13.

<sup>4</sup> Zu den Gründen, warum der Befehl nicht realisiert werden konnte, s. Christopeit: *Die Herkunft und Verteilung der Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen in der Provinz Mark Brandenburg*, S. 92; Hoffmann u.a.: *Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik*, S. 13f.

<sup>5</sup> Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 103, Bl. 14.

<sup>6</sup> KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung v. 3.9.1945, S. 5).

<sup>7</sup> Ebenda (Protokoll der Bürgermeistertagung v. 3.12.1945, S. 5).

- (3) oder als Arbeitskräfte im Kreis gebraucht wurden.
- B. Im Kreis Zauch-Belzig nicht aufzunehmen waren Umsiedler, die
- (1) aus polnisch verwalteten Gebieten kamen und keine nahen Angehörigen im Kreis hatten,
  - (2) oder die sich schon längere Zeit in anderen Kreisen innerhalb der SBZ aufgehalten hatten.
- Die unter B. (1) fallenden Personen waren sofort nach Mecklenburg weiterzuleiten.<sup>1</sup>

Das Weiterleiten war allerdings leichter gedacht als getan. Anfang September 1945 kamen im Landkreis ca. 15.000 Vertriebene zur Überweisung nach Mecklenburg infrage. Der Landrat stellte jedoch schon zu diesem Zeitpunkt fest, dass die weitergeleiteten Menschen wieder potswendend zurück überwiesen werden, weil ihre Zielorte bereits überfüllt seien.<sup>2</sup>

Viele Vertriebene in der SBZ, die diese schmerzliche Erfahrung machen mussten, hin- und hergeschuppt zu werden, entzogen sich den geschlossenen Transporten. Es setzte eine individuelle Binnenwanderung von Vertriebenen ein, die die ganze Zone ergriff.<sup>3</sup> Die Besatzungsmacht versuchte, einen Bewegungsstopp durchzusetzen. Der Erfolg dieser Maßnahme scheint zweifelhaft. Am 1. November 1945 berichtete beispielweise der Zauch-Belziger Landrat an das Oberlandratsamt Brandenburg/Havel, trotz angeordnetem Bewegungsstopp träfen immer noch täglich 20 bis 30 „Einzelgänger“ im Landkreis ein, bei denen es sich vornehmlich um Menschen aus Pommern und dem Warthegau handele, die vorgäben, erst jetzt ausgewiesen worden zu sein und im Kreis Verwandte zu haben.<sup>4</sup>

Zur Aufnahme größerer Vertriebenentransporte mussten kurzfristig umfangreiche logistische Vorbereitungen betreffs Verpflegung und Betreuung, ärztliche Versorgung, Unterbringung, Registrierung usw. geleistet werden.<sup>5</sup> Im Herbst 1945 begann man in der SBZ mit dem Aufbau eines funktionsfähigen Netzes von Auffang- und Quarantänelagern. Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler schal-

---

<sup>1</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 615, Bl. 201.

<sup>2</sup> Ebenda, Nr. 103, Bl. 14. Siehe auch KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung v. 3.9.1945, S. 5).

<sup>3</sup> Nach zeitgenössischen vorsichtigen Schätzungen „vagabundierten“ im Oktober 1945 allein in Brandenburg etwa 600.000 Heimatlose umher; s. Pape: *Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg*, S. 110.

<sup>4</sup> Siehe BLHA, Rep. 230 Oberlandratsamt Brandenburg (Havel), Nr. 42.

<sup>5</sup> Vgl. dazu etwa BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 615, Bl. 246 u. Bl. 263f. G. A. Vogel, KPD-/SED-Funktionär in Zauch-Belzig, schilderte Jahrzehnte später die typische Situation: Morgens um 4 Uhr meldete die Kommandantur einen Flüchtlingstreck, und automatisch mussten die Verwaltung u. Parteifunktionäre beginnen, Schlafstätten vorzubereiten, Lebensmittel zu beschaffen, Heizmaterial zu besorgen usw.; Sammlung G. Dorbritz (Schreiben G. A. Vogels an die SED-Kreisleitung Belzig aus dem Jahr 1970).

tete sich auf Befehl der Besatzungsmacht ein und erließ Richtlinien für die personelle Ausstattung, Verwaltung und Wirtschaftsführung der Lager.<sup>1</sup> Alle aus dem Osten Ausgewiesenen und auch die aus der Kriegsgefangenschaft Heimkehrenden mussten sich in diesen Lagern einer mehrwöchigen Quarantäne unterziehen, wodurch die Ausbreitung von Fleckfieber oder anderen epidemischen Krankheiten unterbunden werden sollte.<sup>2</sup> Als erstes Quarantänelager im Kreis Zauch-Belzig wurde seit 20. Oktober 1945 innerhalb weniger Tage das ehemalige Barackenlager der OKW-Außenstelle in Belzig, Bergholzer Straße, hergerichtet.<sup>3</sup> Ein zweites Lager entstand fast zeitgleich und ebenfalls in der Kreisstadt, in der Borner Straße auf einem Areal der früheren „Reichsschule Technische Nothilfe“.<sup>4</sup> Beide Lager erhielten ihre Erstbelegung durch einen in zwei Schüben am 22. und 26. Oktober aus dem Durchgangslager Forst/Lausitz eintreffenden Transport mit 4.529 Personen.<sup>5</sup> Mitte November 1945 bestanden im Landkreis dann schon vier Quarantänelager, und zwar in:

- Belzig, Bergholzer Straße, Kapazität 2.500 Personen
- Belzig, Borner Straße, Kapazität 2.500 Personen
- Belzig, Lübnitzer Straße (ehemaliges KZ-Außen-, Fremdarbeiter- und Kriegsgefangenenlager-Areal beim Roederhof), Kapazität 3.000<sup>6</sup> Personen
- Treuenbrietzen, Selterhof (ehemaliges Fremdarbeiterlager der Munitionsfabrik), Kapazität 3.000 Personen.<sup>7</sup>

Die vier Lager verfügten damit zusammen über eine Aufnahmefähigkeit von bis zu 11.000 Personen. Die materielle und sanitäre Ausstattung dieser Quarantänelager war größtenteils ungenügend und gab immer wieder Anlass zu scharfer Kritik.<sup>8</sup> Angesichts der von äußerstem Mangel geprägten Nachkriegsverhältnisse konnte daran allerdings nichts grundlegend verändert werden.

Nach einigen Wochen bzw. Monaten wurden in Belzig die Lager Bergholzer Straße und Borner Straße geschlossen. An ihre Stelle traten die neuen Quarantänelager Belzig-Klinkengrund (ehemaliges Barackenlager der Wehrmacht / Wehr-

---

<sup>1</sup> Wille: *Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler*, S. 36f.

<sup>2</sup> Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 615, Bl. 171 u. Bl. 181.

<sup>3</sup> BLHA, Rep. 230 Oberlandratsamt Brandenburg (Havel), Nr. 42 (Schreiben des Landrats an das Oberlandratsamt v. 23.10.1945).

<sup>4</sup> Ebenda (Schreiben des Landrats an das Oberlandratsamt v. 1.11.1945).

<sup>5</sup> Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 615, Bl. 234f.

<sup>6</sup> Ebenda, Bl. 218, irrig mit einer Kapazität v. 8.000 Personen angegeben.

<sup>7</sup> Nach ebenda.

<sup>8</sup> Zu schlechten Wohn- und sanitären Bedingungen in den Lagern s. BLHA, Rep. 230 Oberlandratsamt Brandenburg (Havel), Nr. 42, passim; Wille: *Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler*, S. 37f.

machtsstreifen-Lehrabteilung) und Landesanstalt Treuenbrietzen.<sup>1</sup> Zum 1. Oktober 1946 waren die Lager des Kreises mit 1.768 Menschen belegt.<sup>2</sup> Nur ein Teil derjenigen, die hier ihre Quarantäne absolvierten, wurden anschließend auch im Kreis Zauch-Belzig untergebracht. Der wohl größere Teil dürfte nach den Lagerwochen in andere Gegenden weitergeleitet worden sein. Mitte Januar 1947 unterrichtete die Kreiskommandantur den Landrat, dass angesichts des verringerten Umsiedlerzustroms auf Anordnung der SMA Brandenburg in Zauch-Belzig künftig nur noch ein Quarantänelager unterhalten werden soll, und zwar das Lager Selterhof Treuenbrietzen mit einer Kapazität von 1.500 Personen.<sup>3</sup>

Die ankommenden Menschen, die bei ihrer Ausweisung oft von rachsüchtigen und hasserfüllten Polen oder Tschechen schikaniert und ausgeplündert wurden und einen Transport unter menschenunwürdigen Bedingungen hinter sich hatten, befanden sich oftmals in einem erbärmlichen Zustand.<sup>4</sup> Der Lagerarzt der Landesanstalt Treuenbrietzen berichtete über einen Treck von 1.449 Personen, der am 13. Oktober 1946 eingetroffen war, fast 80% der Leute seien stark unterernährt und erkrankt (Magengeschwüre, Herzkrankheiten, Tuberkulose, Diarrhö u.a.) und die Hälfte aller Personen müsste rein ärztlich gesehen einer Krankenhausbehandlung zugeführt werden.<sup>5</sup> Daraufhin begab sich Landrat Sydow persönlich und in Begleitung des Leiters des Kreis-Umsiedleramtes am 16. Oktober nach Treuenbrietzen, um vor Ort das menschliche Elend in Augenschein zu nehmen. Sie fanden den Bericht des Lagerarztes vollauf bestätigt. Die Lagerinsassen machten schon rein äußerlich einen bedauernswerten Eindruck. Die wenigen Kleider, die sie noch besaßen, waren abgerissen und in unsauberem Zustand. Durch den Mangel an Kohlen froren die Leute fast ausnahmslos.<sup>6</sup> Die Verwaltung und die Lager-

---

<sup>1</sup> Am 1.10.1946 existierten im Kreis die Lager Belzig-Lübznitzer Straße, Belzig-Klinkengrund, Selterhof Treuenbrietzen u. Landesanstalt Treuenbrietzen; s. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 615, Bl. 288.

<sup>2</sup> Ebenda.

<sup>3</sup> Ebenda, Nr. 100, Bl. 392. – In der ganzen SBZ hatten Ende Dezember 1945 insgesamt 628 Lager bestanden, deren Anzahl indes bereits bis Dezember 1946 drastisch auf 194 (Kapazität: 263.820 Personen) reduziert wurde; Meinicke: *Zur Integration der Umsiedler*, S. 870f., Anm. 24.

<sup>4</sup> Siehe dazu Christopeit: *Die Herkunft und Verteilung der Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen in der Provinz Mark Brandenburg*, S. 92; Pape: *Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg*, S. 111 u. 113; Ther: *Deutsche und polnische Vertriebene*, S. 57; Wille: *Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler*, S. 35 u. S. 38f.

<sup>5</sup> BLHA, Rep. 230 Oberlandratsamt Brandenburg (Havel), Nr. 42 (Schreiben Lager Treuenbrietzen an den Landrat v. 15.10.1946).

<sup>6</sup> Ebenda (Bericht des Kreis-Sozialamtes an das Oberlandratsamt v. 16.10.1946); s. Anhang Nr. 21 der vorliegenden Arbeit.

leitung konnten indes nur wenig an Hilfsmaßnahmen für die leidgeprüften Menschen einleiten.

Bei den in Lagerbaracken dicht gedrängt hausierenden Vertriebenen konnten Wut und Schmerz über die Zwangsausweisung aus der alten Heimat, über den Verlust von Hab und Gut, zusammen mit dem Zorn über die augenblicklichen, miesen Lebensumstände ein explosives Gemisch ergeben. Am 12. November 1945 brach im Lager Belzig, Borner Straße, unter Deutschstämmigen aus Jugoslawien eine Revolte aus.<sup>1</sup> Die Vertriebenen vom Balkan wollten sich nicht der Lagerregie unterwerfen und bekundeten während eines Appells, dass sie eigentlich keine Deutsche und damit hier fehl am Platze seien. Es wurden u.a. Stimmen laut, die sich gewaltsam den Rückweg in die Heimatgebiete erzwingen wollten („Wir wollen Kanonen, wir wollen Waffen“<sup>2</sup>). Das Lagerpersonal sah sich massiv bedroht. Nur ein herbeigerufener Offizier von der Kreiskommandantur konnte eine Eskalation unterbinden, indem er warnte, Rädelsführer standrechtlich zu erschießen. Der Lagerleiter verfasste für die Provinzialverwaltung einen Rapport, der die Geschehnisse in Einzelheiten schilderte, aber auch verdeutlichte, wie wenig der Lagerleiter diese Menschen etwa als „Landsleute“ betrachtete, sondern pauschal als dreckigen Haufen diffamierte – als undankbar, politisch unkorrekt, asozial und kriminell. Es lässt sich spekulieren, inwieweit ein von solchen Aversionen gekennzeichnetes Auftreten des Lagerleiters zum Aufruhr beigetragen habe. In Belzig war man jedenfalls beruhigt, als am Tag nach der Revolte das gesamte Lager Borner Straße geräumt und alle Insassen per Bahn in Richtung Berlin abtransportiert wurden.

In den sowjetischen Abschnitts- und Ortskommandanturen brachte man anscheinend der Umsiedlerproblematik allgemein wenig Verständnis entgegen.<sup>3</sup> Kommandanten blockierten mitunter die Einquartierung von Vertriebenen in ihren Bereichen und spielten sich dabei in Provinzfürsten-Manier auf. Der Abschnittskommandant von Treuenbrietzen verbot im Oktober 1945 die Aufnahme weiterer Flüchtlinge in Brück und Umgebung, obwohl das dortige Unterbringungssoll noch

---

<sup>1</sup> Siehe dazu BLHA, Rep. 230 Oberlandratsamt Brandenburg (Havel), Nr. 42 (Bericht an die Provinzialverwaltung in Potsdam v. 17.11.1945), u. Anhang Nr. 22 der vorliegenden Arbeit.

<sup>2</sup> Ebenda.

<sup>3</sup> Diese Erfahrung machte man in vielen Regionen Brandenburgs u. der SBZ. Vgl. Christopeit: *Die Herkunft und Verteilung der Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen in der Provinz Mark Brandenburg*, S. 89; Wille: *Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler*, S. 37.

nicht erfüllt war.<sup>1</sup> Am 28. Dezember 1946 erließ der Abschnittskommandant von Beelitz einen Befehl, der die Aufnahme von Vertriebenen aus den Gebieten Polens und der Tschechoslowakei im Bürgermeistereibezirk Beelitz untersagte.<sup>2</sup> Das Zauch-Belziger Landratsamt bat deshalb am 16. Januar 1946 das Oberlandratsamt Brandenburg/Havel, eine Aufhebung dieses Befehls zu erwirken, sonst müsse das Aufnahmesoll des Kreises um 11.500 Umsiedler reduziert werden.<sup>3</sup> Ebenso gab es Schwierigkeiten mit der Besatzungsmacht bei der Einrichtung des Quarantänelagers Belzig-Klinkengrund. Rotarmisten hatten dieses Lager mit seinen 21 Baracken Ende November 1945 teilweise belegt und damit begonnen, Einrichtungsgegenstände abzutransportieren.<sup>4</sup> Der Landrat schrieb am 30. November an den Präsidenten der Provinzialverwaltung: „Ich bin bemüht, die Räumung des Lagers durch die Rotarmisten und die Rückgabe der Einrichtungsgegenstände zu erwirken, bitte jedoch, auch dortseits [sic!] bei der SMA entsprechend zu intervenieren.“<sup>5</sup> Anscheinend hatten diese Bemühungen Erfolg, denn die Rotarmisten verließen das Lager wieder.

Von den Kommunen wurden die Flüchtlinge und Vertriebenen beileibe auch nicht mit offenen Armen empfangen. Die Stadt- und Gemeindeverwaltungen sahen in ihnen in Zeiten allgemeinen Notstands eine zusätzliche Belastung. In den Rathäusern war Stöhnen zu vernehmen. Die Gemeindeverwaltung Michendorf ließ Ende August 1945 verlautbaren, sie müsse auf Anordnung der Landratsamtes noch 564 Flüchtlinge aufnehmen, doch unter Ausnutzung aller Möglichkeiten könne nach sorgfältiger Prüfung höchstens eine Aufnahme von 115 Personen erfolgen.<sup>6</sup> Die Gemeinde Ferch beantragte am 12. Oktober 1945, ihr Gebiet für jeglichen Zuzug von Flüchtlingen zu sperren, weil in Ferch schon ca. 400 Evakuierte und Flüchtlinge sowie seit Ende Juli auch noch 700 Rotarmisten einquartiert seien.<sup>7</sup> Als auch die Stadt Werder darum bat, von der geplanten Unterbringung von 6.600 Heimatlosen „verschont“ zu bleiben, richtete das Landratsamt, Unterabteilung „Deutsche Umsiedler“, am 19. Oktober 1945 an den Werderaner Magistrat die eindringlichen Worte: „Es muss das Alleräußerste getan werden, um die Land-

---

<sup>1</sup> Vgl. BLHA, Rep. 230 Oberlandratsamt Brandenburg (Havel), Nr. 42 (Schreiben des Landratsamtes an das Oberlandratsamt v. 10.10.1945).

<sup>2</sup> BLHA, Rep. 230 Oberlandratsamt Brandenburg (Havel), Nr. 42.

<sup>3</sup> Ebenda (Schreiben des Landratsamtes an das Oberlandratsamt v. 16.1.1945).

<sup>4</sup> Ebenda (Schreiben des Landrats an den Präsidenten der Provinzialverwaltung v. 30.11.1945).

<sup>5</sup> Ebenda.

<sup>6</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 82, Bl. 25.

<sup>7</sup> BLHA, Rep. 330, Nr. 165, Bl. 101.



straßen freizumachen von den endlosen Elendtrecks, den abgehetzten, verhungerten und heimatlosen Menschen, die jetzt noch ihren unbekanntenen Zielen zustreben.“<sup>1</sup> Zwei Jahre später, im Dezember 1947, diskutierte indes selbst der Kreistag darüber, ob man wegen Überlastung mit Flüchtlingen nicht an die Landesregierung den Antrag stellen sollte, weitere Umsiedlertransporte nach Zauch-Belzig zu unterbinden oder zumindest stark einzuschränken.<sup>2</sup> Letztlich beschloss der Kreistag einstimmig:

Aus der Erkenntnis heraus, dass unzureichender Wohnraum für die Bevölkerung Krankheit und Siechtum, Unzufriedenheit und seelische Unruhe bedeuten, ist die Landesregierung Potsdam auf die im Kreise Zauch-Belzig herrschende katastrophale Wohnungsnot hinzuweisen und zu bitten, die Lage selbst zu überprüfen und Abhilfe zu schaffen.<sup>3</sup>

Diese EntschlieÙung klang halbherzig, wohl weil die Mehrzahl der Kreistagsabgeordneten sich an fünf Fingern abzählen konnte, dass gerade der Kreis Zauch-Belzig – bekanntermaÙen eine Agrargegend mit geringer Bevölkerungsdichte und ohne wesentliche Kriegszerstörungen – in den Augen der Landesregierung weiterhin ein unverzichtbares Zielgebiet für Umsiedler darstellte.<sup>4</sup>

Am 5. September 1945 hatte der Landrat die Anzahl der im Kreis aufgenommenen Flüchtlinge auf rund 39.000 beziffert.<sup>5</sup> Das kann gut der Realität entsprechen haben. Denn laut einer anderen Quelle zählte man zum 26. Oktober 1945 unter der Zauch-Belziger Wohnbevölkerung 39.151 Flüchtlinge und 1.714 aus dem Osten Ausgewiesene,<sup>6</sup> also zusammen 40.865 Personen. Wenn man vom statistischen Landesamt erfasste Umsiedlerzahlen im Kreis den Gesamtbevölkerungszahlen des Kreises für 1946 bis 1949 gegenüberstellt, ergibt sich folgende Tabelle:

---

<sup>1</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 615, Bl. 252.

<sup>2</sup> Siehe BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 5, Bl. 221f. – Bemerkenswert: Die ZVU selbst hatte bereits 1946 die „Umsiedler“-Aufnahmekapazität von ganz Brandenburg wegen Wohnraummangel für erschöpft erklärt; Ther: *Deutsche und polnische Vertriebene*, S. 283f. Die Erklärung blieb allerdings ohne Folgen.

<sup>3</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 5, Bl. 222.

<sup>4</sup> Ende Juli 1945 war eine Studie zur Aufschlüsselung u. Unterbringung der Vertriebenen in der SBZ angefertigt worden. Grundgedanke der Studie war, die Mehrzahl der Vertriebenen in agrarischen Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte einzuweisen, was in der Tat bei der praktizierten Verteilung auf die einzelnen Territorien der Zone in Anwendung kam; Hoffmann u.a.: *Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik*, S. 14.

<sup>5</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 103, Bl. 14.

<sup>6</sup> BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Landesbehörde Volkspolizei, Nr. 307, Bl. 205.

Stichtag	Anzahl „Umsiedler“ <sup>1</sup>	Stichtag	Gesamtbevölkerung <sup>2</sup>
30.06.1946	34.167	01.06.1946	130.980
30.09.1946	41.669 <sup>3</sup>		
28.02.1947	40.839	01.01.1947	136.141
30.04.1947	41.246	01.06.1947	136.660
31.12.1947	43.877	01.01.1948	139.542
01.04.1948	43.178	01.06.1948	139.299
01.06.1949	41.371	01.06.1949	137.216

Demnach waren durchschnittlich ca. 30% der Kreisbevölkerung Umsiedler; will heißen: Fast jeder dritte Bewohner Zauch-Belzigs in den Nachkriegsjahren war faktisch ein Fremder, ein Zugezogener. Damit lag Zauch-Belzig über dem Provinz- bzw. Landesdurchschnitt, der etwa im April 1949 knapp 25 Prozent betragen hat.<sup>4</sup> Im Land Brandenburg waren Anfang April 1948 insgesamt 744.387 Umsiedler registriert gewesen, davon 43.178 (14.074 Familien) in Zauch-Belzig.<sup>5</sup> Somit wohnten seinerzeit im Kreis 5,8 Prozent aller Zuwanderer in der Mark.

Der Anteil der Zuzügler an der Einwohnerschaft betrug in den einzelnen Zauch-Belziger Amtsbezirken im September 1947 zwischen 21,7% und 45%.<sup>6</sup> Die größte absolute Zahl an Umsiedlern im Kreisgebiet wurde zum Jahreswechsel 1947/48 mit 43.877 Personen registriert (s. obige Tabelle), im Unterschied etwa zum gesamten SBZ-Gebiet, wo der entsprechende Maximalwert mit 4,443 Millionen Personen erst vom März 1949 datiert.<sup>7</sup>

Die Crux, anhand der statistischen Angaben die Zuwanderung von (im eigentlichen Sinne) Heimatvertriebenen zahlenmäßig korrekt zu erfassen, besteht

<sup>1</sup> Nach BLHA, Rep. 202 E, Nr. 45, Bl. 1, Bl. 5, Bl. 9, Bl. 11, Bl. 15, Bl. 17; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 23 (Angabe für 1.6.1949).

<sup>2</sup> Nach BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 23.

<sup>3</sup> Diese Zahl erscheint zu hoch. Sicherlich hat der Landkreis in der zweiten Jahreshälfte 1946 eine starke Zuwanderung erfahren. Allein im Monat September wurden 1.526 Menschen aus anderen SBZ-Gegenden und 579 Menschen aus dem „Ausland“ (also Vertriebene) im Kreis angesiedelt (BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 182, Bl. 24 Rs). Jedoch betrug zum Stichtag 29.8.1946 die Anzahl der „Flüchtlinge und Evakuierten“ im Kreisgebiet noch 36.546 Personen (BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 286, Bl. 208). Der also mit Sicherheit zu hohe Wert für den 30.9.1946 resultierte wahrscheinlich aus Doppelzählungen.

<sup>4</sup> Vgl. Hoffmann u.a.: *Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik*, S. 19. Schneider: *Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler*, S. 240, gibt den prozentualen Anteil der Umsiedler an der Wohnbevölkerung Brandenburgs folgendermaßen an: Dezember 1945 19,5%, August 1946 24,9%, März 1949 27,4%. Siehe auch die tabellarische Übersicht in: Christopheit: *Die Herkunft und Verteilung der Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen in der Provinz Mark Brandenburg*, S. 109. In der ganzen SBZ lag am 1.1.1949 der Umsiedleranteil an der Gesamtbevölkerung bei 24,2%; Meinicke: *Zur Integration der Umsiedler*, S. 868.

<sup>5</sup> Nach BLHA, Rep. 202 E, Nr. 45, Bl. 17.

<sup>6</sup> Vgl. die Angaben in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 5, Bl. 183.

<sup>7</sup> Vgl. Zank: *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland*, S. 32

darin, dass unter der Rubrik „Umsiedler“ nicht nur die Flüchtlinge und Deportierten aus dem Osten, sondern auch die Zuzügler aus anderen Regionen der Sowjetischen Besatzungszone und aus den westlichen Besatzungszonen Deutschlands fielen.<sup>1</sup> Beispielsweise stammten von den am 21. September 1947 in Zauch-Belzig registrierten 43.704 Umsiedlern immerhin 7.681 aus anderen SBZ-Gebieten.<sup>2</sup> Die anderen Neueinwohner des Kreises seinerzeit waren nach ihrer Herkunft wie folgt aufgeschlüsselt<sup>3</sup>:

Herkunftsgebiet/-land	Anzahl Personen	Anteil an der Gesamtzahl in %
Ober- und Niederschlesien (östlich der Lausitzer Neiße)	12.843	35,65
Polen (in den Grenzen von 1939)	8.454	23,47
Grenzmark Posen-Wetpreußen (einschließlich Brandenburg östlich der Oder? <sup>4</sup> )	3.734	10,37
Tschechoslowakei	3.564	9,89
Ostpreußen (ohne Königsberg)	2.843	7,89
Pommern (östlich der Oder)	2.349	6,52
Rumänien	632	1,75
Königsberg (Ostpreußen) <sup>5</sup>	519	1,44
Sowjetunion (ohne baltische Republiken)	418	1,16
Baltikum	258	0,72
Jugoslawien	124	0,34
Dänemark	83	0,23
Österreich	50	0,14
Ungarn	39	0,11
Norwegen	12	0,03
Italien	4	0,01
sonstige Staaten	97	0,27
Gesamtzahl:		36.023

Die weitaus größte Gruppe der Heimatvertriebenen im Kreis stellten also die Schlesier, gefolgt von den Deutschstämmigen aus Gebieten innerhalb der polnischen Vorkriegsgrenzen (speziell dem Wartheland). Verhältnismäßig stark vertreten waren auch aus der Tschechoslowakei ausgewiesene Sudetendeutsche.

<sup>1</sup> Eine eingrenzende Definition, mit der die brandenburgische Landes-Umsiedlerbehörde zu bestimmen versuchte, wer als „Umsiedler“ zu gelten habe und wer nicht – s. Ther: *Deutsche und polnische Vertriebene*, S. 138f. – konnte sich offensichtlich nicht durchsetzen.

<sup>2</sup> Siehe BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 5, Bl. 184.

<sup>3</sup> Nach ebenda.

<sup>4</sup> Zuwanderer aus Ost-Brandenburg sind in der Aufstellung ebenda nicht extra ausgewiesen. Sie werden mit den Vertriebenen aus der Grenzmark Posen zusammengefasst worden sein.

<sup>5</sup> Gemeint ist wohl der sowjetisch besetzte Teil Ostpreußens um Königsberg, im Unterschied zum übrigen, polnisch besetzten Ostpreußen.

Als vordringliche Aufgabe musste die Wohnraumbeschaffung für die Zuwanderer gelöst werden.<sup>1</sup> Hierbei wurde trotz aller Unzulänglichkeiten in der ganzen SBZ viel geleistet und erreicht.<sup>2</sup> In ländlichen Regionen kamen insbesondere große Bauerngehöfte für die Unterbringung infrage, deren Besitzer aber oft genug gezwungen werden mussten, Räumlichkeiten bereitzustellen.<sup>3</sup> Die Einquartierungen konnten so weit gehen, dass z.B. im Dorf Linthe im Februar 1947 neben 365 alteingesessenen Leuten rund 400 Umsiedler wohnten.<sup>4</sup> Im Haus eines Landwirts in Schönefeld bei Beelitz waren in neun Zimmern 24 Personen (insgesamt fünf Familien) untergebracht, während zwei Knechte als Schlafräum eine Küche nutzten, die zugleich zwei Flüchtlingsfamilien mit zehn Personen als Kochstelle diente.<sup>5</sup> Solche Überbelegungen stießen auf den höchsten Widerwillen bei der Stammbewölkerung. Am 16. September 1947 berichtete das Zauch-Belziger Kreiswohnungsamt den Kreisräten, die Unterbringung des letzten Umsiedlertransportes sei auf erhebliche Schwierigkeiten gestoßen, weil es Weigerungen von Seiten der Bürgermeister verschiedener Gemeinden gegeben habe, die auch teilweise unwahre Angaben über die noch erfassungsmöglichen Wohnräume in ihren Gemeinden machten.<sup>6</sup>

In der Tat präsentierten sich die damaligen Wohnbedingungen für Vertriebene und Flüchtlinge im Kreisgebiet als wenig zufriedenstellend: Im September 1947 wohnten in eigenen Häusern 2.517<sup>7</sup>, in Mietwohnungen 32.305, in winterfesten Notwohnungen 6.989, in winterfesten Baracken 811, in Schulen und Sälen hausierten 231, in nicht winterfesten Unterkünften 851.<sup>8</sup> Schränke, Stühle, Tische, Bettgestelle usw. waren in den Unterkünften absolute Mangelware. Landrat und Kreistag wollten im Februar 1947 den Mangel mit einer außergewöhnlichen Aktion lindern. Die Häuser sollten durchkämt und dabei aufgefundenes, als „unbe-

---

<sup>1</sup> In Zauch-Belzig sah man als Hauptproblem die Unterbringung von Heimatvertriebenen in der Stadt Treuenbrietzen, weil dort 10% aller Häuser in den letzten Kriegstagen zerstört worden waren; vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 5, Bl. 170.

<sup>2</sup> Hoffmann u.a.: *Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik*, S. 18.

<sup>3</sup> Vgl. Christopheit: *Die Herkunft und Verteilung der Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen in der Provinz Mark Brandenburg*, S. 101f.; Pape: *Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg*, S. 116.

<sup>4</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 615, Bl. 95.

<sup>5</sup> Ebenda, Bl. 17.

<sup>6</sup> Ebenda, Bl. 63. – Generell machte man in der ganzen SBZ die Erfahrung, dass die Altansässigen sehr häufig sich nicht auf einen verkleinerten Wohnraum zugunsten v. Umsiedlern beschränken wollten; s. Kleßmann: *Die doppelte Staatsgründung*, S. 518.

<sup>7</sup> In ganz Brandenburg wohnte im April 1947 v. den über 700.000 Umsiedlern nur ganze 52.415 in eignen Häusern; Pape: *Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg*, S. 117.

<sup>8</sup> Bericht vom 21.9.1947, in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 5, Bl. 185.

nutzt“ oder „herrenlos“ eingeschätztes Mobiliar für eine befristete Zeit beschlagnahmt werden. Die Aktion musste man aber schon bald abbrechen bzw. rückgängig machen. Am 16. April 1947 schrieb Fritz Hermann Schwob (CDU), brandenburgischer Minister für Arbeit und Sozialwesen, an den Landrat:

So sehr ich Ihre Bemühungen, herrenlose und unbenutzte Möbel zugunsten der Umsiedler [zeitweise] zu erfassen, anerkenne, bin ich doch gezwungen, Sie zur Zurücknahme Ihrer Rundverfügung vom 28.2.1947 an die Amtsvorsteher Ihres Kreises aufzufordern. Ihre Anordnung ist in formeller wie in materieller Hinsicht ungesetzlich.<sup>1</sup>

Sie bedeutete nämlich einen nicht legalen Eingriff ins Eigentumsrecht und musste deshalb für nichtig erklärt werden.

Sammlungen freiwilliger Spenden für die Vertriebenen führten die Umsiedlerausschüsse, kirchlich-karitative Organisationen, sowie in Brandenburg der Wohlfahrtsverband „Märkische Volkssolidarität“ durch, während die SMAD Mitte Oktober 1946 eine einmalige Beihilfe von zweihundert Millionen Reichsmark zur Verfügung stellte.<sup>2</sup> Insgesamt war dies aber nicht mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Der Flüchtlingszustrom verlieh sicherlich der brandenburgischen Gesellschaft langfristig Modernisierungsimpulse und stellte ein leistungsbereites, gegenüber Innovationen besonders offenes Arbeitskräftepotential bereit.<sup>3</sup> Jedoch konnte dieses Potential freilich nur genutzt werden, wenn es gelang, den Zuwanderern geeignete Arbeitsplätze zu verschaffen.<sup>4</sup> Für den Kreis Zauch-Belzig bedeutete dies eine besondere Herausforderung. Die hiesige, schwache Industrie bot z.B. kaum Beschäftigungsmöglichkeiten. Und weil in Zauch-Belzig verhältnismäßig wenig Bodenreformland zur Verteilung vorhanden war, musste auch die Anzahl eigenständiger Neubauern aus den Reihen der „Umsiedler“ zwangsläufig sehr beschränkt bleiben.<sup>5</sup> Die meisten Zuzügler fanden sich in unqualifizierten

---

<sup>1</sup> Ebenda, Bl. 91.

<sup>2</sup> Vgl. Pape: *Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg*, S. 129-131.

<sup>3</sup> So Bauerkämper: *Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg*, S. 289.

<sup>4</sup> Zu dieser Problematik s. Meinicke: *Zur Integration der Umsiedler*, S. 873-875.

<sup>5</sup> Im Herbst 1946 gab es im Kreis Zauch-Belzig rund 660 Umsiedler-Neubauern; s. Anhang Nr. 16 der vorliegenden Arbeit. Damit besetzten sie 38% aller damaligen Neubauernstellen im Kreis. Im gesamten SBZ-/DDR-Gebiet waren zum Ende der Bodenreform 43,3% aller Neubauernstellen mit Umsiedlern besetzt; Meinicke: *Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ und in den Anfangsjahren der DDR*, S. 63. Bis zum 1.1.1950 erhielten insgesamt 91.155 Vertriebene in der DDR Land im Zuge der Bodenreform, wodurch 350.000 Umgesiedelte einschließlich ihrer Familienmitglieder einen Neuanfang wagen konnten; Meinicke: *Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ und in den Anfangsjahren der DDR*, S. 70; Plato/Meinicke: *Alte Heimat – neue Zeit*, S. 60f.

und schlecht bezahlten Beschäftigungsverhältnissen in der Landwirtschaft wieder.<sup>1</sup> (Als Nebenverdienstquelle empfahl man ihnen den Anbau von Maulbeerkulturen oder auch die Gewinnung von Binsen.<sup>2</sup>) Eine positive Ausnahme bildeten die „Märkischen Kunstwerkstätten“ Albrecht Sturms in Elsholz. Bei den zehn Beschäftigten Sturms handelte es sich durchweg um Flüchtlinge und Vertriebene. Die Firma stellte 1947 ihre Produkte erfolgreich auf der Leipziger Messe aus.<sup>3</sup>

In den schweren Nachkriegsjahren hielten sich bei der alteingesessenen Bevölkerung, an der die Not ja selbst nicht vorbeiging, Solidarität und Verständnis gegenüber den Zuwanderern in engen Grenzen.<sup>4</sup> In den Dörfern mit ihren traditionellen Verwandtschaftsstrukturen galten die Neuankömmlinge – nicht selten mit fremden Dialekt, fremden Gebräuchen, anderer Konfession – sehr häufig als Fremdkörper. Sie mussten Schimpfwörter wie „Sudetengauer“ (gemeint waren die von den Tschechen Ausgewiesenen) oder „Polackenpack“ über sich ergehen lassen. Die generelle wirtschaftliche Notlage und die Ressentiments<sup>5</sup> der Alteingesessenen waren schwere Bürden für die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in die SBZ-Gesellschaft.<sup>6</sup> In Belzig kam es gar zu Handgreiflichkeiten zwi-

---

<sup>1</sup> Beispielweise setzten sich die Belegschaften der fünf Güter Zauch-Belzigs mehrheitlich aus Umsiedlern zusammen; vgl. Kapitel 5.1.4 der vorliegenden Arbeit. Von den beschäftigten Zugzählern in der Provinz Brandenburg waren im Dezember 1945 ca. 58% in der Landwirtschaft, im Dezember 1946 ca. 66% in der Land- u. Forstwirtschaft tätig; vgl. Pape: *Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg*, S. 123 u. 127. Laut Meinicke: *Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ und in den Anfangsjahren der DDR*, S. 71, kamen in der SBZ 40,7% der Landarbeiter u. 85,5% der mithelfenden familienfremden Arbeitskräfte aus den Kreisen Umgesiedelten. Das durch die Umsiedler entstandene Überangebot an Arbeitskräften wurde häufig genug v. den Bauern schamlos ausgenutzt; s. ebenda u. Plato/Meinicke: *Alte Heimat – neue Zeit*, S. 64. Siehe auch Wille: *Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler*, S. 46.

<sup>2</sup> Siehe *Amtliches Kreisblatt des Kreises Zauch-Belzig*, Nr. 1 u. Nr. 4 (1947).

<sup>3</sup> Pape: *Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg*, S. 127f. Die Firma galt offiziell als Umsiedlerbetrieb (vgl. ebenda), war dies aber eigentlich nicht. A. Sturm stammte aus Berlin u. war 1943/44 mit seinem Unternehmen aus der Reichshauptstadt, wo sein Geschäft ausbombardiert worden war, nach Elsholz umgezogen; vgl. Nachlass A. Sturm (Schreiben Sturms v. 7.7.1945).

<sup>4</sup> Zum Folgenden vgl. Bauerkämper: *Die Sozialgeschichte der DDR*, S. 96; Christopeit: *Die Herkunft und Verteilung der Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen in der Provinz Mark Brandenburg*, S. 98-108; Meinicke: *Zur Integration der Umsiedler*, S. 870f.; Pape: *Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg*, S. 116 u. S. 128-132; Ther: *Deutsche und polnische Vertriebene*, S. 282-292.

<sup>5</sup> Diese wurden sicherlich durch die Propaganda der Behörden gegen die Bewahrung der Identität der Vertriebenen noch vermehrt; Christopeit: *Die Herkunft und Verteilung der Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen in der Provinz Mark Brandenburg*, S. 106. Dabei wurde gerade in Brandenburg v. behördlicher Seite ebenso versucht, per Agitation zum Abbau v. Vorurteilen zwischen Einheimischen u. Vertriebenen beizutragen; vgl. Pape: *Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg*, S. 128-132.

<sup>6</sup> Bei einer Umfrage in ausgewählten brandenburgischen Gemeinden zum Verhältnis von Einheimischen u. Vertriebenen im April 1947 beurteilten nur 50% der Gemeinden das Verhältnis als gut, 31% beurteilten es als befriedigend, 19% als schlecht; Ther: *Deutsche und polnische Vertriebene*, S. 287. – Christopeit: *Die Herkunft und Verteilung der Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen*

schen Alt- und Neubürgern, die ein Gerichtsverfahren nach sich zogen.<sup>1</sup> Andererseits verband die Umsiedler das gemeinsame Erlebnis von Flucht oder Vertreibung und trug zu solidarischem Verhalten untereinander, aber ebenso zu einer gewissen Abschottung gegenüber der Stammbevölkerung bei. Es war auch die Orientierung auf eine baldige Rückkehr in die alte Heimat, die den Aufbau von Sozialkontakten zur alteingesessenen Bevölkerung, mithin die Integration der Vertriebenen in ihr neues gesellschaftliches Umfeld behinderte.<sup>2</sup> In den Dörfern standen sie meist auf den unteren Stufen der sozialen Leiter.<sup>3</sup>

Eine Konferenz der Zauch-Belziger Orts-Umsiedlerausschüsse am 14. Februar 1947 hatte sich mit einer Reihe von Klagen verschiedener Gemeinden über vielfältige Probleme der Gleichstellung und Eingliederung der Neueinwohner zu beschäftigen.<sup>4</sup> Diese hielten mit ihrer Wut und Enttäuschung nicht hinter dem Berg. Ein alter Mann aus Prützke äußerte im Dezember 1947 gegenüber dem Zauch-Belziger Informationsdienst:

Man spricht soviel davon, dass den Umsiedlern geholfen werden soll. In meinem Falle ist es so, dass ich alles andere als ein menschenwürdiges Dasein führe. Ich bin 73 Jahre alt und musste zusammen mit meiner Frau die Heimat verlassen. Bis heute hat man es noch nicht fertig gebracht, mir wenigstens eine Bettstelle zu beschaffen. Ich bin gezwungen, in einem kalten Raum auf dem Erdboden zu schlafen. Will man so den Umsiedler, der alles verloren hat, den Weg zu einem demokratischen Deutschland ebnen? Ich bin der Ansicht, mit etwas gutem Willen könnte man auch für mich etwas tun, dass ich nicht wie ein Vagabund meine letzten Lebensjahre verbringen muss.<sup>5</sup>

Über vier Jahre später, im April 1952, schilderte eine ebenfalls in Prützke wohnende Frau:

Wir haben uns mit unserem Schicksal abgefunden, aber eines tut weh, dass man uns als Menschen niedrigster Klasse behandelt. Alle möglichen Schika-

---

in der Provinz Mark Brandenburg, S. 106-108, betont, dass in erster Linie soziale Ungleichheit zwischen Alteingesessenen u. Vertriebenen zu Spannungen führte; ethnische Gegensätze werden dann bewusst, wenn sie mit sozialer Differenzierung einhergehen. Der Ansicht v. Meinicke: *Zur Integration der Umsiedler*, S. 870, dass es zwischen Umsiedlern u. eingessener Bevölkerung keine grundsätzlichen kulturellen, ethnischen u. religiösen Unterschiede gegeben habe, ist nicht zuzustimmen.

<sup>1</sup> Pape: *Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg*, S. 116.

<sup>2</sup> Meinicke: *Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ und in den Anfangsjahren der DDR*, S. 61.; ders.: *Zur Integration der Umsiedler*, S. 878.

<sup>3</sup> Vgl. Bauerkämper: *Die Sozialgeschichte der DDR*, S. 90; Meinicke: *Die Bodenreform und die Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone*, S. 147.

<sup>4</sup> Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 615, Bl. 94f.

<sup>5</sup> Ebenda, Nr. 173, Bl. 224 Rs.

nen werden herausgesucht von der Hausbesitzerin, um uns das Leben zu erschweren. Haben wir denn den Krieg alleine verloren?<sup>1</sup>

Die brandenburgische Landesregierung schien 1947/48 auf dem Standpunkt zu stehen, die mannigfaltigen Integrationsprobleme seien vor allem mit organisatorisch-administrativen Mitteln zu lösen. So lässt sich zumindest ein Schreiben des Ministeriums für Arbeit und Sozialwesen, Abteilung Umsiedler und Heimkehrer, an den Rat des Kreises Zauch-Belziger interpretieren. In dem Schreiben hieß es, es häuften sich Beschwerden aus Gemeinden des Kreises, dass die Umsiedler von der alteingesessenen Bevölkerung abgesondert leben und nur in den seltensten Fällen eine Verbindung beider Gruppen möglich wäre. Nach Meinung der Landesbehörde war der Grund dafür der, dass die Umsiedlerausschüsse von der Kommunalverwaltung getrennt sind und nicht wirklich mit dieser zusammenarbeiten.<sup>2</sup> Diese vereinfachende Ansicht wurde freilich der tatsächliche Problemlage nicht gerecht.

Mittlerweile war jedoch auf höchster SED-Ebene in Übereinstimmung mit der Besatzungsmacht die Entscheidung gefallen, unter die „Umsiedlerangelegenheit“ als gesondert behandeltes Problemfeld aus politischen Gründen einen Schlusstrich zu ziehen,<sup>3</sup> auch wenn immer noch Menschentransporte von jenseits der Oder und Neiße eintrafen.<sup>4</sup> Die Vertriebenenproblematik sollte in keiner Weise das Verhältnis zur Sowjetunion, zur Tschechoslowakei und vor allem zu Polen belasten und keinesfalls eine politisch-wirtschaftliche Anbindung an Osteuropa behindern.<sup>5</sup> Die beabsichtigte „Endphase“ der Integration begann propagandistisch mit so genannten „Umsiedlerwochen“, die als Höhepunkt des Aufeinanderzugehens von Einheimischen und Vertriebenen deklariert wurden und bei denen Umsiedlerausschüsse und Bürgermeister eine Abschlussbilanz über ihre Integri-

---

<sup>1</sup> BLHA, Rep. 202 G, Nr. 154 (Bericht Nr. 33 v. 5.4.1952).

<sup>2</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 615, Bl. 14. – Zur zwiespältigen Bilanz der Tätigkeit der Umsiedlerausschüsse in Brandenburg s. Pape: *Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg*, S. 128f.

<sup>3</sup> Die SED wie auch die Besatzungsmacht waren stets bemüht, bei den Schlesiern, Ostpreußen, Pommern, Ost-Brandenburgern u. Sudendendeutschen eine vollständige innere Abkopplung v. der Vergangenheit, v. der Heimat zu erreichen. „Jede öffentliche Bezugnahme auf die Heimat wurde unterbunden, bereits in den Nachkriegsjahren geahndet, durch Polizei und Besatzungsmacht verfolgt.“; Hoffmann u.a.: *Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik*, S. 17. Der ZVU war von Anfang an die Aufgabe zugeordnet, den Vertriebenen jegliche Hoffnung auf eine Rückkehr in die Heimatgebiete zu nehmen u. sie durch politisch-ideologische Beeinflussung integrationsfähig zu machen; Wille: *Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler*, S. 47.

<sup>4</sup> Selbst im September 1948 erwartete man noch in Zauch-Belzig einen Transport von 200 Vertriebenen aus dem Osten; vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 615, Bl. 7.

<sup>5</sup> Zu den außenpolitischen Hintergründen s. Schwartz: *Umsiedlerpolitik in der Krise?*, S. 189-192.



onsarbeit vortragen sollten.<sup>1</sup> Die SMAD ordnete die Auflösung der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler an. Sie wurde 1948 abgewickelt und in personell stark abgespekter Form als „Hauptabteilung für deutsche Umsiedler“ in die Deutsche Verwaltung des Innern eingegliedert.<sup>2</sup> Parallel dazu wurden die Umsiedlerausschüsse aufgelöst und ihre Aufgaben an Sozialkommissionen in den Gemeinden bzw. in den einzelnen Verwaltungsstellen übertragen.<sup>3</sup> Der jähe, faktische Abbruch der staatlich-administrativen Integrationsarbeit hatte zur Folge, dass die Einbürgerung der Umgesiedelten in sozialer Hinsicht lange Zeit Stückwerk blieb.<sup>4</sup> Zudem unterdrückten die SED-gesteuerten Behörden jegliche Ansätze, eigenständige Vertriebenenorganisationen zu bilden.<sup>5</sup> Die von der Einheitspartei geführte DDR-Regierung sah sich lediglich 1950 nochmals genötigt, als – bescheidene – sozialpolitische Maßnahme ein Umsiedler-Gesetz<sup>6</sup> zu verabschieden.<sup>7</sup>

Die Betroffenen selber mochten sich verständlicherweise mit irgendwelchen Schlussstrich-Parolen der SED-Oberen nicht anfreunden. Ein „Umsiedler“ aus Baitz betonte: „Wir alle haben den Wunsch, wieder in unsere Heimat zurückzukehren. Meines Wissens hat man doch auf der ‚Potsdamer Konferenz‘ beschlossen, Deutschland auf die Grenzen von 1937 zu bringen. Warum tut man dieses

---

<sup>1</sup> Hoffmann u.a.: *Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik*, S. 24f.; Wille: *Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler*, S. 51f. Siehe auch Pape: *Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg*, S. 131f.; Ther: *Deutsche und polnische Vertriebene*, S. 161f. – Während der Umsiedlerwoche v. 26.10. bis 2.11.1947 wurden in Zauch-Belzig u.a. 1.240 Bettgestelle, 332 Tische, 1.602 Stühle, 415 Kleiderschränke, 290 Kochtöpfe u. 1.750 Teller für die Vertriebenen gesammelt; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 615, Bl. 57.

<sup>2</sup> Hoffmann u.a.: *Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik*, S. 25; Schneider: *Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler*, S. 242; Ther: *Deutsche und polnische Vertriebene*, S. 151f. u. 232f.; ders.: *Die Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR 1945-1953*, S. 166; Wille: *Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler*, S. 52f..

<sup>3</sup> Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 135; Schwartz: *Kontrollierte Partizipation*, S. 184-188; Wille: *Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler*, S. 53f.

<sup>4</sup> Hoffmann u.a.: *Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik*, S. 26. – Der These v. Kleßmann: *Die doppelte Staatsgründung*, S. 277, die formale Gleichbehandlung und die fehlenden Möglichkeiten zur Entwicklung und Pflege eines eigenen landsmannschaftlichen Gruppenbewusstseins hätten einen gesellschaftlichen Integrationsprozess forciert, ist kritisch entgegenzuhalten, dass die „Schnellintegration“ nicht viel mehr als – durch die politischen Verhältnisse bedingte – bloße Fassade war.

<sup>5</sup> Siehe dazu den Aufsatz v. Grottdieck: *Egalisierung ohne Differenzierung?*, passim. Just: *Zur Lösung des Umsiedlerproblems*, S. 972f., versuchte 1987 das strikte Verbot eigenständiger Umsiedlerorganisationen in der SBZ/DDR abstrus damit zu begründen, dass seitens des Alliierten Kontrollrats die Bildung v. Organisationen, „die dem Zweck der Pflege der deutschen militärischen Tradition dienen“, grundsätzlich verboten worden war.

<sup>6</sup> Veröffentlicht in: *Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik*, Nr. 104 (1950), S. 971-974. Zum Inhalt des Gesetzes s. Just: *Zur Lösung des Umsiedlerproblems*, S. 983f.; Meinicke: *Zur Integration der Umsiedler*, S. 877f.

<sup>7</sup> Vgl. Schwartz: *Umsiedlerpolitik in der Krise?*, S. 201f.; Ther: *Deutsche und polnische Vertriebene*, S. 163-165; ders.: *Die Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR 1945-1953*, S. 166.

nicht?“<sup>1</sup> Im Dezember 1949 machte der Informationsdienst Zauch-Belzig die Beobachtung: „Ein großer Teil der Umsiedler kann sich noch nicht damit abfinden, dass die Oder-Neiße-Grenze eine endgültige ist. Trotz der Aufklärungsarbeit der politischen Parteien und Massenorganisationen wird den Hetzreden im RIAS-Sender<sup>2</sup> immer wieder Gehör geschenkt.“<sup>3</sup> Bis 1952 scheint diese Stimmung weitgehend gekippt zu sein.<sup>4</sup> (1950 war der „Görlitzer Vertrag“ über die Oder-Neiße-Grenze zwischen der DDR und Polen geschlossen worden.) Die Vertriebenen im Kreis, wie auch in der gesamten DDR, hatten wohl mehrheitlich ihre Hoffnungen auf eine Rückkehr in ihre alte Heimat begraben, zumal für sie ein öffentliches Bekenntnis zu ihrer Vergangenheit und ihrer Herkunft in einer Strafverfolgung münden konnte.<sup>5</sup> Der Zauch-Belziger Informationsdienst berichtete im April 1952, die Umsiedler im Kreis gäben zum Ausdruck, dass sie sich mit ihrem Schicksal abfinden müssten, da sie in die alte Heimat nicht zurückkehren könnten, und die Informationsdienst-Mitarbeiter zitierten eine Frau mit den Worten: „Ich habe mich damit abgefunden, daß wir unsere Heimat nicht mehr wiedersehen. Krieg will ich keinen mehr, von einer Freundschaft mit den Polen kann aber keine Rede sein, dazu habe ich zuviel durchgemacht.“<sup>6</sup>

#### **6.4 Anmerkungen zur Ernährungslage**

Die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen bei Kriegsende – d.h. eine geschwächte Landwirtschaft, ein massenhafter Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen, ein desolates Transportwesen usw. – mussten zwangsläufig eine Folge haben: Hungersnot, insbesondere unter der städtischen Bevölkerung der

---

<sup>1</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 272.

<sup>2</sup> „Rundfunk Im Amerikanischen Sektor“ Berlins.

<sup>3</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 142.

<sup>4</sup> Vgl. die Ausführungen v. Ther: *Deutsche und polnische Vertriebene*, S. 264.

<sup>5</sup> Da ein Bekenntnis zur alten Heimat als Straftat galt, verschwiegen seit Anfang der 1950er viele Vertriebene in der DDR über Jahrzehnte ihre tatsächliche Herkunft; Hoffmann u.a.: *Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik*, S. 26; Plato/Meinicke: *Alte Heimat – neue Zeit*, S. 80.

<sup>6</sup> BLHA, Rep. 202 G, Nr. 154 (Bericht Nr. 33 v. 5.4.1952).

Sowjetischen Besatzungszone. Umgehend trat eine neue Lebensmittel-Zwangsbewirtschaftung in Kraft, um halbwegs eine Grundversorgung mit Lebensmitteln zu sichern. Besonders bedrohliche Engpässe wurden auch durch Lieferungen aus sowjetischen Beständen beseitigt.<sup>1</sup> Da die landwirtschaftliche Produktion nur allmählich gesteigert werden konnte und auch immer wieder Rückschläge durch Witterungsunbilden (Dürremonate, der „Jahrhundertwinter“ 1946/47, Überschwemmungen durch Oderhochwasser 1947) hinnehmen musste, blieb die Lebensmittelversorgung über Jahre hinweg unzureichend. Die ganze Zonenperiode zwischen 1945 und 1949 stellte somit für die SBZ-Bevölkerung eine Periode schwerer Unterernährung dar.<sup>2</sup> Erst 1949 besserte sich die Lage merklich, und 1950 war die Ernährungskrise im Wesentlichen überwunden.<sup>3</sup>

In einer Agrargegend wie dem Kreis Zauch-Belzig erwies sich der legale oder auch illegale Zugang zu Lebensmitteln leichter als in Industrieregionen. Die Ernährungsnotlage wirkte sich allerdings auch hier aus. Der Grundbedarf des täglichen Lebens musste z.B. 1945 teilweise auf abenteuerliche Weise abgedeckt werden.<sup>4</sup> Die Kreisstadt Belzig organisierte am 12. Mai 1945 die Neuausgabe von Lebensmittelkarten an ihre Einwohner.<sup>5</sup> Für August 1945 war die Austeilung folgender Wochenrationen angestrebt: für Kinder bis zu 6 Jahren je 1.000 g Brot; für Kinder und Jugendliche von 6 bis 18 Jahren je 2.000 g Brot; für Personen über 18 Jahre je 1.750 g Brot; zudem pro Kopf 100 g Mehl und 62,5 g Butter.<sup>6</sup> Für Mitte September 1945 wurde die Ausgabe von einheitlichen Lebensmittelkarten für den ganzen Landkreis geplant.<sup>7</sup> Pro Dekade des Monats September sollte eine normal arbeitende Person 6 kg Brot, 90 g Nahrungsmittel, 260 g Fleisch, 157 g Fette, 7 kg

---

<sup>1</sup> Siehe Bauerkämper: *Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg*, S. 267f.

<sup>2</sup> Zank: *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland*, S. 67f.

<sup>3</sup> In der Landwirtschaft konnten bei der Ernte des Jahres 1949 die Hektarerträge erstmals seit Kriegsende wirklich markant gesteigert werden; Sattler: *Wirtschaftsordnung im Übergang*, Bd. 1, S. 514.

<sup>4</sup> Beispielsweise ist überliefert, dass in den Wochen nach Kriegsende ein Bauer den Auftrag bekam, mit seinem langsamen, 12 PS starken Traktor nebst Anhänger nach Bernburg (Anhalt) zu fahren, um Salz für die Kreisstadt Belzig zu holen. Ausgestattet mit einem Ausweis in russischer u. deutscher Sprache, absolvierte der Bauer erfolgreich die mehrtägige Tour über Dessau u. Köthen nach Bernburg und wieder zurück; „*Das Glockenläuten ist einzustellen ...*“, S. 115f.

<sup>5</sup> Zum Folgenden vgl. Pijur/Schulze: *Kuhlowitz-Preußnitz*, S. 100f.

<sup>6</sup> KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung v. 6.8.1945, S. 4).

<sup>7</sup> Vgl. ebenda (Protokoll der Bürgermeistertagung v. 3.9.1945, S. 6).

Kartoffeln, 160 g Zucker, 90 g Salz und 3,2 l Milch erhalten.<sup>1</sup> Ab 1. Oktober 1945 war die Kartenausgabe für die ganze Provinz Brandenburg vereinheitlicht. Zum 1. November 1945 setzte schließlich die sowjetischen Besatzungsmacht für die ganze Zone ein neues Kartensystem in Kraft.<sup>2</sup>

Die nun von höherer Ebene geregelte Rationierung bedeutete eine Verschlechterung für Zauch-Belzig. Da man davon ausging, dass die Bevölkerung in Landkreisen durchweg die Möglichkeit besäße, durch eigene Höfe und Gärten oder durch den Kauf von „freien Spitzen“ sich zumindest teilweise selbst zu versorgen, waren hier die Kartenrationen tiefer gesetzt als etwa in den Großstädten.<sup>3</sup> Im November 1945 musste ein Kartenempfänger im Kreis Zauch-Belzig durchschnittlich mit einer Kalorienmenge von nur 1.162 kcal am Tag auskommen.<sup>4</sup> (Der tägliche Bedarf des menschlichen Körpers beläuft sich auf 2.500 bis 3.000 kcal, um leistungsfähig zu bleiben.) 1946 gab es keine wesentliche Erhöhung der Rationen, weil die Ernte äußerst schlecht ausfiel.<sup>5</sup> Erst 1947 stieg die Brotration, 1948 die Zucker- und die Fettration. Im Jahr 1949 entsprach dann die Durchschnittsration eines Kartenempfängers im Kreis einem Nährwert von 2.024 kcal, was aber immer noch eine Unterernährung bedeutete. Von Ende 1945 bis Ende 1949 erhöhte sich – zumindest auf dem Papier – die Brotration um 54,5%, die Nahrungsmittelration um 146,6%, die Zuckerration um 29,5%, die Fleischration um 84,8% und die Fettration um 117,6%.<sup>6</sup>

Anfang Februar 1946 und Anfang Januar 1947 wurden folgende Lebensmittelkarten-Kontingente für den Kreis Zauch-Belzig veranschlagt:

---

<sup>1</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 620, Bl. 25; s. Anhang Nr. 23 der vorliegenden Arbeit.

<sup>2</sup> Kaminsky: *Wohlstand, Schönheit, Glück*, S. 18.

<sup>3</sup> Ebenda.

<sup>4</sup> Diese u. die folgenden Kalorienangaben nach BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 125.

<sup>5</sup> Vgl. Kaminsky: *Wohlstand, Schönheit, Glück*, S. 19.

<sup>6</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 863, Bl. 9.

Kartengruppe	Kartenzahl	
	Februar 1946 <sup>1</sup>	Januar 1947 <sup>2</sup>
1. Schwerstarbeiter (und Funktionäre)	49	175
2. Schwerarbeiter	4.998	7.450
3. Arbeiter	21.892	26.075
4. Angestellte	9.241	12.723
5. Kinder bis 15 Jahre und Schüler	33.141	30.685
6. Sonstige	40.078	33.389
Kranke in Krankenhäusern	374	300
Selbstversorger	23.923	25.860

Die Lebensmittelkarte Nr. 6 Sonstige, wegen ihrer geringen Rationen berüchtigt und „Friedhofskarte“ genannt, wurde während des Januars 1947 abgeschafft. Auf die Menge der real verfügbaren Lebensmittel wirkte sich die Umgruppierung der bisherigen „Friedhofskarten“-Empfänger selbstredend nicht steigend aus. Überhaupt bedeutete das Bezugsrecht auf bestimmte Rationen noch lange nicht, dass man diese auch im vollen Umfang erhielt. Zum Beispiel musste die Abteilung Handel und Versorgung des Landratsamtes im November 1946 feststellen, dass dem Kreis Zauch-Belzig im Versorgungsplan für das laufende Quartal 79.625 t Brotmehl, 1.353, 342 t Kartoffeln, 3,873 t Zucker, 24,952 t Marmelade und 30.462 Liter Milch zuwenig zugewiesen wurden.<sup>3</sup> In einer Versorgungsmeldung des Landratsamtes für den Zeitraum 1. bis 10. Mai 1947 hieß es:

Brot, Nahrungsmittel, Zucker und Milch wurden [an die Kartenempfänger] voll ausgegeben. Fleisch und Marmelade sind in der Ausgabe begriffen. Butter konnte nicht ausgegeben werden, da noch keine Freigabe [durch die Provinzialregierung] erfolgte. Aus der jetzigen Schlachtung angefallenen Fette werden in erster Linie an Krankenhäuser und Kinder ausgegeben. Für Kartoffeln auf Zusatzkarten an Heimkehrer und Zugänge wird Gemüse ausgegeben. Kaffee-Ersatz konnte nur an ca. ein Drittel der Kreisbevölkerung ausgegeben werden, da die Fabriken in der Auslieferung zurückgeblieben sind. Es fehlen 12 Tonnen Butter und 12 Tonnen Kaffee-Ersatz.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Nach ebenda, Nr. 856, Bl. 225.

<sup>2</sup> Nach ebenda, Nr. 100, Bl. 482f.; ebenda, Nr. 856, Bl. 35f. Zusatz-Lebensmittelkarten erhielten zu jenem Zeitpunkt 1.015 stillende Mütter u. Schwangere, 11 Blutspender, 450 Kranke (die nicht im Krankenhaus betreut wurden) sowie 4 weitere erwachsene Personen und 7.276 Kinder, die Schulfrühstück bekamen.

<sup>3</sup> Ebenda, Nr. 857, Bl. 66f.

<sup>4</sup> Ebenda, Bl. 55.

Oft genug mussten in der Sowjetischen Besatzungszone die Fleisch- und Fettrationen mit Ersatzprodukten wie Salzheringe oder Schlachtfetten abgedeckt werden, und das noch bis ins Jahr 1949 hinein.<sup>1</sup> Zauch-Belzig bildete hierbei keine Ausnahme. Im August 1949 erfolgte im Kreis die Ausgabe der Fleisch- und Fettrationen in folgender Form:

- Fleischration: erste Dekade für alle Fleisch; zweite Dekade Salzheringe, für Kinder Eier; dritte Dekade Salzheringe und Eier-Restbestände
- Fettration: erste Dekade für alle Butter; zweite Dekade für Kinder bis 15 Jahre Butter, für alle anderen Personen Margarine; dritte Dekade für alle Kinder Butter, für alle anderen Personen Restbestände von Margarine und Schlachtfetten.<sup>2</sup>

Und im Versorgungsplan des Kreises für das vierte Quartal 1949 hieß es, sieben Dekaden würden Fleisch und zwei Dekaden Austauschstoffe in Form von Heringen oder Fetten ausgegeben, während Zucker nicht ausgeteilt werden dürfe, da genügend Mengen an Kunsthonig und Marmelade für den Kreis vorhanden seien. An Kartoffeln würden im Quartal für die Kartengruppe eins 182,4 kg, für die Kartengruppe zwei 152,- kg, für die Kartengruppen drei und vier 130,- kg, für die Kartengruppe fünf 100,- bis 130,- kg ausgegeben. Das Kartoffelkontingent sei, wie es weiter hieß, eng begrenzt, sodass keine Abgabe an Gastwirtschaften möglich wäre, die deshalb in freiem Aufkauf ihre Bedarfsmengen decken sollten. Gemüse sei hingen so reichlich vorhanden, dass eine Rationierung im Quartal entfielen.

Die Versorgungsprobleme waren zum Teil durch Transportprobleme verursacht. Selbst 1949 traten noch Engpässe bei der Anlieferung von Mehl aus den Mühlenwerken Brandenburg/Havel in den nur wenige Kilometer südlich gelegenen Kreis Zauch-Belzig auf, weil es an Eisenbahnwaggons mangelte.<sup>3</sup> Seit November 1948 hatten zwar die Leute die Möglichkeit, neben ihren Kartenrationen in den Geschäften der staatlichen Handelsorganisation in gewissem Umfang zusätzliche Lebensmittel zu erwerben. Die Preise für diese waren aber geradezu horrend.

---

<sup>1</sup> Zank: *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland*, S. 68. Siehe auch Barthel: *Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR*, S. 165f., der ebenda, S. 166, schreibt, die Zusammensetzung der Ernährung hätte einen „ausgesprochen vegetarischen Charakter“ gehabt.

<sup>2</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 863, Bl. 36.

<sup>3</sup> Siehe ebenda.

Der Anteil Selbstversorger an der Zauch-Belziger Bevölkerung betrug 1946/47 rund 18 bis 19 Prozent.<sup>1</sup> Bei den Selbstversorgern handelte es sich um Landwirte und deren Familienangehörige, die nicht in das übliche Lebensmittelkarten-System einbezogen waren und weitestgehend mit den selbst erzeugten Agrarprodukten über die Runden kommen mussten. Ebenso galten die Landarbeiter und deren Familienangehörige als Selbstversorger, die aus den Überschüssen der Betriebe, in denen sie arbeiteten, ernährt werden mussten. Aufgrund des oft hohen Abgabesolls, das auf den Bauernhöfen lastete, war dies kein leichtes Unterfangen. Als Teilselbstversorger wurden Saisonarbeiter im Agrarsektor und Besitzer kleiner landwirtschaftlicher Nebenerwerbsbetriebe eingestuft. Am 7. Juli 1948 erließ die Deutsche Wirtschaftskommission eine neue „Anordnung über die Feststellung von Teil- und Vollselbstversorgern“.<sup>2</sup> Auf dieser Grundlage wurde die Quote der Selbst- und Teilselbstversorger schlagartig erhöht. Dadurch verringerten sich zum einen für die Behörden die Probleme, die Lebensmittel im Rationierungssystem zu beschaffen, zum andern konnten die Lebensmittelkartensätze für Nichtselbstversorger wesentlich gesteigert werden.<sup>3</sup> Im Kreis Zauch-Belzig hatte die DWK-Anordnung konkret zur Folge, dass Besitzer von Kleinparzellen mit einer Größe von 500 Quadratmetern zu Teilselbstversorgern erklärt wurden.<sup>4</sup>

Ende Juli 1948 informierte die Landesregierung das Zauch-Belziger Landratsamt darüber, dass der Kreis nach DWK-Verfügung nunmehr ein Soll von 44.000 Selbstversorgern (ca. 32% der Kreisbevölkerung) auferlegt bekommen habe.<sup>5</sup> Anfang 1949 war dieses neue Soll längst noch nicht erreicht. Man zählte zu jenem Zeitpunkt ca. 29.500 Selbstversorger im Kreisgebiet.<sup>6</sup> Zudem nagten nicht wenige dürregeschädigte Bauern unter dem Druck des Abgabesolls buchstäblich am Hungertuch. Anfang 1949 schätzte man im Landratsamt ein, unter den eigentlich als Selbstversorger klassifizierten seien infolge Dürreschäden so viele hilfsbedürftige Landwirte, dass man Minimum 3.500 Lebensmittelkarten an diese ausgeben müsste. Das Kreisernährungsamt würde täglich von durchschnittlich 100

---

<sup>1</sup> Errechnet anhand der Angaben in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 100, Bl. 482f.; ebenda, Nr. 856, Bl. 35f. u. Bl. 225. Im SBZ-Durchschnitt schwankte der Anteil Selbstversorger in der Bevölkerung im Zeitraum v. 3. Quartal 1947 bis 3. Quartal 1948 zwischen 12,4% u. 14%; Boldorf: *Landarmut in der SBZ/DDR*, S. 147.

<sup>2</sup> Veröffentlicht in: *Zentralverordnungsblatt*, Nr. 24 (1948), S. 282-289.

<sup>3</sup> Boldorf: *Landarmut in der SBZ/DDR*, S. 147f.

<sup>4</sup> Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 195.

<sup>5</sup> Ebenda, Nr. 857, Bl. 41.

<sup>6</sup> Vgl. ebenda, Nr. 863, Bl. 131.

Bauern belagert. Die Bürgermeister lehnten eine Verantwortung für diesen Zustand ab, da bei der strengen Erfassung der Agrarprodukte Voraussetzung gewesen sei, dass notleidenden Bauern Hilfe durch eine Kartenausgabe gewährleistet würde.<sup>1</sup>

Es war nur verständlich, dass in der Bevölkerung der Teilselbstversorgungs-Zwang für Besitzer von Kleinparzellen mit 500 Quadratmetern „allgemein sehr böses Blut erregt“ hat, wie der Zauch-Belziger Informationsdienst feststellte.<sup>2</sup> Man konnte die Stimmungslage von administrativer Seite allerdings schnell wieder aufbessern, indem man im Oktober 1948 die Einkellerungskartoffeln pünktlich ausgab.<sup>3</sup>

Im ganzen SBZ-/DDR-Gebiet hatte die anhaltende Unterernährung, verbunden mit einer fast ausgefallenen Versorgung mit Kleidungsstücken und dem Mangel an Heizmaterial, einen gravierenden Einfluss auf den Gesundheitszustand und die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung.<sup>4</sup> Aus der Notlage resultierte eine hohe Sterblichkeitsrate. Die Tuberkulose ist eine Krankheit, die als Gradmesser für eine schlechte Ernährung- und soziale Lage dienen kann. Im Jahre 1938 waren im Deutschen Reich statistisch auf 10.000 Personen 6,2 Tbc-Todesfälle gekommen.<sup>5</sup> Nach dem Kriegsende war in Deutschland ein Ansteigen der Tuberkuloseerkrankungen mit tödlichem Ausgang zu verzeichnen. Hier eine Übersicht über Tbc-Todesfälle im Kreis Zauch-Belzig, im gesamten SBZ-Gebiet und in den westlichen Besatzungszonen 1946/47 bis 1949:

Jahr	an Tuberkulose Gestorbene je 10.000 Personen		
	Kreis Zauch-Belzig <sup>6</sup>	SBZ-Gebiet gesamt <sup>7</sup>	westliche Besatzungszonen <sup>8</sup>
1946	14,00	---	---
1947	8,09	18,0	7,4
1948	10,20	16,0	6,7
1949	9,70	11,4	4,9

<sup>1</sup> Ebenda, Bl. 101.

<sup>2</sup> Ebenda, Nr. 173, Bl. 195.

<sup>3</sup> Ebenda, Bl. 243.

<sup>4</sup> Zank: *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland*, S. 78.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 79.

<sup>6</sup> Nach BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 139. – Bei Ther: *Deutsche und polnische Vertriebene*, S. 121, finden sich Angaben über die Tuberkulose-Verbreitung im südbrandenburgischen Kreis Calau-Senftenberg.

<sup>7</sup> Nach Zank: *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland*, S. 79.

<sup>8</sup> Nach ebenda.



Wie aus der Tabelle hervorgeht, lag einerseits die Rate an Tbc-Toten im Landkreis Zauch-Belzig merklich unter dem SBZ-Durchschnitt. Dies ist ein Indiz dafür, dass trotz aller Engpässe und geringer bemessener Kartenrationen die Ernährungssituation in der Agrarregion Zauch-Belzig immer noch besser war als in den meisten anderen Gegenden der Sowjetischen Besatzungszone. Andererseits war die Rate der Tuberkulose-Todesfälle in Zauch-Belzig höher als diejenige in den westlichen Besatzungszonen. Letztere lag bereits 1949 unter dem Reichsdurchschnitt von 1938. Westlich der innerdeutschen Demarkationslinie wuchs die Lebensqualität schneller.

## SCHLUSSBETRACHTUNG

---

Dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der NS-Herrschaft 1945 folgten für den Kreis Zauch-Belzig die letzten sieben Jahre seines Bestehens. Die vorliegende Arbeit zeichnet Entwicklungen und Verhältnisse jener Jahre im Landkreis nach. Sie stellt die erste derartige Untersuchung für einen brandenburgischen Kreis überhaupt dar. Im Rückblick wird deutlich, wie die Nachkriegsjahre für Zauch-Belzig wie für die SBZ/DDR generell eine Periode voll von Problemen, Unwägbarkeiten, Widersprüchlichkeiten, Entscheidungen, Erschütterungen war – eine „verrückte Zeit“, wie eine Zeitzeugin<sup>1</sup> meint.

Das Zauch-Belziger Kreisgebiet wurde zum Kriegsende 1945 Schauplatz der Kämpfe zwischen der deutschen Wenck-Armee und Truppenteilen der Roten Armee. Wencks Vorstoß in Richtung Potsdam und Beelitz ermöglichte Ende April/Anfang Mai mehreren eingekesselten Wehrmachtsverbänden den Ausbruch nach Westen und zugleich die Evakuierung Tausender Zivilisten.<sup>2</sup> Indes forderten diese Kämpfe im Kreisgebiet rund 4.000 Tote auf beiden Seiten. Als die Wenck-Truppen sich am 1./2. Mai Richtung Westen absetzten, war der Zweite Weltkrieg für Zauch-Belzig beendet. Nur wenig abseits der eigentlichen Kampfhandlungen hatte es entsetzliche Bluttaten gegeben. Den traurigen Höhepunkt bildete dabei der 23. April, als Rotarmisten in Treuenbrietzen ein Massaker an Hunderten deutscher Zivilisten verübten,<sup>3</sup> während am gleichen Tag nur wenige Kilometer entfernt ein deutsches Kommando 127 italienische Zwangsarbeiter ermordete.

---

<sup>1</sup> E. v. Reichenbach sprach gegenüber dem Autor immer wieder v. der „verrückten Zeit“.

<sup>2</sup> In das bei G. W. Gellermann: *Die Armee Wenck*, anklingende „Loblied“ über Wencks Truppen kann gleichwohl nicht miteingestimmt werden. Wie aus dem Kriegstagebuch Stützpunktkommandantur Belzig u. Zeitzeugenberichten hervorgeht, gab es – im Gegensatz zu Gellermanns Darstellung – bei den Wenck-Einheiten durchaus Fälle grober Undiszipliniiertheit, von Desertion u. von wilden Requirierungen, die bei Bauern Wut entfachten.

<sup>3</sup> Die Erwähnung des Massakers von Treuenbrietzen konnte später sogar zur Strafverfolgung durch DDR-Behörden führen; vgl. *Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen*, S. 50 f., S. 76.

Als die Waffen endgültig schwiegen, bot sich allenthalben ein chaotisches Bild menschlichen Elends, von Zerstörung und Verwüstung. Allerdings lief das Kriegsende für den Kreis Zauch-Belzig noch relativ glimpflich ab. Hier gab es nicht so viele zivile Opfer zu beklagen wie in den östlichen Kreisen Brandenburgs. Auch die Gebäudeschäden hielten sich in engen Grenzen, einmal abgesehen von den Orten nahe der Hauptkampflinie, und es waren keine Felder und Wiesen durch Minen verseucht worden. Der Landkreis hatte daher bessere Ausgangsbedingungen für die Nachkriegszeit als andere brandenburgische Kreise.

Die seelische Verfassung weiter Bevölkerungsteile in Deutschland war im Mai 1945 geprägt durch Verzweiflung, Agonie, auch durch aufkeimendes Mitschuldbewusstsein. Sieges- (und alkohol-) trunkene Rotarmisten, beseelt von einem unbändigen Drang nach Vergeltung und Rache, verübten in den Wochen nach Kriegsende in den von ihnen besetzten Gebieten zahllose Exzesse gegen deutsche Zivilisten. So kam es in schätzungsweise der Hälfte aller Zauch-Belziger Orte über die allgegenwärtigen Plünderungen hinaus noch zu heftigeren Repressalien durch Sowjets, zu Vergewaltigungen und Morden. Erst mit der flächendeckenden Einrichtung sowjetischer Militärkommandanturen konnte die enthemmte Soldateska halbwegs gezügelt werden.

Die Kommandanten begannen, unter Hinzuziehung deutscher Hilfskräfte das öffentliche Leben provisorisch zu ordnen. Im Vordergrund stand hierbei die Lebensmittelversorgung. Örtliche deutsche Zivilverwaltungen wurden umgehend neu- bzw. wiederaufgebaut. Die sowjetischen Militärkommandanturen setzten in Zauch-Belzig seit den ersten Maitagen 1945 (d.h. schon vor Kapitulation und Kriegsende am 8. Mai) neue Bürgermeister und Ortsälteste ein. Ab Ende Juni 1945 arbeitete in Belzig wieder eine reguläre Kreisverwaltung. Das gesamte Kreisgebiet wurde in Bezirksbürgermeistereien eingeteilt, angelehnt an die sowjetischen Kommandanturbereiche. Das Landratsamt und die Gemeinde- und Stadtverwaltungen waren auch den entsprechenden Kommandanturen untergeordnet, deren Anweisungen absolute Priorität hatten. In den Wochen nach Kriegsende kamen bisweilen Personen eher zufällig auf Posten in der Verwaltung. Generell bevorzugten die Sowjets jedoch bei der Stellenbesetzung Kommunisten bzw. Leute, die vorgaben, Kommunisten zu sein. Da nicht wenige der neuen Bürgermeister und Ortsältesten sich als unfähig, als politisch nicht genehm oder als korrupte Glücksritter erwiesen, war schnell eine hohe Fluktuation auf den kommunalen

Verwaltungsposten zu beobachten. Doch trotz der personellen Unzulänglichkeiten und obwohl das administrative System beileibe noch nicht als stabil zu bezeichnen war, leisteten die Verwaltungen in den unmittelbaren Nachkriegsmonaten eine ungeheure Arbeit, womit sie wichtige Grundlagen für ein „normales Leben“ schufen.

Im Zeitraum von Mitte Juni bis Dezember 1945 formierten sich die Zauch-Belziger Kreisverbände der vier Parteien KPD, SPD, CDU und LDP. Analog zum zentralen „Antifa-Block“ als Kooperationsbündnis dieser Parteien entstand am 8. August 1945 ein Zauch-Belziger Kreisblock. Dessen Gründungsversammlung erfolgte auf Befehl des sowjetischen Kreiskommandanten. Der Zauch-Belziger Kreisblock der Parteien war überhaupt das erste derartige Gremium in der Provinz Mark Brandenburg. Von einer gleichberechtigten Stellung der vier Parteien konnte von Anfang an keine Rede sein. Die Kommunisten spielten die Rolle eines Juniorpartners der Besatzungsmacht. Die KPD erfreute sich einer ungleich höheren materiellen Unterstützung durch die Sowjets als die Sozial-, Christ- und Liberaldemokraten, was ihr einen organisatorischen Vorsprung verschaffte. Die Kommunisten hatten mit sowjetischer Protektion umgehend die Schlüsselpositionen in Verwaltung, Justiz und Polizei besetzt. Als im Zuge von Entnazifizierungsmaßnahmen ehemalige NSDAP-Mitglieder aus den Behörden entfernt wurden, nahmen in erster Linie KPD-Mitglieder und den Sowjets genehme SPD-Leute die freigewordenen Stellen ein. In Zauch-Belzig fand dies Ende 1945 beispielsweise im Personal-Tableau des Landratsamtes seinen Ausdruck, als neben dem Landrat noch über ein Drittel der Mitarbeiter das KPD-Parteibuch besaßen.

Die Vereinigung der kommunistischen und der sozialdemokratischen Partei in der SBZ zur Einheitspartei SED im Frühjahr 1946 lässt sich nicht einfach und lediglich als Zwangsfusion klassifizieren.<sup>1</sup> Neben blanker Repression wirkten ebenso Idealismus, Verführung und Selbstbetrug. Eher sollte man deshalb von einer „Zwangs- und Betrugsvereinigung“ (H. Weber)<sup>2</sup> sprechen. Die Sozialdemokratie in Zauch-Belzig zeigte sich – wie wohl überall in der SBZ – ob des Fusionsstrebens zerrissen. Neben denjenigen SPD-Mitgliedern, die naiv-euphorisch die „Arbeitereinheit“ befürworteten, gab es die Skeptiker und Vereinigungsgegner. Fusions skeptiker versuchte man mit Versprechungen zu ködern. Die ent-

---

<sup>1</sup> Kleßmann: *Die doppelte Staatsgründung*, S. 139.

<sup>2</sup> Weber: *Geschichte der DDR*, S. 96.

schiedenen Fusionsgegner wurden hingegen massiv unter Druck gesetzt. Die Palette der Repressionen reichte bis zu Verhaftungen von Sozialdemokraten durch die sowjetische Besatzungsmacht, wie z.B. in Fichtenwalde geschehen. Die Sowjets selbst hatten aufgrund von deutschlandpolitischen Ambitionen größtes Interesse an einer zügigen Fusion von KPD und SPD. Der führende Vereinigungskritiker in Zauch-Belzig war der zweite Vorsitzende des SPD-Kreisvorstandes Josef Cyrus. Auf Initiative des brandenburgischen Provinzial-Vizepräsidenten Bernhard Bechler (KPD) wurde Cyrus von willfähigen SPD-Provinzfunktionären kaltgestellt. Mit Willi Schernell setzten diese Funktionäre einen hauptamtlichen Kreis-Parteisekretär ein, der den Zauch-Belziger Kreisverband und den Kreisvorstand der SPD auf Fusionskurs mit der KPD brachte. Am 24. März 1946 fand die „Zusammenschlusskonferenz“ der Zauch-Belziger KPD und SPD statt. Zu jenem Zeitpunkt gab es zumindest noch in Fichtenwalde, Borkheide und Borkwalde offen vereinigungskritische Stimmen von meist älteren, teilweise aus Berlin stammenden SPD-Funktionären.

Die Land- und Kreistagswahlen vom Herbst 1946 sollten in der SBZ/DDR bis 1990 die einzigen Abstimmungen bleiben, die wirklich die Bezeichnung ‚Wahlen‘ verdienten. Die SED erhoffte sich von den Wahlen ein klares Votum für die von ihr betriebene rigorose Umgestaltung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Sie konnte, mit massiver materieller Unterstützung der Besatzungsmacht, den weitaus aufwendigsten Wahlkampf der drei Parteien führen. Ebenso hatte sie durchaus einen gewissen Wählerbonus, weil Kommunisten und Sozialdemokraten an der Basis aufopferungsvoll am Aufbauwerk teilnahmen. Die Einheitspartei verfehlte trotzdem bei den Landtagswahlen die erstrebte absolute Mehrheit deutlich. Ihre Umwälzungspolitik fand damit keine Legitimation durch die Wähler. Im Kreis Zauch-Belzig musste sie bei der Land- und Kreistagswahl vom 20. Oktober eines der schlechtesten Ergebnisse in Brandenburg registrieren. Die SED, die damals ca. 8.600 Mitglieder im Kreis zählte, war in Zauch-Belzig mit rund 38% der Wählerstimmen lediglich gleichauf mit der CDU, die seinerzeit ca. 1.600 Mitglieder im Kreis hatte. Im neu gewählten Zauch-Belziger Kreistag besaßen die Christdemokraten zusammen mit der LDP eine klare Mehrheit. Andererseits kann das verhältnismäßig schwache Abschneiden der SED in Zauch-Belzig kaum verwundern. Für die Partei, die sich selbst vornehmlich als Sachwalter der städtischen Arbeiterschaft darstellte, war ein ländlich-

bäuerlicher Raum wie Zauch-Belzig nicht das beste Pflaster. Die Christdemokraten profitierten hingegen wohl auch von einem traditionellen Wahlverhalten der Bevölkerung, denn in Zauch-Belzig hatten christlich-protestantisch und national-konservativ orientierte Gruppierungen während der Weimarer Republik immer überproportionalen Zuspruch gefunden.

Zumindest stellte die SED nach den Wahlen allein 105 der 151 Bürgermeister im Kreis. Auch wurde ihr Parteimitglied Richard Sydow (vormals SPD) als Zauch-Belziger Landrat durch den Kreistag im Amt bestätigt. Die Provinzialbehörde ordnete im zeitlichen Zusammenhang mit den Kommunalwahlen im Herbst 1946 die Auflösung der Bezirksbürgermeistereien in Brandenburg an. Als vorläufiger Ersatz richtete man wieder Amtsbezirke (gemäß der preußischen Kreisordnung von 1872) ein. Im Frühjahr 1948 wurden aber auch diese abgeschafft, was sich für den großflächigen Landkreis Zauch-Belzig ungünstig auswirkte.

Der Wahlausgang von 1946 hatte die SED arg ernüchert. Sie konnte indes ihre beherrschende Stellung nicht zuletzt mittels der von ihr kontrollierten (formal überparteilichen) Massenorganisationen weiter ausbauen und die tiefgreifende – wenn man so sagen will, revolutionäre<sup>1</sup> – Umwälzungspolitik fortsetzen. Ihre eigentliche „Legitimation“ dafür bezog sie vom sowjetischen Besatzungsregiment und dessen geballter militärischer Macht. Das sozialdemokratische Element in der Partei wurde schnell ins Abseits gedrängt. Dies fand in Zauch-Belzig seinen Ausdruck u.a. darin, dass bereits 1947 die hauptamtlichen Mitglieder des SED-Kreisvorstandes fast durchweg ehemalige KPD-Mitglieder waren. Der Weg der Einheitspartei zur hierarchisch-zentralistischen Kaderpartei stalinistischer Prägung war begleitet von internen Parteisäuberungen 1949 bis 1952, die sich in der Hauptsache gegen frühere SPD-Mitglieder richteten. Im Zuge der Säuberungen schmolz die Zahl an SED-Mitgliedern im Kreis Zauch-Belzig von ca. 10.000 im Jahr 1948 auf nur noch ca. 6.000 im Jahr 1952.

Die Wandlung der Einheitspartei ging einher mit der erzwungenen Unterordnung von CDU und LDP, deren Spielräume durch die Mitgliedschaft im Antifa-Block und die Einflussnahme der sowjetischen Militäradministration ohnehin eingeschränkt waren. Christ- und liberaldemokratische Parteifunktionäre, die sich

---

<sup>1</sup> Richert: *Macht ohne Mandat*, S. 37, benutzt – wohl in Anlehnung an den Begriff „Kalter Krieg“ – für die politischen, gesellschaftlichen u. ökonomischen Transformationsprozesse in der SBZ/DDR den Terminus „kalte Revolution“.

dem kommunistischen Machtmonopol-Anspruch entgegenstellten, mussten auf Druck der SED und der Sowjets von ihren Funktionärsposten weichen. Ihre Positionen nahmen opportunistische Politiker ein, die bereit waren, sich der Politik der SED anzupassen und unterzuordnen. Solche Vorgänge spielten sich, insbesondere seit 1948, von der zentralen Ebene bis hinunter zur lokalen Ebene ab und wirkten sich auf die Basis von CDU und LDP gravierend aus. In Zauch-Belzig machten sich 1949/50 in den Kreisverbänden von Union und Liberaldemokraten markant Verwirrung, Resignation, Niedergeschlagenheit und Passivität breit. Beide Kreisverbände mussten zahlreiche Austritte registrieren, mehrere der Ortsgruppen lösten sich auf. Die 1948 auf Initiative der Besatzungsmacht neu gegründeten Parteien NDPD und DBD waren hingegen der SED von vornherein loyal verbunden. Von den zwei neuen Parteien fand lediglich die Bauernpartei einigen Widerhall im Kreis Zauch-Belzig. Seit Anfang der 1950er Jahre konnte man trotz der Existenz von fünf Parteien in der DDR nicht länger von einem Mehrparteiensystem sprechen, da die Parteien neben der SED kein politisches Eigengewicht mehr besaßen. Im ostdeutschen Staat war ein faktisches, wenn auch „mehrfaltiges“ Einparteiensystem entstanden, bei dem CDU, LDP sowie NDPD und DBD im Rahmen der „Nationalen Front“ die Aufgabe zufiel, als Transmissionsorgane der SED die nicht der eigentlichen Klientel der Einheitspartei zugehörenden Bevölkerungsteile in die DDR-Gesellschaft einzubinden.

Zum Ausbau der SED-Macht gehörte die zahlenmäßig stärkere Durchsetzung des Staats- und Verwaltungsapparates mit Vertretern der Einheitspartei. In der Kreisverwaltung Zauch-Belzig war es bereits 1949 deutlich mehr als die Hälfte aller Mitarbeiter, die das SED-Parteibuch besaß. Die Zahl der den traditionellen Mittelschichten entstammenden bürgerlichen Fachkräfte nahm in den Behörden hingegen ab. Aufgrund der diktatorischen Stellung der SED repräsentierten ihre Gliederungen faktisch staatliche Macht. Da sich der Zauch-Belziger Landrat und Ex-Sozialdemokrat Sydow, der sich selbst noch in einer Verwaltungstradition der Weimarer Republik sah, nicht bereit zeigte, Ordnern der SED-Kreisleitung als bindend für seine Arbeit anzuerkennen, wurde er 1950 intrigant auf einen anderen Posten abgeschoben und durch die linientreue Alt-Kommunistin Toni Stemmler ersetzt.

Inwiefern Teile der Einwohnerschaft des Kreises Zauch-Belzig die Etablierung der SED-Diktatur (insgeheim) rundweg ablehnten oder aber sich mit ihr ab-

fanden (Diktatur war man ja schon aus der Zeit von 1933 bis 1945 „gewohnt“) oder die neuen Verhältnisse gar begrüßten, darüber lässt sich freilich keine quellengestützte quantitative Aussage treffen. Wirkliche Widerstandsaktionen waren nur vereinzelt feststellbar, wie etwa anlässlich der „Volkswahlen“-Farce von 1950. Eine opponierende Haltung gegenüber der SED-Herrschaft war offensichtlich besonders im nordöstlichen Teil des Kreises, der im unmittelbaren Ausstrahlungsbereich von Berlin-West lag, feststellbar.

Kommunale Selbstverwaltung und Föderalismus wurden in der SBZ und frühen DDR auf Betreiben der Einheitspartei zugunsten eines zentralistisch gelenkten und kontrollierten Verwaltungsgefüges Schritt für Schritt abgebaut. Die Reste an Selbstverwaltung und Föderalismus beseitigte man einschließlich der Länderstruktur durch die DDR-Verwaltungsreform von 1952. Diese Reform brachte für den Kreis Zauch-Belzig das Ende seiner Existenz. Indes galt der Kreis, unabhängig von den Prozessen zwischen 1945 und 1952, von jeher unter Fachleuten und auch Einwohnern als ungünstig, weil zu groß zugeschnitten. Die Wege von der nördlichen und nordöstlichen Peripherie des Kreises zum Sitz des Landratsamtes in Belzig empfand man schon seit Generationen als zu lang und zu umständlich. Als schließlich Zauch-Belzig 1952 aufgelöst und das Kreisgebiet aufgeteilt wurde, fand dies anscheinend bei vielen Kreiseinsassen eine, eher emotionslose, Zustimmung.

Die sowjetische Besatzungsmacht war der eigentliche Hegemon im östlichen Deutschland. Die Bilanz ihrer Militäradministration fällt zwiespältig aus. Einerseits unterstützte sie das Wiederingangsetzen des Wirtschaftslebens und die Sicherung eines Mindestlebensstandards für die deutsche Bevölkerung. Andererseits hatte sie an der Etablierung einer neuen Diktatur den entscheidenden Anteil. Selbstverständlich gab es eine große ideologische und politische Interessenschnittmenge der Sowjets mit den deutschen Kommunisten. Aber letztlich bestimmte Moskau die Richtung und hielt dabei seinen Juniorpartner, d.h. die KPD/SED, mal an kürzeren, mal an längeren Zügeln. Gegen den Willen des Kremls waren jedenfalls in den ostdeutschen Ländern und in Berlin-Ost keine eigenständigen Schritte von irgendwelcher Tragweite möglich.

Als lokale Organe der sowjetischen Militäradministration bestanden in den Landkreisen Orts-, Abschnitts- und Kreiskommandanturen. In Zauch-Belzig wa-



ren dies bis zu 18 derartige SMA-Dienststellen. An ihrer Spitze stand die Kreis-kommandantur, die als letzte Anfang 1950 aufgelöst wurde. Die Kommandantur-offiziere waren grundsätzlich gegenüber deutschen Stellen mit autoritärer Gewalt ausgestattet. Ihr Eingreifen in die Arbeit deutscher Verwaltungen und Institutionen trug oftmals den Charakter des Unberechenbaren und Willkürlichen. Daraus erwuchsen häufig Spannungen mit deutschem Behördenpersonal.

Das Verhalten der Angehörigen der Besatzungsmacht gegenüber der Bevölkerung schwankte zwischen den beiden Extremen freundschaftlich und gewalttätig. Im Bewusstsein der Deutschen blieben aber wohl vor allem die Willkürakte der Sowjets, die Exzesse, Plündereien und Frauenschändungen durch Rotarmisten.<sup>1</sup> Mit den riesigen Kriegszerstörungen und den Millionen Opfern in der Sowjetunion kann man vieles erklären – aber nicht pauschal entschuldigen, denn: ein himmelschreiendes Unrecht wird niemals durch ein zweites wieder gutgemacht.<sup>2</sup> Wer in Zauch-Belzig oder anderswo der blanken Willkür der sowjetischen Besatzer ausgeliefert war, konnte in ihnen keine „Befreier“ sehen.<sup>3</sup> Konkret in Zauch-Belzig gab es zwar nicht wenige Fälle von Körperverletzungen, Raub, Vergewaltigungen usw. durch Rotarmisten. Jedoch dürfte hier die Anzahl der Übergriffe noch verhältnismäßig gering gewesen sein im Vergleich zu den Standorten großer sowjetischer Truppenverbände.

Die Rote Armee unterhielt im Kreisgebiet eine Reihe von Militärobjekten (u.a. den Flugplatz Werder und das zentrale Militärhospital Beelitz-Heilstätten), aber keine größeren Garnisonen. Der sowjetische Sicherheitsapparat (NKWD, NKGB) hatte seinerseits bis 1947 mehrere Stützpunkte in Zauch-Belzig. Sein Wirken bestand hauptsächlich darin, echte oder vermeintliche NS-Aktivisten und Kriegsverbrecher, auch die Gegner der Besatzungsmacht und der kommunistischen Umwälzungspolitik, ferner aus irgendwelchen Gründen Denunzierte zu verhaften, zu verhören und in so genannte Spezial- und Sonderlager einzuliefern, wo die Eingesperrten unter fürchterlichsten Bedingungen dahinvegetierten und

---

<sup>1</sup> Freilich muss beachtet werden, dass die Verbrechensrate im Deutschland der Nachkriegsjahre generell hoch war u. die meisten Gewaltdelikte auf das Konto deutscher Krimineller gingen.

<sup>2</sup> Selbst M. Semirjaga, sowjetischer Weltkriegsteilnehmer und nachmaliger SMAD-Offizier, schreibt in seinem Essay *Die Rote Armee in Deutschland*, S. 205, vielen Soldaten sei es schwer gefallen, sich von Rachedgedanken zu trennen; „Menschlich ist das nachvollziehbar – zu rechtfertigen ist es nicht.“

<sup>3</sup> Die Zeitzeugin I. Grabow (Treuenbrietzen) bringt ihre Empfindungen folgendermaßen auf den Punkt: „Wer Rache übt, kann sich nicht als ‚Befreier‘ bezeichnen bzw. bezeichnen lassen, auch wenn er mithalf, diesen unseligen Krieg zu beenden und Millionen Opfer zu beklagen hat.“; *Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen*, S. 45

von der Außenwelt komplett abgeschottet waren. Es ist nicht überliefert, wie viele Einwohner Zauch-Belzigs der sowjetische Sicherheitsapparat „verschwinden“ ließ. Vermutlich handelte es sich um einige hundert Personen.

Die Ausgangssituation für die Wirtschaft des Kreises stellte sich bei Kriegsende schwierig, aber dennoch günstiger dar als die in den östlichen Gebieten Brandenburgs, denn Zauch-Belzig musste nur geringe Kriegszerstörungen und eher marginale Verluste unter der anwesenden Zivilbevölkerung verzeichnen.

In der Landwirtschaft des Kreises machte sich 1945 der eklatante Mangel an jüngeren männlichen Fachkräften, an Nutzvieh und vor allem an Zugmitteln negativ bemerkbar. Diese Engpässe konnten in den folgenden Jahren allmählich abgemindert werden. Allerdings erreichte die Zauch-Belziger Agrarwirtschaft erst Anfang der 1950er Jahre wieder den ungefähren Leistungsstand der Vorkriegszeit.<sup>1</sup> Die Bodenreform bewirkte in Zauch-Belzig, wo der Großgrundbesitz für ostelbische Verhältnisse schwach vertreten gewesen war, keine derart gravierenden Veränderungen in der landwirtschaftlichen Eigentumsstruktur wie in anderen Gebieten Brandenburgs oder in Mecklenburg. Stärker von der Bodenreform betroffen waren die forstwirtschaftlichen Besitzverhältnisse. Von den knapp 468 km<sup>2</sup> enteigneten Grund und Boden im Kreis machten die Forsten und Holzungen allein 61% aus. Dies bedeutete wiederum, dass gut ein Drittel des gesamten hiesigen Waldbestandes konfisziert wurde. Von diesem Drittel kam der Löwenanteil in Staatsbesitz. Im Zuge der Bodenreform wurden in Zauch-Belzig insgesamt 159 agrar- und forstwirtschaftliche Betriebe enteignet, rund 140 Familien, insbesondere vormalige Großgrundbesitzer, mussten den Kreis verlassen.

Als ein Ergebnis der Bodenreform entstand in der SBZ die soziale Gruppe der Neubauern. Im Kreis Zauch-Belzig zählten im Herbst 1946 ca. 1.750 Personen zu dieser Gruppe. Die Neubauernhöfe wurden aus enteigneten Arealen gebildet und waren generell äußerst mangelhaft ausgestattet. Trotz verschiedener Hilfsmaßnahmen blieben sie SBZ-weit wirtschaftlich fragil. Seitens der angestammten Bauernfamilien schlug den Neubauern oftmals Ablehnung entgegen, die Hoffnungen auf ein umfassendes solidarisches und kollegiales Miteinander erfüllten sich nicht.

---

<sup>1</sup> Die Kollektivierung der Agrarwirtschaft fällt in eine spätere Zeit, d.h., bis zur Auflösung des Kreises war in Zauch-Belzig keine einzige „Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft“ entstanden.

Weil sich das Agrarwesen in Zauch-Belzig nach 1945 schneller erholen konnte als in anderen Landstrichen, wurde der Kreis mit überdurchschnittlichen Ablieferungssoll-Vorgaben für agrarische Produkte belastet. Dies war nicht nur für die rund dreizehntausend Landwirte des Kreises drückend, sondern erregte auch den offenen Unmut der lokalen Verwaltungskräfte, die für die Eintreibung der Sollmengen zuständig waren, sowie der Gliederungen von Parteien und Organisationen im Kreis. Mit Arbeitsmitteln ungenügend ausgestattet und zu nicht kostendeckenden Sollablieferungen gezwungen, kämpften in Zauch-Belzig wie überall im östlichen Deutschland insbesondere die Klein- und Neubauern um ihre Existenz. Eine ganze Reihe von Neubauern warf die Brocken hin und verließ ihr Gehöft. Es erwies sich als immer schwieriger, die so freigewordenen Neubauernstellen wieder zu besetzen. Seit 1948 verfolgte die SED in Abstimmung mit der Besatzungsmacht eine gegen die Großbauernschicht gerichtete agrarpolitische Strategie. Aufgrund der sich dadurch verschlechternden Wirtschaftsbedingungen und ständig drohenden Sanktionen seitens der gleichgeschalteten Justiz entschlossen sich nun auch Großbauern zur Aufgabe ihrer Höfe. In Zauch-Belzig registrierte man im Jahr 1952 summa summarum 171 devastierte Bauernwirtschaften.

Die an sich schon geringen Industriekapazitäten des Kreises wurden durch sowjetische Demontagen verringert. Die mit Abstand wichtigsten und größten Produktionsstätten im Kreis, nämlich die drei Munitionsfabriken des Konzerns Kopp & Co., ließen die Sowjets 1945 umgehend und vollständig abbauen, deren Maschinen abtransportieren. Daneben waren noch mindestens fünf weitere Zauch-Belziger Unternehmen von Komplett- oder Teildemontagen betroffen. Im Herbst 1948 existierten im Kreis 125 Industriebetriebe. Es handelte sich hierbei fast durchweg um kleine Produktionsstätten mit im Durchschnitt nicht mehr als 23 Beschäftigten. Einige von ihnen arbeiteten seit 1946 für die Reparationslieferungen an die Sowjetunion. Rund 30 Zauch-Belziger Industriebetriebe hatte man zwischen Herbst 1945 und Frühjahr 1948 ihren bisherigen Besitzern entzogen und zu so genannten „Volkeigenen Betrieben“ gemacht. Diese staatlichen VEB waren mit über 50% an der industriellen Produktion des Kreises beteiligt.

Kurz vor Kriegsbeginn 1939 waren in Zauch-Belzig knapp 110.000 Einwohner registriert gewesen. Anfang 1948 betrug die offizielle Einwohnerzahl des Kreises hingegen über 139.000 Personen. Der enorme Anstieg erklärte sich aus dem massenhaften Zuzug von Flüchtlingen und Vertriebenen aus Gebieten östlich

der Oder-Neiße-Linie, der die Zahl der auf den Schlachtfeldern des Krieges getöteten sowie der abgewanderten Alt-Einwohner Zauch-Belzigs (zusammen rund 13.000 Personen) bei weitem in den Schatten stellte. Diese „Umsiedler“ aus dem Osten machten in den Nachkriegsjahren ca. ein Drittel der Kreisbevölkerung aus. Sie kamen vornehmlich aus Schlesien und aus Polen (in den Grenzen von 1939). Unter ihnen waren aber auch nicht wenige Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei. Die Unterbringung der Neubewohner bereitete den Zauch-Belziger Kommunen größte Schwierigkeiten. Ebenso gestaltete sich deren Integration äußerst problematisch. Seit 1948 sackte die Einwohnerzahl des Kreises – bedingt durch die Abwanderung von Neubauernfamilien sowie die einsetzende Fluchtbewegung nach Westen – kontinuierlich ab. Anfang 1950 zählte man noch ca. 135.600 Kreiseinsassen. Das Bevölkerungsgefüge zeigte zwischen 1945 und 1950 erhebliche demographische Disproportionen, denn der Krieg hatte entsetzliche Lücken in die Reihen der zwischen 18 und 40 Jahre alten Männer gerissen. Der weibliche Anteil überwog deutlich innerhalb der Kreiseinwohnerschaft, die zudem eine Überalterung aufwies.

Zauch-Belzig war wegen der geringen Bevölkerungsdichte, der eher unerheblichen Kriegsschäden und des agrarischen Gepräges ein Gebiet, in das bevorzugt die „Umsiedler“ geschickt wurden. Sie sollten hier das Arbeitskräftereservoir für die Landwirtschaft auffüllen und zugleich selbst einen leichteren Zugang zu Lebensmitteln finden. In der Tat war zwischen 1946 und 1950 allein die Hälfte aller Erwerbstätigen des Kreises auf dem Agrarsektor beschäftigt. Nichtsdestotrotz litten auch Teile der Zauch-Belziger Einwohnerschaft an Hunger und Unterernährung, was sich äußerst negativ auf ihren Gesundheitszustand auswirkte. Erst 1949/50 konnte die Ernährungslage entschieden verbessert werden.

Der im westlichen Brandenburg gelegene Landkreis erlebte im Zeitraum 1945 bis 1952 Erschütterungen, Umbrüche und Wandlungen. Anhand seiner Nachkriegsgeschichte konnten in der vorliegenden Arbeit konkrete Auswirkungen der politisch-administrativen, wirtschaftlichen und sozialen Transformationsprozesse in der SBZ bzw. frühen DDR auf lokaler Ebene dargestellt werden. Vielleicht unterlag Zauch-Belzig durch die Nachbarschaft zur Landeshauptstadt Potsdam und die Nähe zu Berlin einer besonderen Kontrolle und einer rascheren, unmittelbareren Einflussnahme durch zentrale Instanzen und Landesbehörden als

Gebiete, die weiter vom politischen Zentrum des östlichen Deutschland entfernt waren.<sup>1</sup>

Welche Kontinuitäten gegenüber der Zeit vor 1945 bzw. 1933 sind zu erkennen? Als Erstes seien hier die eher trivialen genannt: Der Kreis behielt seinen markanten Doppelnamen, die Kreisverwaltung blieb in Belzig ansässig und an ihrer Spitze stand weiterhin ein Landrat. Solange dieser Richard Sydow hieß, gab es hier eine gewisse, wenn auch schwächer werdende Kontinuitätslinie zur Weimarer Zeit. Sydow war bereits 1930 vom damaligen Landrat Dr. Bohne in den Verwaltungsdienst Zauch-Belzigs geholt worden.<sup>2</sup> Auch nach 1945 pflegte er bis mindestens 1948 den Kontakt zu seinem in Berlin-Charlottenburg wohnenden ehemaligen Förderer Bohne.<sup>3</sup>

Der Landkreis behielt bis 1950 den alten Gebietsstand. Seine Ökonomie war weiterhin von Land- und Forstwirtschaft beherrscht. Ein Großteil der hiesigen agrarischen Erzeugnisse ging in alter Tradition, wenngleich nun oftmals durch den Schwarzhandel, in die Metropole Berlin. Die Industrie spielte im Kreis wie auch vor 1933 nur eine Nebenrolle und wurde bezüglich der Beschäftigtenzahl selbst vom Handwerk überflügelt. Die Demontage der Werke des Rüstungskonzerns Kopp & Co. bedeutete zwar einen schmerzlichen Arbeitsplatzverlust, kann indes letztlich als Abbau von im Zuge der deutschen Aufrüstung entstandenen Überkapazitäten angesehen werden. Die wirtschaftlichen Schwerpunkte Zauch-Belzigs blieben also in den Nachkriegsjahren unverschoben. Die Produktionsanlagen und der Grund und Boden waren freilich von einschneidenden Veränderungen der Besitzverhältnisse betroffen.

Eine wichtige Kontinuitätslinie ergab sich allein daraus, dass zwei Drittel der Zauch-Belziger Kreisbevölkerung schon vor 1939 hier zu Hause war. Es handelte sich immer noch um den gleichen, angestammten Menschengeschlag, der die Havelniederung, die Zauche-Hochfläche oder das Fläming-Hügelland als seine Heimat begriff und der nach Kriegsende mit Energie daran ging, die Lebensumstände möglichst in die altgewohnten Bahnen zu lenken, die alltäglichen Nöte zu überwinden. Dessen Mentalität konnte sich gar nicht so rapide wandeln wie etwa

---

<sup>1</sup> Zu erwähnen ist z.B., dass der brandenburgische Ministerpräsident Steinhoff u. andere Angehörige der Landesverwaltung ihren Wohnsitz im Kreis Zauch-Belzig hatten.

<sup>2</sup> Vgl. *Brandenburgische Gemeinden kurz nach dem Kriegsende*, S. 16f.

<sup>3</sup> Im Bestand BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, finden sich verstreut Teile des Briefwechsels zwischen Sydow u. Bohne; gegenseitige Anrede: „Lieber Landrat“.

die politischen Rahmenbedingungen.<sup>1</sup> Die Leute lebten weiterhin in ihren traditionellen Wertvorstellungen, blieben ihrem hergebrachten Sozialverhalten, aber auch ihren Ressentiments verhaftet. Zugeständnisse an die „neue Zeit“ müssen oftmals als bloße Fassade gewertet werden, als ungeliebte Schritte, um ständige Gängeleien oder auch massive Benachteiligungen seitens des Machtapparats abzuwenden.

Die vorliegende Arbeit über den Kreis Zauch-Belzig ist eine Fallstudie. Es muss vorläufig unklar bleiben, inwiefern die Nachkriegsgeschichte Zauch-Belzigs im Einzelnen für die Historie auch anderer Landstriche in Brandenburg einerseits und in der gesamten ehemaligen SBZ/DDR andererseits repräsentativ ist. Darüber ließe sich erst eine Aussage treffen, wenn es ähnlich gelagerte Untersuchungen über andere Kreise gäbe, anhand denen Parallelen, aber ebenso Unterschiede herausgeschält werden könnten. Mithin soll die vorliegende Untersuchung ein Baustein sein zu einem differenzierten, von ideologischen Präferenzen freien Geschichtsbild jener Nachkriegsjahre, in dem nicht nur die zentralen, sondern auch lokale Blickwinkel zur Geltung kommen.

---

<sup>1</sup> Lesenswert ist, wie der Publizist E. Zak 1953 in seinem Buch *Land an der Havel*, S. 11 u. 31f., seiner Enttäuschung Luft machte, dass er auf Streifzügen durchs Märkische in der Zauche u. im Havelland auf Vertreter der alteingesessenen Bevölkerung getroffen war, die sich noch nicht mit den Verhältnissen der „neuen Zeit“ angefreundet hatten.

## ANHANG

---

### Nr. 1 – Das Landratsamtsgebäude in Belzig

Erbaut 1893/94;<sup>1</sup> Dienstgebäude der Zauch-Belziger Kreisverwaltung bis April/Mai 1945; nach Kriegsende mehrere Monate von einer sowjetischen Einheit belegt; von Januar bis August 1946 wiederum von der Kreisverwaltung genutzt, dann bis Februar 1950 Sitz der sowjetischen Kreiskommandantur; nach deren Auflösung erneut Sitz des Zauch-Belziger Landrates bis 1952;<sup>2</sup> von 1952 bis 1993 Domizil des Rates des Kreises Belzig; seit 1993 Sitz des Landrates des Kreises Potsdam-Mittelmark.



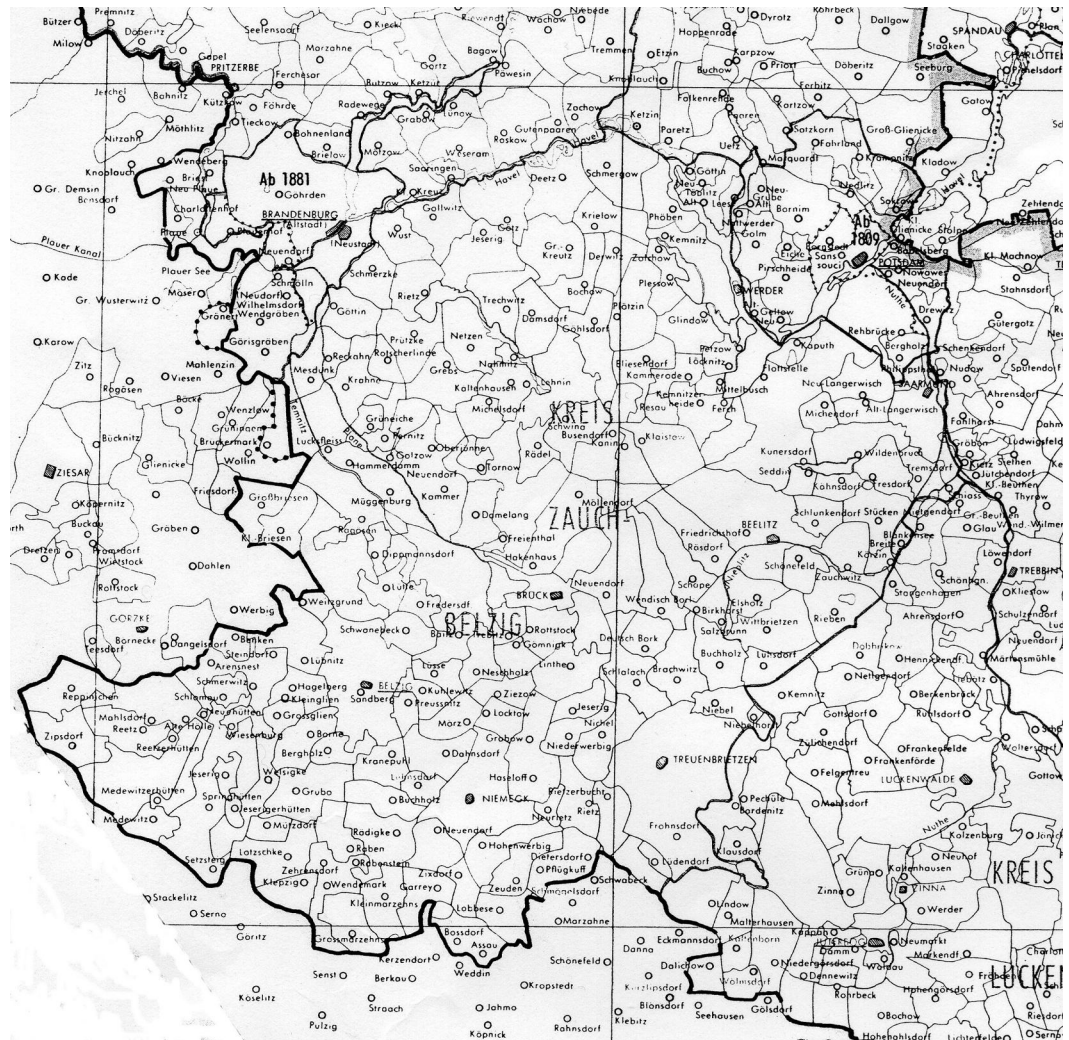
(Foto M. Helle, 2006)

---

<sup>1</sup> Zur Baugeschichte des Gebäudes s. Reif: *Vor 100 Jahren: Erster Spatenstich fürs neue Kreis-*  
*haus.*

<sup>2</sup> Vgl. Kapitel 2.1.2 der vorliegenden Arbeit.

## Nr. 2 – Übersichtskarte des Kreises <sup>1</sup>



<sup>1</sup> Ausschnitt aus: Heinrich: *Verwaltungsgliederung 1815-1945*.



### Nr. 3 – Zauch-Belzigs Landräte 1816 bis 1952 <sup>1</sup>

1816 - 1828	Rochus von Rochow (auf Golzow)
1828 - 1852	Heinrich Friedrich Levin von Tschirschky und Boegendorff
1852 - 1861	Otto Heinrich Levin von Tschirschky und Boegendorff
1861 - 1897	Rudolf von Stülpnagel
1898 - 1918	Bernhard von Tschirschky und Boegendorff
1919 - 1921	Werner Freund
1921 - 1933	Dr. jur. Edmund Bohne
1933/34	Hans Christoph von Werder
1935 - 1939	Waldemar Vöge
1939 - April 1945	Dr. Otto Wegner
(Mai 1945	Alfred Beiersdorff <sup>2</sup> )
(Mai/Juni 1945	Otto Lange <sup>3</sup> )
Juni 1945 - Oktober 1945	Friedrich Menz
Oktober 1945 - Mai 1946	Karl Vogt
Juni 1946 - Dezember 1950	Richard Sydow
1951/52	Toni (eigentlich: Antonie) Stemmler

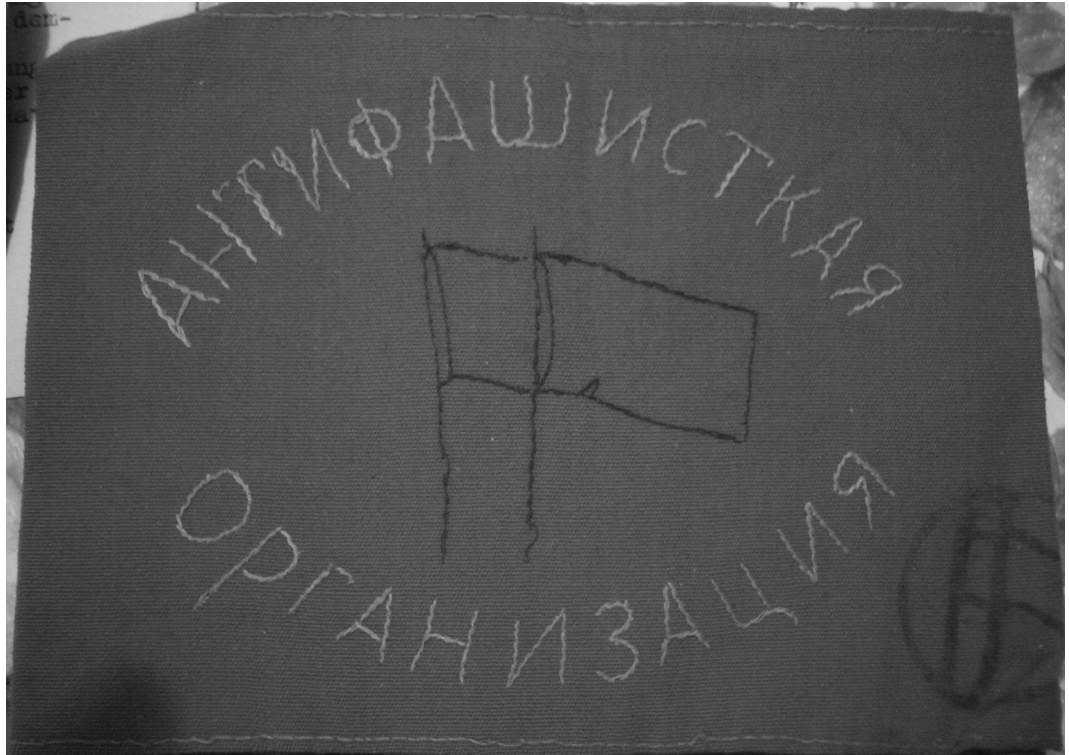
---

<sup>1</sup> Angaben über die Landräte v. 1816 bis April 1945 entnommen bei: *Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin*, Jahrgang 1828, S. 209, Jahrgang 1852, S. 308, Jahrgang 1861, S. 89, Jahrgang 1898, S. 158 u. 371; *Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945*, A Bd. 5, S. 124; *Handbuch über den Preußischen Staat für das Jahr 1934*, S. 256; *Handbuch über den preußischen Staat für das Jahr 1935*, S. 258; *Die Landräte des Kreises Zauch-Belzig* (Bilder v. allen Amtsinhabern zwischen 1816 u. 1930); Wernicke: *Die Kommissare und Landräte des Kreises Zauch-Belzig*. Zu den Angaben über die Landräte zwischen 1945 u. 1952 s. Kapitel 2.2.1 der vorliegenden Arbeit.

<sup>2</sup> Als Bürgermeister v. Belzig zugleich Interims-Landrat.

<sup>3</sup> Als Bürgermeister v. Belzig zugleich Interims-Landrat.

**Nr. 4 – Armbinde der „Antifaschistischen Aktion“ Elsholz, April 1945**



(Original-Armbinde im Nachlass A. Sturm)

## Nr. 5 – Neuer Organisationsplan für den Kreis, 28. Juni 1945 <sup>1</sup>

Der Landrat des Kreises  
Zauch-Belzig.

Belzig, den 28. Juni 1945.

An die Herren Oberbürgermeister.

Betr.: Organisation.

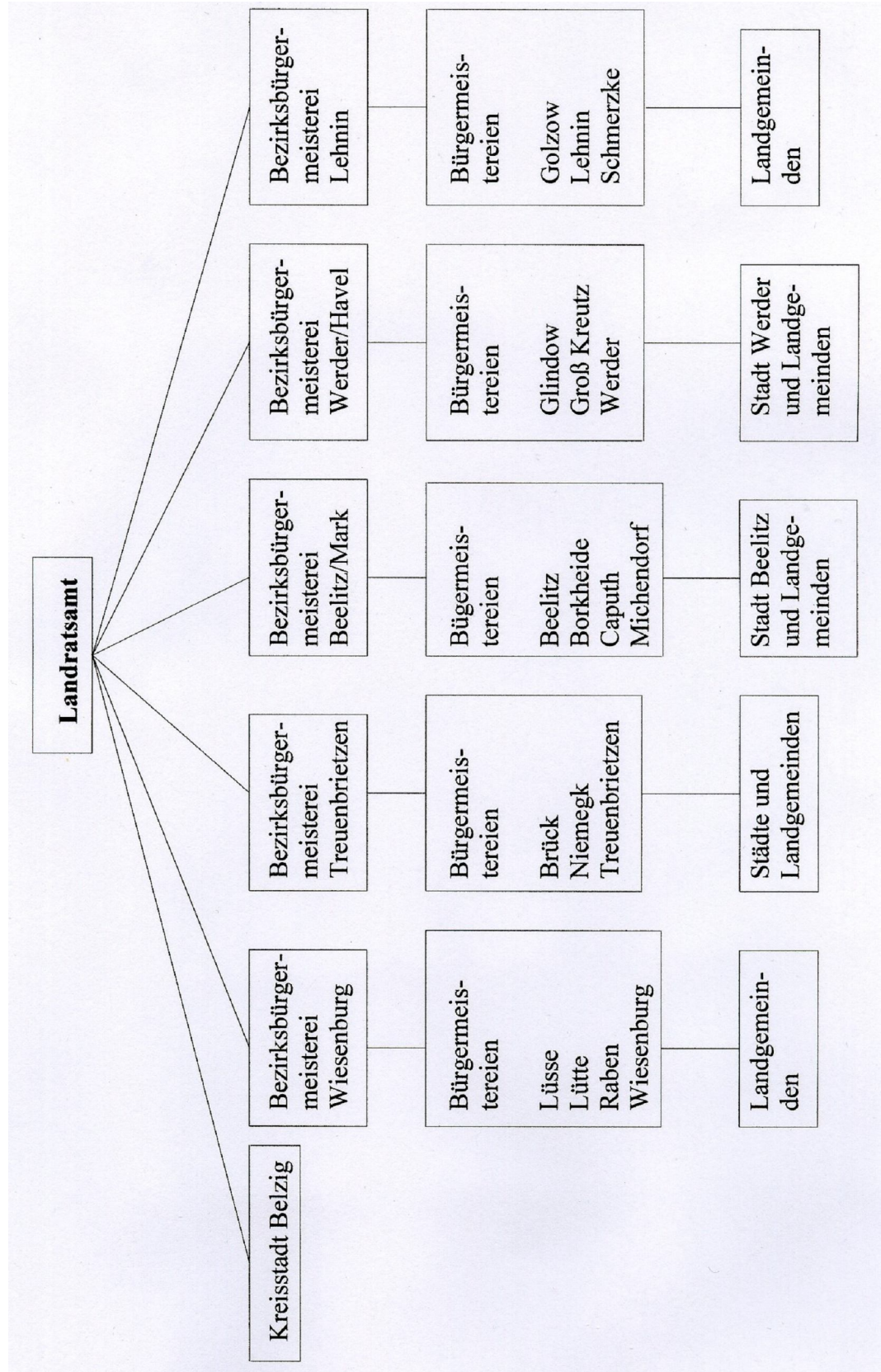
- 1.) Anliegend übersende ich Ihnen einen neuen Organisationsplan für den Kreis Zauch-Belzig, wie ihn der Herr Militärkommandant in Übereinstimmung mit der militärischen Aufteilung nunmehr endgültig festgesetzt hat. Er unterscheidet sich von dem bisherigen Plan in folgenden Punkten:
  - a) Der Leiter des Kreises Zauch-Belzig führt wieder die frühere Amtsbezeichnung "Landrat". Zum Landrat ist Herr Stadtrat a.D. Friedrich M e n z bestellt worden. Die Geschäftsräume werden in den nächsten Tagen in Belzig, Steinstrasse 12 (Haus der früheren Kreisbauernschaft) eingerichtet und sind unter der Nummer Belzig 367 telefonisch zu erreichen.
  - b) Das Kreisgebiet unterteilt sich in fünf Teile, die jetzt nicht mehr Haupt-, sondern "Oberbürgermeistereien" heißen und in Belzig, Treuenbrietzen, Beelitz, Werder und Lehnin ihren Sitz haben.
  - c) Den oberbürgermeistern unterstehen entsprechend dem anliegenden Plan mehrere Bezirke, die von "Bürgermeistern" geleitet werden.
  - d) Die unterste Verwaltungseinheit bilden schließlich die einzelnen Gemeinden unter der Leitung eines "Ortsältesten", wobei ich darauf hinweise, daß nach ausdrücklicher Anordnung des Herrn Militärkommandanten jede Gemeinde einen eigenen Ortsältesten haben muß und eine Zusammenfassung mehrerer Gemeinden unter einer gemeinsamen Leitung nicht zulässig ist.
- 2.) bis 7.) pp.

gez. Menz

gez. Lange.

<sup>1</sup> KrA PM, 49.000/2.

**Nr. 6 – Verwaltungsaufbau Zauch-Belzigs Ende September 1945  
(vereinfachtes Schema)**



## Nr. 7 – Bürgermeistereien Ende September 1945 <sup>1</sup>

(Die Kreisstadt Belzig gehörte zu keiner Bezirksbürgermeisterei, sondern war unmittelbar dem Landratsamt unterstellt.)

### Bezirksbürgermeisterei Wiesenburg

#### Bürgermeisterei Lüsse

zugehörige Ortschaften: Baitz, Benken, Bergholz, Borne, Dahnsdorf, Klein Glien, Hagelberg, Krahnepuhl, Kuhlowitz, Locktow, Lübnitz, Lüsse, Mörz, Neschholz, Preußnitz, Ziezow

#### Bürgermeisterei Wiesenburg

zugehörige Ortschaften: Jeserig/Fläming, Jeserigerhütten, Medewitz, Medewitzerhütten, Neuhütten, Reetz, Reetzerhütten, Reppinichen, Schlamau, Wiesenburg

#### Bürgermeisterei Raben

zugehörige Ortschaften: Buchholz (bei Niemegk), Grubo, Klepzig, Lehnsdorf, Groß Marzehns, Klein Marzehns, Mützdorf, Raben, Rädigke

#### Bürgermeisterei Lütte

zugehörige Ortschaften: Groß Briesen, Dippmannsdorf, Fredersdorf, Lütte, Ragösen, Schwanebeck, Weitzgrund,

### Bezirksbürgermeisterei Treuenbrietzen

#### Bürgermeisterei Niemegk

zugehörige Ortschaften: Boßdorf, Garrey, Grabow, Haseloff, Hohenwerbig, Lobbese, Lühnsdorf, Neuendorf, Niemegk, Pflügkuff, Zeuden, Zixdorf

#### Bürgermeisterei Treuenbrietzen

zugehörige Ortschaften: Deutsch Bork, Brachwitz, Buchholz (bei Treuenbrietzen), Dietersdorf, Jeserig, Lüdendorf, Lühsdorf, Nichel, Niebel, Niebelhorst, Niederwerbig, Rietz (bei Treuenbrietzen), Schlalach, Treuenbrietzen

#### Bürgermeisterei Brück

zugehörige Ortschaften: Brück, Damelang, Freienthal, Gömnigk, Linthe, Neuendorf (bei Brück), Rottstock, Trebitz

### Bezirksbürgermeisterei Beelitz/Mark

#### Bürgermeisterei Beelitz

zugehörige Ortschaften: Beelitz, Elsholz, Kähnsdorf, Körzin, Reesdorf, Rieben, Salzbrunn, Schlunkendorf, Schönefeld, Seddin, Stücken, Wittbrietzen, Zauchwitz

---

<sup>1</sup> Nach KrA PM, 49.000/2.

Bürgermeisterei Borkheide

zugehörige Ortschaften: Alt Bork, Borkheide, Borkwalde, Busendorf, Fichtenwalde, Kanin, Klaistow, Schäpe

Bürgermeisterei Michendorf

zugehörige Ortschaften: Fresdorf, Langerwisch, Michendorf, Neuseddin, Saarmund, Schiaß, Tremsdorf, Wildenbruch, Wilhelmshorst

Bürgermeisterei Caputh

zugehörige Ortschaften: Caputh, Ferch

Bezirksbürgermeisterei Werder/Havel

Bürgermeisterei Werder/Havel

zugehörige Ortschaften: Göttin, Kemnitz, Leest, Phöben, Alt Töplitz, Neu Töplitz, Werder/Havel

Bürgermeisterei Glindow

zugehörige Ortschaften: Bliesendorf, Glindow, Plessow, Plötzin, Petzow

Bürgermeisterei Groß Kreutz

zugehörige Ortschaften: Bochow, Deetz, Derwitz, Götz, Jeserig, Groß Kreutz, Krielow, Schenkenberg, Schmergow

Bezirksbürgermeisterei Lehnin

Bürgermeisterei Lehnin

zugehörige Ortschaften: Damsdorf, Emstal, Göhlsdorf, Grebs, Lehnin, Michelsdorf, Nahmitz, Netzen, Rädels, Trechwitz, Lehnin-Forst

Bürgermeisterei Schmerzke

zugehörige Ortschaften: Göttin, Gollwitz, Prützke, Rietz, Schmerzke, Wust

Bürgermeisterei Golzow

zugehörige Ortschaften: Cammer, Golzow, Grüneiche, Krahe, Lucksfleiß, Oberjünne, Pernitz, Reckahn

## **Nr. 8 – Gliederung Zauch-Belzigs in Amtsbezirke 1946 bis 1948 <sup>1</sup>**

### Amtsbezirk Belzig

zugehörige Ortschaften: Belzig, Benken, Bergholz, Borne, Klein Glien, Hangelberg, Kranepuhl, Lübnitz

### Amtsbezirk Lüsse

zugehörige Ortschaften: Baitz, Dahnsdorf, Kuhlowitz, Locktow, Lüsse, Mörz, Neschholz, Preußnitz, Ziezow

### Amtsbezirk Lütte

zugehörige Ortschaften: Groß Briesen, Dippmannsdorf, Fredersdorf, Lütte, Ragösen, Schwanebeck, Weitzgrund,

### Amtsbezirk Wiesenburg

zugehörige Ortschaften: Jeserig, Jeserigerhütten, Medewitz, Medewitzerhütten, Neuhütten, Reetz, Reetzerhütten, Reppinichen, Schlamau, Wiesenburg

### Amtsbezirk Raben

zugehörige Ortschaften: Buchholz bei Niemeck, Grubo, Klepzig, Lehnsdorf, Groß Marzehns, Klein Marzehns, Raben, Rädigke, Mützdorf

### Amtsbezirk Treuenbrietzen

zugehörige Ortschaften: Deutsch Bork, Brachwitz, Buchholz bei Treuenbrietzen, Dietersdorf, Frohnsdorf, Jeserig, Lüdendorf, Lühsdorf, Nichel, Niebel, Niebelhorst, Niederwerbig, Rietz, Schlalach, Treuenbrietzen,

### Amtsbezirk Niemeck

zugehörige Ortschaften: Boßdorf, Garrey, Grabow, Haseloff, Hohenwerbig, Lobbese, Lühsdorf, Neuendorf, Niemeck, Pflügkuff, Zeuden, Zixdorf

### Amtsbezirk Brück

zugehörige Ortschaften: Brück, Damelang, Freienthal, Gömnigk, Linthe, Neuendorf bei Brück, Rottstock, Trebitz

### Amtsbezirk Beelitz

zugehörige Ortschaften: Beelitz, Elsholz, Kähnsdorf, Körzin, Neuseddin, Reesdorf, Rieben, Salzbrunn, Schlunkendorf, Schönefeld, Seddin, Stücken, Wittbrietzen, Zauchwitz

### Amtsbezirk Borkheide

zugehörige Ortschaften: Alt Bork, Borkheide, Borkwalde, Busendorf, Fichtenwalde, Kanin, Klaistow, Schäpe

---

<sup>1</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 93, Bl. 60-62.

Amtsbezirk Michendorf

zugehörige Ortschaften: Fresdorf, Langerwisch, Michendorf, Saarmund, Schi-  
aß, Tremsdorf, Wildenbruch, Wilhelmshorst

Amtsbezirk Caputh

zugehörige Ortschaften: Caputh, Ferch

Amtsbezirk Werder\*

zugehörige Ortschaften: Göttin\*, Kemnitz, Leest\*, Petzow, Phöben, Alt Töp-  
litz\*, Neu Töplitz\*, Werder/Havel

Amtsbezirk Glindow

zugehörige Ortschaften: Bliesendorf, Glindow, Plessow, Plötzin

Amtsbezirk Groß Kreutz

zugehörige Ortschaften: Bochow, Deetz, Derwitz, Götz, Jeserig, Groß Kreutz,  
Krielow, Schenkenberg, Schmergow

Amtsbezirk Lehnin

zugehörige Ortschaften: Damsdorf, Emstal, Göhlsdorf, Grebs, Lehnin, Mi-  
chelsdorf, Nahmitz, Netzen, Rädcl, Trechwitz

Amtsbezirk Schmerzke

zugehörige Ortschaften: Göttin, Gollwitz, Prützke, Rietz, Schmerzke, Wust

Amtsbezirk Golzow

zugehörige Ortschaften: Cammer, Golzow, Grüneiche, Krahe, Lucksfleiß,  
Oberjünne, Pernitz, Reckahn

(\* Zeitweilig bildeten die Gemeinden Göttin, Leest, Alt Töplitz und Neu Töplitz  
einen eigenen Amtsbezirk mit Sitz in Alt Töplitz.<sup>1</sup>)

---

<sup>1</sup> BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 93, Bl. 2.



## Nr. 9 – Neue Kreise nach der Verwaltungsreform 1952 <sup>1</sup>

Neuer Kreis	Zusammensetzung nach der alten Kreiszugehörigkeit	Zahl der 1952 übernommenen Gemeinden	
Belzig	Zauch-Belzig	65	= 67
	Jerichow I (Sachsen-Anhalt)	2	
Brandenburg-Land	Zauch-Belzig	25	= 61
	Westhavelland	16	
	Jerichow I (Sachsen-Anhalt)	12	
	Jerichow II (Sachsen-Anhalt)	5	
	Stadtkreis Brandenburg	3	
Jüterbog	Zauch-Belzig	7	= 65
	Luckenwalde	48	
	Wittenberg (Sachsen-Anhalt)	6	
	Herzberg (Sachsen-Anhalt)	4	
Luckenwalde	Zauch-Belzig	3	= 47
	Luckenwalde	36	
	Teltow	8	
Potsdam-Land	Zauch-Belzig	38	= 67
	Osthavelland	11	
	Teltow	10	
	Stadtkreis Potsdam	8	

<sup>1</sup> Nach Schreckenbach: *Neue Kreise – alte Kreise*.

**Nr. 10 – Vorladung zur Gründungsversammlung des  
Kreis-Antifa-Blocks (Muster), 4. August 1945<sup>1</sup>**

Der Vorsitzende des antifaschistischen  
Ausschusses des Kreises Zauch-Belzig.

Belzig, d. 4. 8. 1945  
Brunnenstr. 13  
Tel.: 547

- - -

An die

Kommunistische Partei Deutschlands,

Ortsgruppe . . . . .

zur gleichzeitigen Weiterleitung an die evtl. noch vorhandenen  
anderen antifaschistischen Parteien.

Auf Befehl der hiesigen Kommandantur findet am

Wittwoch, dem 8. August 1945 – 14 Uhr

in Belzig, Victoriagarten, eine Sitzung sämtlicher Funktionäre aller  
Parteien des Kreises Zauch-Belzig statt. Die Führer sämtlicher Par-  
teien – SPD, KPD, Christlich-demokratische Partei, liberale-demokra-  
tische Partei – haben zu dieser Sitzung vollzählig zu erscheinen  
und bei dieser Gelegenheit das ganze Material, wie

- a) Zahl der Mitglieder
- b) listermässige Aufstellung sämtlicher Mitglieder
- c) Aufstellung über den Einsatz der Funktionäre der  
jeweiligen Partei
- d) Aufstellung sämtlicher Nationalsozialisten aller  
Orte des Kreises

zur Einsichtnahme bei der Kommandantur in deutscher und russischer  
Sprache, sowie in doppelter Ausfertigung vorzulegen. Auch von den  
kleinen und kleinsten Landgemeinden ist das geforderte Material  
am besten ortsgruppenweise zusammenzustellen und hier abzugeben.

In der von dem Herrn Kreiscommandanten anberaumten Sitzung  
wird nachstehende Tagesordnung besprochen werden:

- 1) Zusammenfassung aller antifaschistischen Parteien zu einem  
antifaschistischen Block
- 2) Handhabung in der Auswahl der jeweiligen Parteimitglieder
- 3) Beschluss über gemeinsame Richtlinien hinsichtlich Behandlung  
des nationalsozialistischen Eigentums (Referat der Unter-  
zeichnete)
- 4) Entgegennahme von Berichten der einzelnen Parteien von den  
jeweiligen Ortsgruppen.

Der Vorsitzende des antifaschistischen  
Ausschusses des Kreises Zauch - Belzig

<sup>1</sup> BLHA, Rep. 330, Nr. 74, Bl. 4.